



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

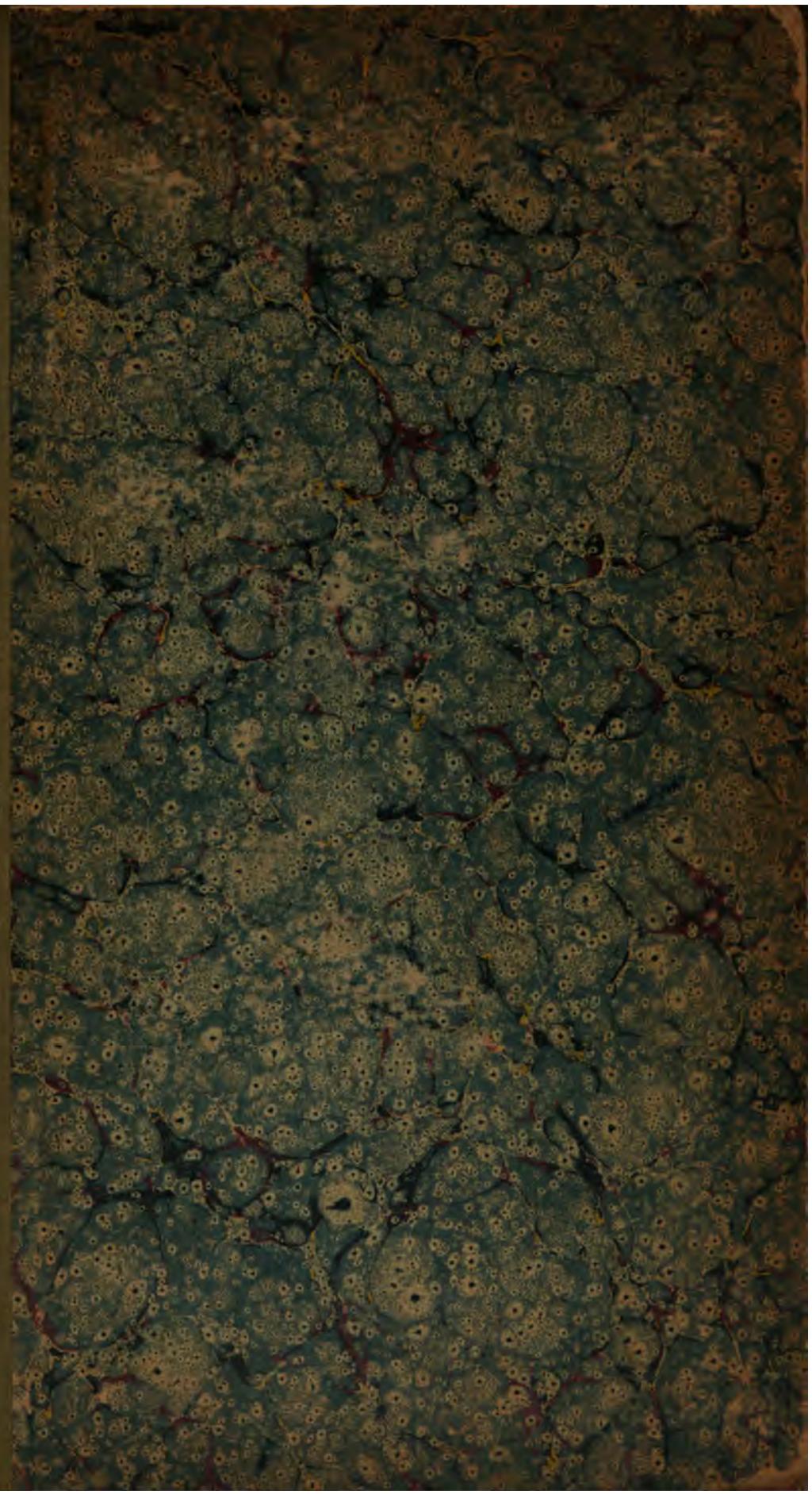
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



In 225.27



Harvard College Library

FROM

Trans. from Harvard
Law Library, Oliver
Collection





1520

GELEHRTE
KRIVENS
CLP

Int 2550.5

O

Das

Internationale Colonialrecht

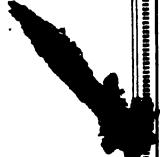
im neunzehnten Jahrhundert.

Einschließlich der Congo- und Carolinenarcte dargestellt

von

Dr. Ferdinand Lentner

k. k. Hofconciß,.
Lehrer des Staats- und Völkerrechtes an der k. k. Kriegsschule etc.



Bienn.

Manz'sche k. k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung

1886.



1
0596

1520

Das

Internationale Colonialrecht

im neunzehnten Jahrhundert.

von

Dr. Ferdinand Lentner.



Wien.

Manz'sche k. k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung

1886.

DEC 10 1913

Transferred to

Harvard College Library

from the

Harvard Law Library

Clivart Collection

Historische Darstellung.

1. Deutschlands überseeische Colonialerwerbungen.

Bald nach der Begründung des Deutschen Reiches und der Befestigung seiner Verfassung wurde in handelspolitischen und wissenschaftlichen Kreisen die Frage erörtert, ob Deutschland der Colonien bedürfe, um seine politische Machtstellung mit der wirtschaftlichen in Uebereinstimmung zu bringen.

Es wurde auf die unverhältnismäßige Bevölkerungsmehrung hingewiesen, auf die Zunahme der Auswanderung, auf die steigende Zahl der Hilfsbedürftigen, auf die Unzulänglichkeit der Existenzmittel in Folge der veränderten Nahrungsmittelpreise, auf die Erhöhung der Ausgaben durch conventionelle Rücksichten, das Bildungsbedürfniß u. s. w.

Es wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die organische Gliederung und Verbindung des Volkes bedeutende Lücken aufweist; daß der Interessenkampf den Prozeß der Atomisirung und Auflösung täglich befördere; daß die volksthümlichen Elemente, besonders das kräftige Bürgerthum, verschwinden; daß die Erfordernisse für die öffentliche Sicherheit und das Armenwesen zunehmen; daß der Bürger dem Bürger theilnahmslos gegenüberstehe; Unzufriedenheit, Gleichgiltigkeit und Selbstsucht um sich greifen, während die alten Tugenden der Genügsamkeit, Opferwilligkeit und des Gemeinsinnes in Abnahme begriffen sind.

Die beträchtliche Zunahme der Bevölkerung in Europa und Amerika in den letzten hundert Jahren, welche zweifellos auf die ökonomischen wie die politischen Verhältnisse der internationalen Staatengesellschaft einwirkt, ist nicht in Abrede zu stellen und aus folgenden Ziffern ersichtlich:

Im Jahre 1788 betrug die Bevölkerung Europas 145 Millionen, gegenwärtig macht dieselbe (in runder Ziffer) 350 Millionen aus. Das Verhältniß Europas zu China und Indien ist daher heute ein ganz anderes wie vor hundert Jahren.

Außerdem müssen zu den 350 Millionen in Europa noch 70 Millionen hinzugezählt werden als Zunahme aus europäischen Quellen in außereuropäischen Ländern, und zwar: Vereinigte Staaten von Amerika 55 Millionen, Canada $4\frac{1}{2}$ Millionen, Australien 3 Millionen, Südafrika $\frac{1}{2}$ Million, Südamerika 7 Millionen, zusammen 70 Millionen.

Das Verhältniß zwischen heute und 1788 stellt sich also wie 420 Millionen zu 150 Millionen. Sollte die Zunahme der Bevölkerung europäischer Abstammung für das nächste Jahrhundert in gleicher Proportion andauern, so hätten wir dann mehr als 1000 Millionen Menschen europäischer Abstammung, was China und Indien ganz in den Schatten stellen würde. Ja, wenn man die besondere Vermehrungszahl der Vereinigten Staaten betrachtet, so sollten daselbst allein in hundert Jahren an 800 Millionen Menschen leben.

Die Zunahme während des abgelaufenen Jahrhunderts macht also 270 Millionen aus. Die englische Race vermehrte sich um mehr als das Fünffache, die Russen etwas mehr als $3\frac{1}{2}$ mal, die Deutschen $2\frac{1}{3}$ mal, die lateinische Race nicht ganz um das Zweifache. Und was Deutschland betrifft, so ist die Thatssache, daß die Zahl der Geburten jene der Sterbefälle jährlich um 600.000 Seelen übersteigt, immerhin eine social-politisch beachtenswerthe.

Was die Auswanderung anbelangt, so können nachstehende Angaben als verlässlich gelten:

Von 1820 bis 1880 betraten über 11 Millionen Emigranten den Hafen von New-York; über 3 Millionen davon waren Deutsche, welche in amerikanische Fabriken und Arbeitsstätten kamen, mit Allem ausgerüstet und in der Absicht, ein arbeitsames und ehrenwertes Leben zu führen. Welches gewaltige Opfer brachte damit Deutschland zum Vortheile von Amerikas Fortschritt und Civilisation, indem es zuletzt durchschnittlich Zweimalshunderttausend der besten Arbeitskräfte abgab! Die Meisten derselben sind tüchtige Gewerbetreibende oder erfahrene Landarbeiter. Außer technischen, landwirthschaftlichen oder anderen gewerblichen Kenntnissen bringen sie im Durchschnitt jeder 70 Dollars mit, was 14 Millionen Dollars ausmacht. Aber noch eine andere Berechnung muß angestellt werden, die in der That bedeutungsvoll ist. Jeder kräftige und fleißige Einwanderer vermehrt den Reichthum seines neuen Heimatlandes um 1000 Dollars, so daß in Wirklichkeit Deutschland verliert und Amerika gewinnt: 200.000 schätzbare Bürger, 14 Millionen Dollars (circa 59 Millionen Mark) in baarem Geld und 200 Millionen Dollars, welche die Arbeitskraft und Geschicklichkeit dieser Leute repräsentiren.

Die statistischen Ausweise zeigen in der That, daß die meistbeteiligten Staaten: England und Deutschland, an Nordamerika an Auswanderern abgegeben haben:

	England	Deutschland
1879	49.967	34.602
1880	144.876	84.638
1881	153.718	210.485
1882	179.423	250.630.

Was speziell Österreich-Ungarn betrifft, so erscheint dasselbe in den nordamerikanischen Nachweisen mit folgenden Auswanderercontingenten aufgeführt: 1879 mit 5963, 1880 mit 17.267, 1881 mit 27.935, 1882 mit 29.150 (im letzten genannten Jahre erscheint Ungarn mit 8929 Personen).

Obwohl manche Socialpolitiker in dieser an und für sich bedauerlichen Erscheinung einen erleichternden Absluß der örtlichen Überfüllung erblicken, so herrscht doch darüber volle Übereinstimmung, daß der vollständigen Loslösung der Ausgewanderten von ihrem Heimatstaate nach Kräften vorgebeugt werden müsse und daß es durch eine zielbewußte Colonialpolitik möglich sei, die Arbeitskraft und das Capital der Emigrirten dem Mutterlande theilweise zu erhalten. Die allgemeine Nothlage anbelangend ist gleichfalls nicht zu leugnen, daß dieselbe in einer ursächlichen Beziehung zur Bevölkerungsvermehrung steht, zumal die Zahl der Bedürftigen seit einer Reihe von Jahren noch rascher zugenommen hat, wie die absolute Bevölkerungszahl. So hob sich im abgelaufenen Jahrzehnt in Deutschland die Bevölkerung um nahezu 6 Millionen, und jene der Erwachsenen, deren Einkommen das Existenzminimum von 525 Mark nicht überstieg, von 5 auf nahezu 8 Millionen.

Als Gründe für die Verarmung eines Theiles der Bevölkerung werden angeführt: die stetig zunehmende Trennung des Werthes von allem Besitz, die hiedurch bewirkte Verschuldung von Grund und Boden, die Zerstückelung der Bauerngüter, die Lockerung des familienhaften Verbandes im alten Handwerk, das Zuströmen der Bevölkerung zu den Fabriken, welche, wenn von Krisen betroffen, eine große Zahl Arbeitender außer Brod setzen, die finanziellen Lasten und administrativen Maßregeln, welche das Gefühl der Unbehaglichkeit und den Drang erzeugen, die bekannten Beschwerden der Heimat mit den unbekannten der neuen Welt zu vertauschen.

So lag es denn in der Natur der Verhältnisse, daß zugleich mit dem Gedanken der Socialreform auch die Idee einer Organisirung der Auswanderung und der Cultivation neuer Auswanderungsgebiete Verbreitung und Anfang fand.

Die Colonien der alten Völker hatten zumeist die Aufgabe, den einheimischen Bevölkerungskrisen abzuholzen, die Jugend zu kühnen Meerfahrten und Erbeutungen anzuregen, das Mutterland durch die neuen Kräfte der Töchtergemeinden aufzufrischen.

Durch ähnliche Mittel und auf veränderten Wegen sollte die christliche Weltultur in die neu entdeckten Erdtheile getragen werden, um sie in den Besitz der irdischen Vortheile geregelter Handelsbeziehungen, wie der überirdischen Güter evangelischer Heilslehre zu setzen.

Aber die Habgier nach den Schätzen der entdeckten Colonialgebiete, der Sklavenhandel, welchen ein unwürdiger Speculationsgeist ausnützte, die durch das Mercantilsystem zum Staatsprinzip erhobene Ausbeutung und Uebervortheilung der Colonien, die brutale Gewalt der Eintrüglinge und Abenteurer machten die Colonialexpeditionen derart verwildern und die Colonialverwaltung so willkürlich und grausam, daß nur das Oberhaupt der Christenheit im Stande war, für die Menschenwürde einzutreten, den grausamen Verfolgungen und Vernichtungskämpfen Einhalt zu gebieten und über das politische Gleichgewicht als oberster Schiedsrichter zu wachen, den kräftigen Willen mit der moralischen Macht vereinigend.

Den selbstsüchtigen Colonialzwecken wurden späterhin durch die Gründung der amerikanischen Union und die Ausbildung des europäischen öffentlichen Rechtes weitere Schranken gezogen.

Die brutale Politik des Raubbaues und der Aussaugung, die främerhafte, herzlose Speculation, welche schon Adam Smith in schärfster Weise verurtheilt hat, darf nunmehr als gemildert gelten, wiewohl Gewalt, Eigenmacht und kriegerische Verwickelungen im Colonialwesen niemals ganz zu vermeiden sein werden.

Es genügt diesfalls, an die Kämpfe in Algier, in Tunesien, in Aegypten und dem Sudan, an die italienische Occupation am Litorale des rothen Meeres, an die französische Expedition auf Madagaskar zu erinnern. An China drängen sich von drei Seiten drei Weltmächte heran: Russland von Westen, England von Süden, Frankreich von Osten. Wie Frankreich Tonkins bedarf, um seiner Colonialpolitik die reiche Provinz Yünnan zinspflichtig zu machen, so will England das Protectorat über Birma zu demselben Zwecke und ist gegenwärtig, nachdem es das einst so mächtige Königreich Ava untergraben hat, dem es 1824 Arakan, 1826 Assam, 1852 Pegu entrissen, durch die rasch bewerkstelligte Vernichtung der Despotie des Birmanenkönigs (Thibau) in die Lage versetzt, die Operationen dasselbst von Neuem aufzunehmen und dem Projecte der britischen Geschäftswelt, Indien und China durch eine Eisenbahn zu verbinden, die Verwirklichung zu sichern.

Anders ist der Vorgang Deutschlands, welches die Colonialfrage nicht als politische Machtfrage, sondern als Culturfrage behandelt wissen will.

Das Deutsche Reich will überseeische Wirtschaftsgebiete ausschließen und organisieren, nicht im Wege der Unterjochung, sondern einer möglichst friedlichen und allmäßlichen Cultivation. In den durch Forschungsreise, Handelsfleiß und Missionsthätigkeit erworbenen Gebieten sollen die auswandernden Stammesgenossen neue Heimstätten finden und durch ihre Betriebsamkeit, Intelligenz und Beharrlichkeit unter dem maritimen Schutze ihres Heimatstaates die Culturelemente in barbarische Völker hineinragen.

Daß die fähigsten Pionniere der Civilisation und des technischen Fortschrittes dem großen anglosächsischen Stämme angehören, zeigt die Erfahrung und wird von keiner Seite widergesprochen. Im eigentlichen Colonisationsgeschäfte jedoch, dem Ackerbau und der Hansindustrie, übertreffen Deutsche und Schottländer alle Mitbewerber und können, wosfern das Klima die weiße Arbeit zuläßt, auf vollen Erfolg rechnen. Das hat sich auch in Amerika gezeigt und die Eifersucht der Amerikaner in hohem Grade erregt. Sollte es daher dahin kommen, daß man dort den deutschen Einwanderern Schwierigkeiten in den Weg legt, wozu das Gesetz vom 3. August 1882 eine Handhabe bietet, so dürfte die Colonialpolitik des Deutschen Reiches um so eher eine hohe praktische Bedeutung erlangen.

Mehr als 5 Millionen Deutsche sind gegenwärtig über den Erdball verbreitet. Selbst an wenig besuchten Küsten und auf den entlegensten Inseln der unabsehbaren Meerestheile hat sich deutsche Arbeit, Thatkraft und Widerstandsfähigkeit ein weites Feld der Production erschlossen.

Der allgemeine, weltbürgerliche Zug, die Eigenart des germanischen Volkes, sich den fremdartigsten Verhältnissen und Lebensbedingungen anzupassen, hat sich auch im 19. Jahrhundert bewährt; allein es fehlte bisher an einem Bindemittel, welches diese auswärtigen Ansiedelungen mit der Heimat verknüpft hätte. Diese Nothwendigkeit einer engeren Verbindung wurde erst in neuester Zeit von Staatswegen gewürdigt und durch die maritime und consulaire Unterstützung jener Emporien bestätigt, welche von deutschen Ansiedlern unter großen Beschwerden und Gefahren gegründet wurden. Die Übertragung der Autorität des Reiches auf fremdes, der Herrschaft eines civilisierten Staates noch nicht unterworfenes Gebiet und die Begründung deutscher Schutzgebiete im völkerrechtlichen Sinne des Wortes, ist jedenfalls ein bedeutungsvoller Act, welcher auch auf die Bestrebungen der alten Colonialmächte anspornend wirken mußte und die großen Dimensionen der gegenwärtigen Colonialbewegung erklärt.

Den ersten Anstoß zum Eingreifen des Deutschen Reiches in die überseeische Politik gaben, wie in so vielen Fällen, auch hier Forschung und Wissenschaft.

Schon im Jahre 1876 wurde der Reichsregierung eine Denkschrift über die Anlage einer deutschen Colonie in Südafrika übermittelt. Die müßige Lage, in welche die Industrie nach der Krise des Jahres 1873 allerwärts gerathen war, die Consulatsreform, der fortwährende Ruf nach Deportationsanstalten für rückfällige Verbrecher, Landstreicher u. s. w. förderten das Studium der Colonialfrage.

Auch wurde in maritimen Kreisen darauf hingewiesen, daß zur Entwicklung einer Achtung gebietenden Kriegsflotte und zur fortwährenden Erprobung ihrer Leistungsfähigkeit der Besitz von Colonien und Handelsstationen höchst wünschenswerth sei.

Ursprünglich war das Augenmerk auf das südliche Afrika, namentlich die Freistaaten der holländischen Colonisten gerichtet, die damals ihre Autonomie gegen England zähe vertheidigten. Die wissenschaftlichen Vorarbeiten beschäftigten sich mit dem Plane, durch eine Handelsgesellschaft die Delagoa- oder Luciabai zu erwerben, eine Eisenbahn nach Prætoria zu bauen und die deutschen Häfen mit dem dunklen Erdtheil durch eine regelmäßige Dampferlinie zu verbinden, für welche eine staatliche Zinsengarantie geleistet werden sollte.

Unter den einschlägigen Publicationen haben besonders jene von Fabri: Bedarf Deutschland der Colonien? 1879; von Hübbe-Schleiden: Ueberseeische Politik, 1880; von H. Wagner: Ueber Gründung deutscher Colonien; und von H. Ehnis: Die europäischen Colonien, 1881 — für das allgemeine Verständniß der Coloniefrage Tüchtiges geleistet.

Die Reichsregierung beobachtete lange Zeit hindurch eine vorsichtige Zurückhaltung und ist erst nach gründlicher Erwägung aller hiebei in Frage kommenden internationalen Faktoren in jüngster Zeit aus ihrer Reserve herausgetreten.

Die Veranlassung zu einem ersten Schritt gab der Erwerb der nördlich von der Capcolonie belegenen Angra-Bequena-Bai durch die Bremer Firma F. A. E. Lüderitz. Diese hatte die Landstrecken, welche England 1876 durch Aufpflanzung seiner Flagge zum Colonialgebiet außersehen, dann aber wieder aufgegeben hatte, durch Kauf erworben. Von englischer Seite wurde gegen die Rechtmäßigkeit dieses Geschäftes Einspruch erhoben unter dem Hinweise, daß ein Engländer bereits früher diese Territorien läuflich erworben habe.

Nachdem das englische Cabinet die deutsche Anfrage, ob die Behauptungen bezüglich Angra-Bequena auf Richtigkeit

beruhen, durch unverhältnismäßig lange Zeit unbeantwortet ließ, wurde dieses Küstengebiet offiziell unter deutschen Schutz gestellt.

Wald darauf wurde die Gebietshoheit des Reiches über das am Golf von Guinea belegene Camerun, wo hamburgische Firmen seit geraumer Zeit Niederlassungen gegründet hatten, proclamirt. Auch hier drängten die Kaufleute, die günstige Gelegenheit, eine selbständige Position im überseischen Handelsverkehre zu erlangen, nicht zu versäumen.

„Die deutschen Hansestädte“ — heißt es in einer diesbezüglichen Eingabe — „haben schon seit langer Zeit ihre Söhne in überseische Länder und Häfen, namentlich auch nach Westafrika geschickt, um Factoreien zu errichten und Handelsverbindungen anzuknüpfen; sie haben aber früher in Folge mangelnden Schutzes oft nur für Andere gearbeitet und dem guten Willen fremder Mächte ihren Schutz verdanken müssen. Je tüchtiger eine Firma arbeitete und in unoccipirten Gebieten ein Feld für den Handel eröffnete, um so eher war sie der Gefahr ausgesetzt, daß andere Nationen kamen, mit den Ein geborenen Verträge schlossen und das Land für sich in Besitz nahmen, indem sie gleichzeitig durch schwere Zollschranken den bereits angebahnten Verkehr zu hemmen trachteten. Vor der Gründung des Deutschen Reiches waren die Kaufleute genötigt, englische Hilfe in Anspruch zu nehmen, welche gerne geleistet wurde. Bei dem zunehmenden Wettbewerbe der Colonialmächte jedoch ist nunmehr diese Geneigtheit in weit minderem Grade vorhanden und das Bedürfniß eines stets zuverlässigen und effectiven Schutzes durch den eigenen Staat ein unabweisliches geworden. Nur in diesem Falle ist eine Bürgschaft dafür gewonnen, daß die deutschen Ansiedelungen dauernde Stätten des Gewerbe- und Handelsleibes werden und aus den wohl gepflegten Handelsbeziehungen die gehofften volkswirthschaftlichen Vortheile erwachsen.“

Die Erwagung, daß der deutsche Handel an manchen Punkten zurückgehen müßte, wenn demselben nicht ein starker Rückhalt geboten würde, und zwar durch Erweiterung und vermehrte Sicherstellung der bestehenden Vertragsrechte in den Besitzungen der alten Colonialstaaten und den Abschluß neuer Verträge zum Zwecke des Territorialerwerbes, ferner durch Entsendung von Consularbeamten, Errichtung von Consulaten, Stationirung von Kriegsschiffen u. s. w., hat die bekannten, durch die Modalitäten ihrer Ausführung auch völkerrechtlich bedeutsamen Colonialunternehmungen zur Folge gehabt.

Die zur Zeit unter deutschen Schutz gestellten Gebiete in Afrika und in der Südsee sind in übersichtlicher Zusammenstellung folgende:

A. Groß-Namaqualand.

1. Angra-Pequena an der Westküste Afrikas vom Oranjeruhr bis zum 26. Grad südlicher Breite, von jedem Punkte der Küste an gerechnet 20 Meilen landeinwärts, nebst den dazu gehörenden drei Inseln: Robben-, Pinguin- und Haifisch-Inseln. Es umfaßt 900 deutsche Quadratmeilen Flächeninhalt und besitzt einen guten, für Kriegsschiffe geeigneten Hafen. Die Factorei gehört der Firma F. A. C. Lüderitz in Bremen, die am 7. August 1884 einen Kaufvertrag mit dem Häuptling der Namas, Josef Fredericks, in Bethanien abschloß. Die deutsche Flagge wurde aufgehoft von der Corvette „Leipzig“ und der Corvette „Elisabeth“. Die protestantische rheinische Missionsgesellschaft versucht dort die Bekhrung der Eingeborenen.

2. Das östlich von Angra-Pequena gelegene Gebiet des selben Häuptlings mit der rheinischen protestantischen Missionsstation Bethanien und Berseba; von Lüderitz durch Vertrag erworben und vom Generalconsul Nachtigal unter deutschen Schutz gestellt.

3. Die Damara- und Namaquaküste vom 26. bis zum 18. Grad südlicher Breite, dem Cap Frio (Grenze der portugiesischen Besitzungen), mit Ausschluß der Walvischbaai, welche englisch ist. Dieser Landstrich wurde vom Kanonenboot „Wolf“ unter deutschen Schutz gestellt. Auch hier befindet sich eine evangelische Missionsstation, welche die Viehzucht treibenden Stämme der Damaras und Hereros zu civilisiren sucht.

B. Camerungebiet.

An der Mündung des Camerunflusses in der Südostecke des Golfs von Guinea, der Bai von Biafra, mit Ausschluß der englischen Missionsstation Victoria an der Ambasbai.

1. Von der Mündung des Rio del Rey bis König Wilhelmsstadt (Bimbia). Dieser Bereich umfaßt fünf Orte mit Factoreien. Nördlich von denselben erhebt sich das Camerungebirge mit seiner höchsten Spize, dem Götterberge, 4190 Meter über dem Meere. Die deutsche Flagge wurde dort durch das Kanonenboot „Möve“ unter Führung des Generalconsuls Nachtigal am 22. Juli 1884 gehisst.

2. Camerunplätze: Gebiete der Könige Bell, Aqua und Dzun Equalla von Dido, am rechten Ufer des Häuptlings von Hickory und kleinerer Negerfürsten. Hier befinden sich die großen Factoreien der Hamburger Firmen C. Wörmann, Janzen und Thormälen. Ein Aufstand der Bewohner von Joss und Hickory Stadt gegen König Bell und die deutsche Herrschaft wurde vom 10. bis 22. December 1884 durch die Bemannung der Cor-

betten „Bismarck“ und „Olga“ nach hartnäckigem Kampfe erfolgreich niedergeschlagen.

3. Von der Mündung des Camerunflusses bis zur Südgrenze des deutschen Gebietes. Dasselbst befinden sich die gleichfalls ausgedehnten Niederlassungen von Börmann &c.

C. Togoland (Sklaventüste).

Die Factoreien liegen sämtlich auf einer Landzunge, gebildet durch Lagunen, die dem Hinterlande (der Neger-Despotie Dahomey) vorgelagert sind. Die deutsche Flagge wurde in Bagéda und Lomé durch das Kanonenboot „Möve“ (General-consul Nachtigal) am 5. Juli 1884, in Porto Seguro durch die Corvette „Leipzig“ am 5. September 1884 gehisst.

D. Kabitai- und Kobaland

zwischen dem Rio Pongo und dem Dubredafluss gegenüber den englischen Losinseln, sowie das weiter südlich gelegene Sumbujaland, zusammen circa 2400 Quadratkilometer groß, wurden am 4. und 6. Jänner 1885 durch die Corvette „Ariadne“ unter deutschen Schutz gestellt.

Die beiden Könige (Häuptlinge) Bangali und Te Uri haben das Land an die Firma F. Colin (Deutsch-afrikanische Handelsgesellschaft in Frankfurt a. M.) verkauft.

Das zwischen dem Dubreda- und Sumbujafusse gelegene Gebiet wird zur Zeit von Frankreich beansprucht.

E. Länder der deutschen Gesellschaft für Colonisation in Ostafrika

zwischen dem zum Sultanat Zanzibar gehörigen Küstenstriche und dem Tanganjikasee am Flusse Wami zwischen dem 5. und 8. Grad südlicher Breite gelegen, in einer Ausdehnung von circa 2500 englischen Quadratmeilen. Der Sultan von Zanzibar (Vargasch ben Said) hat in dieses Gebiet vor Kurzem einen feindlichen Einfall gemacht und sich der Gesellschaft für deutsche Colonisation in Ostafrika feindlich gezeigt. Dieselbe erbat auf Grund des kaiserlichen Schreibsels vom 27. Februar 1885 die Hilfe des Reiches, welche auch erfolgreich war.

F. Deutsches Gebiet am Congo

zwischen den Stationen Nolki und Nuampozo der internationalen Congogesellschaft, gegenüber der Gouvernementsstation Bivi. Es wurde von der deutschen Congoexpedition angekauft und am 12. December 1884 die deutsche Kriegsflagge dasselbst aufgezogen

G. Kaiser Wilhelms-Land

auf Neu-Guinea, circa 5200 Quadratmeilen groß, umfasst das zwischen der Humboldt-Bai und dem Huon-Golf gelegene, im

Süden von dem Neu-Guinea von Osten nach Westen durchziehenden Gebirgsrücken begrenzte Gebiet. Das Innere des Landes ist noch unersucht. Verschiedene Buchten und kleinere Höfen sind sehr geeignet für Stationirung von Kriegsschiffen. Handelsfactoreien sind auf Neu-Guinea erst im Entstehen begriffen. Die deutsche Flagge wurde an verschiedenen Plätzen Mitte November 1884 durch die Corvette „Elisabeth“ aufgezogen.

H. Neubritannien-Archipel,

bestehend aus den Inseln: Neubritannien (Virara), Neuirland (Tombara), Neuhammover, Herzog Yorkgruppe, sowie den östlich davon gelegenen Admiralitäts- und Hermitinseln, hat einen Flächenraum von etwa 1000 Quadratmeilen. Die deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln und die Firma Hernsheim und Comp. in Hamburg haben circa dreißig Factoreien; die Hauptagentur der ersteren ist auf Miolo, Herzog Yorkgruppe, die der letzteren auf Matupi, einer Insel an der Blanchebai am Nordostende Neubritanniens. Die deutsche Flagge wurde auf Matupi und Miolo am 3. und 4. November, auf Neuirland am 10. November 1884, sowie später auf den Admiralitäts- und Hermitinseln durch die Corvette „Elisabeth“ und 1885 auf den Marshall-Inseln durch „Nautilus“ aufgehisst.

2. Die Congoconferenz und der Congofreistaat.

In Folge der neuerlichen Erforschung des Congogebietes und der Wahrnehmung der außerordentlichen Ausdehnung seines Stromes hat England mit Portugal einen Vertrag abgeschlossen, wonach es die Rechte der Portugiesen oberhalb Ambriz bis zum $5^{\circ} 12'$ südlicher Breite anerkannte. Dagegen erhielt es Zolltarife zugesichert, welche Differentialzölle zu Gunsten seiner Waaren und zum Nachtheile der übrigen Nationen hergestellt und ihm die Mündung des Congo commerciell ausgeliefert haben würde. Frankreich protestierte gegen diesen Vertrag, indem es sich auf das Madrider Uebereinkommen zwischen ihm und Portugal von 1787 stützte, durch welches für jene Gegend Handelsfreiheit stipulirt worden war. Auch die übrigen Mächte zögerten, jenem Uebereinkommen ihre Zustimmung zu geben. Bei dieser Sachlage ließ der deutsche Reichskanzler in Paris wegen des Planes einer Conferenz anfragen, auf welcher das Prinzip der Handels- und Schiffahrtsfreiheit auf dem Congo festgestellt werden sollte. Die französische Regierung, welche bereits durch die Mission Brazza's ein reges Interesse an dem neuerschlossenen Strom gezeigt und mit der internationalen Afrikanischen Gesellschaft ein handels-

politisches Arrangement vereinbart hatte, zeigte sich sofort geneigt, auf den Vorschlag einzugehen.

Die Afrikanische Gesellschaft wurde im Jahre 1876 von König Leopold II. von Belgien begründet zum Zwecke der Forschung, der Verbreitung der Civilisation und zur Unterdrückung des Slavenhandels unter den dortigen Einwohnern.

Die Gesellschaft war anscheinend nicht zahlreich, nicht mächtig genug, um ihre großen Ziele mit Nachdruck verfolgen zu können; aber ihr hochherziger Begründer opferte große Summen, gewann tüchtige Kräfte, gab der Gesellschaft moralische Anregung und Unterstützung, wie das Beispiel der Ausdauer und idealen Auffassung. Die anfänglich wenig bedeutenden Erfolge steigerten sich, die Gesellschaft gewann in den letzten Jahren eine größere, allgemeinere Bedeutung, zumal sie sich die begrenzte und bestimmte Aufgabe setzte, in dem von Stanley erschlossenem Gebiete am Congo geordnete Verhältnisse herzustellen und eine wilde Bevölkerung an den Handel und an den Betrieb friedlicher Gewerbe zu gewöhnen. Was diese Association geleistet, ist ein Erfolg des Principes solidarischer Kräftevereinigung im Dienste einer höchst schwierigen Sache. Auf einer nahezu 6500 Kilometer langen Strecke längs des Congostromes hat die Gesellschaft eine festgegliederte Reihe von Colonien angelegt, welche allen Europäern, ohne Unterschied der Herkunft, Schutz und Aufnahme gewähren und zu eben so vielen Mittelpunkten des Handels, des Verkehrs und der Civilisation werden sollen.

Immer mehr zeigt es sich, daß die zum internationalen „Congostreitstaate“ consolidirte Gesellschaft das Vertrauen der Eingeborenen besitzt, weil sie es verdient, indem sie jede Ausbeutung verschmäht und sich vortheilhaft von den Händlern und Agenten unterscheidet, mit welchen die Negerstämme zeitweilig in Verkehr gelommen sind. Von solchem Vertrauen begleitet, konnten die Mitglieder der Afrikanischen Gesellschaft jene zahlreichen Verträge mit den Häuptlingen abschließen, in welchen die Erwerbung von Grund und Boden für weitere Stationen, für Wege und Straßen und Eisenbahnen vorgesehen ist.

Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die dauernde Regelung der durch die neuen Ansiedlungen in Westafrika entstandenen Sachlage war eine vollständige. Die deutsche Depesche vom 13. September 1884 bezeichnete als Substrat einer Conferenzberathung nachstehende Punkte: Handelsfreiheit im Becken und an den Mündungen des Congo; Ausdehnung der Bestimmungen, betreffend die freie Stromschiffahrt auf dem Congo und Niger; Feststellung der formellen Erfordernisse, welche nöthig sind, damit Neuerwerbungen an den afrikanischen Küsten als effective völkerrechtlich respectirt werden.

Was den ersten Punkt anbelangt, so kann nicht verkannt werden, daß England, dessen maritimer Initiative und Energie das Abendland viele Vorteile zu verdanken hat, die Führung zur See nach wie vor zu behaupten sucht.

Jahrhundertelange Erfolge, durch welche die Engländer den Franzosen, Holländern und Spaniern kostbare Besitzungen abgenommen, zwar den Complex der Vereinigten Staaten verloren, dafür aber den ganzen fünften Welttheil accupirt und das Indische Reich gegründet haben, hat das britische Nationalgefühl mächtig gehoben. In gleichem Schritte mit dem Anwachsen des Weltreiches, welches gegenwärtig ganz Australien, das nördliche Amerika, Westindien, Südafrika, strategisch wichtige Inseln in der Nordsee und im Mittelmeere, die stärkste Festung Spaniens und in Asien ein Land mit einer Bevölkerung von 250 Millionen Menschen umfaßt, hat sich auch die Begehrlichkeit gesteigert. Es ist ein Zug des britischen Nationalcharakters geworden, daß jeder Versuch einer anderen Nation, in Colonialabsichten in die Fußstapfen der Engländer zu treten, von der Handelswelt wie ein Eingriff in ihre angestammten Rechte betrachtet wird, daß jede neue Niederlassung eines anderen Staates, ja nur die Errichtung einer Factorei an der Küste eines fernen Landes, mit unfreundlichen Augen betrachtet wird — ein Factor, bedeutsam genug, um die übrige handelspolitische Welt zu veranlassen, mit demselben zu rechnen.

Was den zweiten Punkt betrifft, so enthält er nur eine Übertragung des internationalen Stromrechtes auf afrikanschen Boden. Die Gründe, weshalb eine große Wasserstraße weder Privateigenthum, noch eine Allen gemeinsame Sache sein kann, sind in der Literatur und Völkerrechtspraxis, besonders aber in zahlreichen Grenz- und Schifffahrtsverträgen erschöpfend dargelegt.

Im Sinne der Wiener Congreßakte soll ein Fluß vom Beginne seiner Schiffbarkeit bis zu seiner Mündung als gemeinsames Eigenthum der Uferstaaten gelten und der allgemeinen Benützung freistehen. Die Hoheitsrechte über sein eigenes Wassergebiet übt jeder Staat selbstständig aus, unbeschadet des Rechtes der freien Schifffahrt. Alle Stapel-Umschlagsrechte, Seezölle und die Monopole der Schifferzünfte sind aufgehoben. Vertragsmäßige Schifffahrtsabgaben können nur für die Benützung der Landungsplätze, Treppelwege, nicht aber für die Wassersfahrt als solche erhoben werden. Der Thalweg des Flusses ist neutrales Gebiet. Die Fluß- und Schifffahrtspolizei ist nach gemeinsamen Rechtsgrundzügen durchzuführen.

Der dritte Punkt, die Definirung des Rechtes der Besitzergreifung herrenloser Gebiete, wurde von der europäischen

Publicistik mit Recht als der folgenreichste und wichtigste bezeichnet. Ein Blick auf den Erdball erklärt dies hinlänglich. Wer den fünften Welttheil betrachtet, wird ersehen, daß nicht einmal das Küstengebiet auf eine mäßige Tiefe besiedelt ist. Der ganze Continent ist noch unbewohnt und kann es bei seiner Ausdehnung noch auf Jahrhunderte hinaus bleiben. Denn nach altenglischer Praxis könnte alles Colonialland durch willkürliche Aufpflanzung der Flagge abgesperrt und eine Neuerwerbung selbst auf dem Papier vorgenommen werden, Grund genug für die Festlandmächte, diesen Vorgang in rechtliche Grenzen einzudämmen, wie es vor einem Jahrhundert die bewaffneten Neutralitäten versucht hatten, sowie das Occupationsrecht an herrenlosen Territorien zu definiren.

Allerdings muß bemerkt werden, daß, wenn Geographen und Ethnographen gegenwärtig von „herrenlosem Land“ sprechen, dieser Ausdruck nicht mehr dasjenige zu bezeichnen vermag, was sie frühere Jahrhunderte darunter verstanden haben. Die Besiedelung aller culturfähigen Gebiete darf als vollzogen betrachtet werden. Herrenlose Territorien, jungfräulichen Boden, durch dessen Besitzergreifung und wenn auch noch so primitive Bewirtschaftung noch Niemand einen Anspruch darauf erworben hätte, dürfte es kaum mehr geben, was nicht ausschließt, daß noch viel verödetes, versumpftes Land in die Cultur einbezogen werden kann.

Als „herrenlos“ betrachten die europäischen Staaten nunmehr solche Gebiete, welche von barbarischen, der internationalen Rechtsgemeinschaft fremd oder feindselig gegenüberstehenden Völkerschaften bewohnt sind; Gebiete, hinsichtlich deren von einem organischen Staatsgefüge, von einem zur politischen Einheit verschmolzenen Volksthum noch nicht die Rede sein kann; Ortschaften, in denen noch das Recht der Wildnis gilt, deren Angehörige in Folge des gänzlichen Mangels an Erziehung und Unterweisung nur durch die grössten Zuchtmittel oder das klügste Eingehen in ihre religiösen Vorstellungen in Ordnung erhalten werden können.

So traten denn auf Einladung der deutschen Regierung die Vertreter von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, der Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, der Niederlande, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen und der Türkei, später auch jener der Congogesellschaft, in Berlin am 15. November 1884 zu einer Conferenz zusammen. Nachdem der deutsche Reichskanzler den Vorsitz übernommen hatte, gab er in seiner Eröffnungsrede eine Analyse über Ziele und Zwecke der Conferenzberathungen, indem er hervorhob, daß das Deutsche Reich bei der Einladung zur

Conferenz von der Ueberzeugung ausgegangen sei, alle eingeladenen Staaten seien in dem Wunsche einig, die Eingeborenen Afrikas der Segnungen der Cultur theilhaftig zu machen und die endgiltige Unterdrückung der Sklaverei herbeizuführen, deren allmäßliche Abschaffung bereits vom Wiener Congress 1815 als eine heilige Pflicht aller Mächte anerkannt worden ist. Alle Culturstaaten hätten ein culturelles Interesse an der gedeihlichen Entwicklung Afrikas, und das vorüge deren Mitwirkung bei der Aufgabe, die Handelsbeziehungen mit diesem Welttheile zu regeln. Der Handel, wie er seit einer Reihe von Jahren zwischen den Westmächten und den ostasiatischen Staaten betrieben worden, sei ein beherzigenswerthes Beispiel. Die Regierung Deutschlands schlage daher vor, daß auf derselben Grundlage des gleichen Rechtes für Alle und der Gemeinsamkeit der Interessen aller Nationen auch die Beziehungen zu Afrika unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieses Welttheiles festgestellt würden. Nachdem Frankreich diesem deutschen Vorschlage seine volle Zustimmung ertheilt, habe die deutsche Regierung die übrigen Mächte unter Angabe eines Programmes eingeladen, dessen Grundgedanke der sei, allen handeltreibenden Völkern das Innere Afrikas zu erschließen. Deshalb sei Zollfreiheit für alle nach dem inneren Afrika bestimmten Waaren wünschenswerth. Diese Frage in ihrer Allgemeinheit könne freilich nicht der eigentliche Gegenstand der Conferenzberathungen sein, vielmehr beschränke sich das Programm auf die Handelsfreiheit im Becken und an den Mündungen des Congo in folgender Art: Jede Macht, die in jenem Gebiete Souveränetätsrechte ausübe oder ausüben werde, solle ausnahmslos allen fremden Flaggen Zutritt gewähren; Monopole und besondere Abmachungen aller Art sollen ausgeschlossen bleiben. Mit Ausnahme derjenigen Gebühren, die als Entgelt für im Interesse des Handels gemachte Ausgaben erhoben würden, sollen keine anderen auferlegt werden dürfen. Alle betheiligten Staaten sollen sich verpflichten, zur Unterdrückung der Sklaverei beizutragen, die Arbeiten der Missionen, die Anstalten zum Unterrichte der Eingeborenen zu begünstigen und zu unterstützen. In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Wiener Congresses betreffs der Freiheit der Flussschiffahrt, die in Europa und Amerika öffentliches Recht geworden sind, würde Deutschland geneigt sein, außerhalb der Conferenz die Frage der Freiheit der Schiffahrt auf allen Flüssen Afrikas festzustellen. Die Conferenz habe diese Frage nur für den Congo und Niger zu lösen.

Die Wichtigkeit des unerforschten und herrenlosen Afrikas für die Entwicklung aller Handels- und Colonialinteressen, sowie die Möglichkeit von staatlichen Verwicklungen in Folge von Besitzergreifungen haben Deutschland

und Frankreich zu dem Vorschlage veranlaßt, eine Einigung zu erzielen über die förmlichkeiten, auf Grund deren Besitzergreifungen als thatsfächliche, unanfechtbare zu betrachten seien. Die Frage über die Gültigkeit der bisherigen Besitzergreifungen gehöre nicht zu den Besuugnissen der Conferenz. Nur im Hinblicke auf zukünftige Besitzergreifungen wolle Deutschland einen Vorschlag einbringen, nach welchem die Gültigkeit einer solchen Besitzergreifung an gewisse Fakten, wie z. B. Anzeige an die Mächte u. s. w., gebunden sei. Zur Unanfechtbarkeit müsse gehören, daß der Besitzergreifer in gewisser Frist durch Einrichtungen und Maßregeln darthue, daß er die Kraft und den Willen habe, seine Rechte dort auszuüben und seine daraus folgenden Pflichten zu erfüllen.

Der Bevollmächtigte Großbritanniens, Sir Edward Malet, gab darauf eine Erklärung ab, deren wesentlicher Inhalt besagte, die englische Regierung stimme im Allgemeinen mit den deutschen Vorschlägen überein und unterstütze sie auf's Wärmste zufolge der von England stets befolgten Freihandelspolitik; dazu gehöre also auch die Handelsfreiheit im Congobecken und die freie Schifffahrt auf den afrikanischen Flüssen. England könne aber auch hier Handelsfragen nicht von den allgemeinen Culturfragen trennen, denn die Eingeborenen würden mehr verlieren als gewinnen, wenn die Handelsfreiheit ohne alle Aufsicht zur Handelszügellosigkeit ausartete. Die englische Regierung würde sich dafür aussprechen, daß der Grundsatz der Handelsfreiheit ganz bestimmt klargelegt werde, so daß ein jeder Staat sich verpflichten müsse, alle übrigen Nationen derjenigen Vortheile theilhaftig werden zu lassen, die er selbst für seinen Handel und seine Unterthanen errungen habe. Was die Freiheit der Schifffahrt auf dem Congo betreffe, so würde eine internationale Commission dieselbe zweckmäßig regeln können; auf dem Niger sei die Lage aber eine ganz andere. England betrachte die Einsetzung einer solchen Commission für diesen Fluß für unthunlich. Hier sei die Entwicklung des Verkehrses ausschließlich auf englische Einflüsse zurückzuführen; augenblicklich sei er gänzlich in Händen Englands. Die wichtigsten Stämme, die seit langen Jahren die Engländer als ihre Beschützer und Rathgeber betrachten, seien jetzt in Folge ihrer dringlichen und wiederholten Bitten unter englische Schutzherrschaft gestellt worden. Auf diese Sachlage ließen sich also die Grundsätze des Wiener Congresses nicht einfach anwenden. Der Küstenstrich und der untere Flusslauf seien genügend überwacht, um England zu gestatten, die Schifffahrt zu regeln, wobei es sich durch eine förmliche Erklärung an die Grundsätze der Handelsfreiheit anlehnen werde. Wolle die Conferenz die Handelsfreiheit auch noch auf andere afrikanische Flüsse

ausdehnen, so wünsche es besondere Behandlung der einzelnen Flüsse.

Der dritte Punkt des Programms, die Sicherung der Besitzergreifung von herrenlosem Land, sei noch nicht ausreichend klargelegt und die Völkerrechtsdoctrin in dieser Beziehung noch sehr schwankend. Doch würde die Feststellung bestimmter Principien eines internationalen Colonialrechtes, als ein das Völkerrecht fortbildendes Unternehmen, der Zustimmung Englands sicher sein.

Wiewohl unmittelbar vor und während der Conferenz die Mächte sich beeilten, mit der Einverleibung neuer Gebietstheile vorzugehen, wurden doch die Punkte über die Handelsfreiheit, die Freiheit der Flussschiffahrt und die Unterdrückung der Sklaverei rasch erledigt. Nicht so der dritte Punkt, in welchem England bezüglich der obligatorischen Notification von Neuerwerbungen an die Mächte erst nach langwierigen Verhandlungen nachgab und Portugal seine ablehnende Haltung erst aufgab, als es durch die Enclaven am rechten Congoufer abgefunden wurde. Der Internationalen afrikanischen Gesellschaft wurde auf der Conferenz hohe Anerkennung gezollt für das Werk der Civilisation, welche sie geleistet hat, und es unterlag keinem Zweifel, daß die Conferenzmächte, wie sie schon früher deren Flagge (goldener Stern im blauen Felde) anerkannt hatten, nunmehr auch dem zu gründenden Congosreistaate ihre Anerkennung nicht versagen werden.

Diese Anerkennung ist in Form von Verträgen mit einem befreundeten Staate seither durch die Vereinigten Staaten, Deutschland, Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Italien, Russland, Skandinavien, Belgien, Holland, Portugal u. c. erfolgt.

Die Generalakte der Congoconferenz zeigt schon in formeller Beziehung die wohl durchdachte Anlage.*). Sie hat das Berathungsmaterial analytisch, nicht synthetisch bearbeitet, und mehr Rücksicht auf die Natur der einzelnen Fragen, als auf ihre systematische Construction genommen. Man muß es ihr danken, daß sie, von dem Apparate der älteren diplomatischen Schule absehend, rein sachlich das Materiale in einer Anzahl von „Erläuterungen“ dargestellt hat, deren jede für sich einen Programmfpunkt erledigt. Es wurden nämlich nähinander berathen und beschlossen:

1. Eine Erklärung, betreffend die Freiheit des Handels in dem Becken des Congo, seinen Mündungen und den angrenzenden Ländern, nebst einigen damit zusammenhängenden Bestimmungen;

*) Acte générale de la conférence de Berlin suivi des traités des puissances signataires avec l'association du Congo. En langue originale et en allemand par H. Robolsky, Leipzig 1885.

2. eine Erklärung, betreffend den Sklavenhandel und die Operationen, welche zu Lande oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen;
3. eine Erklärung, betreffend die Neutralität der in dem Congobezirk inbegriffenen Gebiete;
4. eine Congoschiffahrtsakte, welche, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, auf diesen Strom, seine Nebenflüsse und auf die denselben gleichgestellten Gewässer die in den Art. 108 bis 116 der Schlufakte des Wiener Congresses enthaltenen allgemeinen Grundsätze ausdehnt, die zum Zwecke haben, zwischen den Signatarmächten jener Acte die freie Schiffahrt auf den mehrere Staaten trennenden oder durchschneidenden schiffbaren Wasserläufen zu regeln und welche seitdem vertragsmäßig auf Flüsse Europas und Amerikas, und namentlich auf die Donau, mit den durch die den dritten Pariser Frieden 1856, den Berliner Vertrag 1878 und die Londoner Protolle von 1871 und 1883 vorgesehenen Veränderungen angewendet worden sind;
5. eine Nigerschiffahrtsakte, welche gleichfalls, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, auf diesen Strom und seine Nebenflüsse die in den Art. 108—116 der Schlufakte des Wiener Congresses enthaltenen Grundsätze ausdehnt;
6. eine Erklärung, welche in die internationalen Beziehungen einheitliche Regeln für zukünftige Besitzergreifungen an den Küsten des afrikanischen Festlandes einführt.

Die aus 38 Artikeln bestehende Acte gliedert sich in ebensoviiele Capitel, als Erklärungen vorhanden sind, und in einen Schlufbericht der Congonferenzcommission.

Derselbe enthält einige Textänderungen über die Grenzen des Congobezirks, ferner Bestimmungen über den Zusammenschluss der Internationalen Congoschiffahrtscommission, dann die drei Punkte des französischen Vorschages über die Neutralisirung des Congobezirks, welche in der Hauptsache anordnen:

a) Die hohen Parteien, welche den gegenwärtigen Act unterzeichnet haben, sowie diejenigen, welche ihn nachher annehmen werden, verpflichten sich, die Neutralität dieser Gebiete oder Gebietstheile, welche zu jenen Ländern gehören, die Wassergebiete mit inbegriffen, so lange zu respectiren, als die Mächte, welche Souveränitäts- oder Protectoratsrechte auf diesen Gebieten ausüben oder ausüben werden, kraft ihrer Befugniß sich als neutral erklären und den von der Neutralität auferlegten Pflichten treu bleiben.

b) Im Falle, als eine die Souveränitäts- oder Protectoratsrechte ausübende Macht in den im Vorartikel erwähnten und unter das Regime des Freihandels gestellten Ländern in einen Krieg verwickelt würde, verpflichten sich für die Dauer des

Krieges die Signatarmächte, ihre guten Dienste aufzubieten, damit die der kriegsführenden Macht angehörigen und in der vertragsmäßig festgestellten Freihandelszone inbegriffenen Gebiete unter gemeinsamer Uebereinstimmung dieser Macht und der anderen, welche Krieg führen, während dieses Krieges unter das Regime der Neutralität gestellt und als einem der nicht kriegsführenden Staaten zugehörig betrachtet werden sollen, wobei die Kriegsführenden sich von diesem Augenblicke an jeder Ausdehnung der Feindseligkeiten auf die solchermaßen neutralisierten Gebiete und jeder Benützung derselben als kriegerischen Operationsbasis enthalten werden.

c) Im Falle, als zwischen den Signatarmächten des vorliegenden Actes aus Anlaß oder innerhalb der Grenzen der im Artikel 1 erwähnten und unter dem Regime des Freihandels stehenden Gebiete ein Conflict entstünde, verpflichten sich die Mächte, an die Vermittelung einer oder mehrerer der befreundeten Mächte zu appelliren.

Ein weiterer Abschnitt des Schlußberichtes regelt die eventuelle Revision der Generalakte, den nachträglichen Beitritt zu derselben, die Ratification und ihr Inkrafttreten.

Den Ratificationsmodus betreffend, wurde folgende, ein Novum im Völkerrechte begründende Vereinbarung getroffen:

Jede Macht hat die Besugniß, die Ratification für sich zu vollziehen, ohne warten zu müssen, daß ihre Mitunterzeichner im Stande seien, dieselbe Formalität zu erfüllen.

Jeder Ratificationsact wird an die deutsche Reichsregierung gerichtet, welche den anderen Vertragsmächten davon Kenntniß gibt.

Die verschiedenen Ratificationen werden der Reihenfolge nach in den kaiserlichen Archiven niedergelegt. Wenn sie alle dasselbst vorhanden sind, treten die Repräsentanten der Vertragsmächte zusammen und nehmen ein authentisches Protokoll auf, welches die Niederlegung aller Ratificationen constatirt. Ein beglaubigtes Exemplar dieses Documentes wird hienach allen Vertragsmächten durch die kaiserlich deutsche Regierung übermittelt.

Dieses Verfahren ist von großer Einfachheit; es erreicht das gesteckte Ziel unter Reduzirung der Formalitäten auf die unumgänglich nothwendigen Proportionen. Es scheint besonders für die Geßlogenheiten zahlreicher diplomatischer Versammlungen angezeigt, deren Zusammentritt in unserer Zeit häufig ist und berufen scheint, einen immer beträchtlicheren Einfluß auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten zu üben.

Von weitreichendster Bedeutung erscheint jedoch, wie schon bemerkt, das sechste Capitel, welches sich mit den Modalitäten der Besitzergreifung von Neuerwerbungen an der afrikanischen Küste befaßt.

Schon die vorsichtige Behandlung dieser Frage durch die Conferenzmächte ließ erkennen, daß man sich ihrer ganzen Tragweite bewußt war, denn erst nach einer langen Pause und schwierigen Verhandlungen gelang es, folgender Erklärung (Art. 35 G. A.) die Annahme zu sichern:

I. Diejenige Macht, welche hinsicht von einem Landstriche oder Orte an den Küsten Afrikas, der außerhalb ihrer gegenwärtigen Besitzungen liegt, Besitz ergreifen oder dort eine Schugherrschaft ausüben wird, ist gehalten, den betreffenden Schritt mit einer an die übrigen in dieser Conferenz vertretenen Mächte gerichteten gleichzeitigen Ankündigung zu begleiten, um dieselben in den Stand zu setzen, entweder jenen Schritt als tatsächlich vollzogen anzuerkennen, oder im gegebenen Falle ihre Einwendungen geltend zu machen.

II. Die Signatarmächte erkennen die Verpflichtung an, in den von ihnen in Besitz oder in Schutz genommenen Gebietstheilen oder Orten eine Gerichtsbarkeit einzusezen und zu unterhalten, hinreichend genug, die Wahrung des Friedens, die Achtung der erworbenen Rechte und gegebenenfalls der Bedingungen, unter denen die Freiheit des Handels und des Transitverkehrs gewährleistet wurde, durchzuführen.

III. Die Regierungen der Unterzeichner werden diese Erklärungen zur Kenntniß derjenigen Staaten bringen, welche nicht zur Theilnahme an der Conferenz berufen worden sind und dieselben einladen, der Declaration beizutreten.

Man wird bemerken, daß diese internationale Erklärung nur auf die Neuerwerbungen in Afrika Bezug nimmt, somit das principielle Problem nicht gelöst hat, allgemein zu bestimmen, welche Gebiete als herrenlos anzusehen sind, und daß ferner nur von einer Art des Erwerbes, jener durch Occupation, die Rede ist, während die zweite für das Colonialrecht kaum minder bedeutsame Erwerbung, jene durch Vertrag, unberücksichtigt blieb.

Noch mehr; der berufenste Rechtstitel zur Beanspruchung von Land- und Seegebiet, jener der Souveränität und des in ihrem Namen proclamirten Protectorates, blieb unerörtert, wiewohl er das eigentliche Fundament des Colonialrechtes im 19. Jahrhundert bildet.

Die internationale Bedeutung dieses Rechtstitels, welcher dem römischen Rechte fremd war, ist auch in der Botschaft des Königs Leopold von Belgien aus Anlaß der Begründung der Congosouveränität durch die belgischen Kammern berührt und darin in würdevollster Weise angedeutet, daß schöpferische Initiative, große, opferwillige Leistungen und der durchgreifende, von allen Mächten anerkannte Erfolg colonialer Bestrebungen den

Rechtstitel schaffen, als Souverän und Schutzherr eines in solcher Weise gegründeten staatlichen Gemeinwesens auf dessen Entwicklung und Wohlfahrt einen dauernden Einfluss zu üben und dadurch den Ruhm und Aufschwung des eigenen Landes zu mehren.

Und so ist denn auch in dieser actuellen, jeden Oesterreicher pietätvoll berührenden Frage der Wissenschaft die Aufgabe zugesunken, der Praxis vorzuarbeiten, die regulativen Grundsätze für eine große Anzahl von Thatsachen klarzustellen, die nicht seit gestern datiren, sondern auch das Alterthum und die mittlere Zeit, besonders am Ausgange des 15. Jahrhunderts, beschäftigt haben, und dies in einem Zeitpunkte, in welchem die Frage nach dem Wesen und den Arten der internationalen Sachenrechte durch den Carolinenstreitfall zwischen Spanien und Deutschland und das diesfalls von dem römischen Papste Leo XIII. übernommene Vermittleramt eine erhöhte Bedeutung gewonnen hat.

3. Die coloniale Interessensphäre Oesterreich-Ungarns.

Es scheint geziemend, der Darstellung des positiven Colonialrechtes eine kurze Schilderung jener Symptome voranzuschicken, welche die coloniale Bewegung in Oesterreich-Ungarn verursacht hat. Die Anfänge der Industrie und des Seehandels sind in den österreichischen Landen schon im Mittelalter nachweisbar. Allein erst in Folge der durch den westphälischen Frieden veränderten internationalen Gleichgewichtsverhältnisse wurde die Anknüpfung und dauernde Regelung der levantinischen Handelsbeziehungen eine allgemeine volksthümliche Angelegenheit.

Aus jener Zeit stammen die Werke von Hapellius: „Wunderborn der Welt, dargestellt in einer kurzen Kosmographie.“ Die politisch-geographischen Dissertationen von Becher, welcher 1666 nach Oesterreich berufen wurde, um hier Handel und Industrie wissenschaftlich zu beleben. Dann die populäre Schrift von Ph. W. Hornigk: „Oesterreich über Alles, wenn es nur will!“ die besonders auf die wirtschaftlichen Reformen Kaiser Joseph's II. einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt hat.

Dass Karl VI. diese in Wissenschaft und Lehre vorbereiteten Ideen durch die Gründung einer den ganzen Handel- und Industriebereich seiner Erbländer umspannenden Gesellschaft im großen Style verwirklichen wollte, ist bekannt. Im Jahre 1719 wurde die kaiserlich privilegierte Orientalische Compagnie in's Leben gerufen. Mit einem Betriebsfonde von nur 217.000 fl. gründete sie eine Anzahl überseischer Handelsemporien, erwarb beträchtliche Landstrecken und knüpfte werthvolle Verbindungen

an. Außerdem errichtete sie mehrere einheimische Fabriken für Schiffsbau, Hanf-, Flachs- und Schafwollmanufaktur, Glass-fabrication, Erzeugung von Salbedelsteinen u. s. w. Sie arbeitete rührig, redlich, erwarb sich einen ausgezeichneten Ruf und konnte ihre verheizungsvolle Entwicklung nur darum nicht vollenden, weil damals alle Staatsinteressen über der Anerkennung und Sicherung der pragmatischen Sanction in den Hintergrund traten und die Handelswelt, sich selbst überlassen, nicht mehr jene Thaikraft und Ausdauer besaß, wie dereinst die große Hansa.

Dennoch hat die Schöpfung Karl's VI. jenen vaterländischen Unternehmungsgeist geweckt, welcher fortan seine Richtung auf Erdkunde und Colonialwesen genommen und damals den Hafenplätzen von Triest und Fiume eine maritime Bedeutung verschafft hat, die sie seither nie wieder erlangt haben.

Welche Sorgfalt die Kaiserin Maria Theresia den levantinischen Handelsinteressen ihrer Erbstaaten angedeihen ließ, ist bekannt. Die Amtsinstructionen für die Commerz-Hof-commision und die a. h. Rescripte behufs Aufmunterung der Consulate zur unablässigen Wahrnehmung der vaterländischen Handels- und Schifffahrtsinteressen sind unvergängliche Denkmale des geistklaren Blickes der großen Kaiserin.

Der Erfolg war der günstigste. Nach nacheinander entstanden fünf Handelscompagnien: die Fiumaner, mit dem Hauptsitz in dem seit Karl VI. aufblühenden Fiume, welche ein lebhaftes Speditionsgeäft mit Colonialwaaren nach dem österreichischen Hinterlande betrieb; die Temesvarer, mit dem Hauptsitz in Triest (seit 1725 Freihafen), welche sich auf den Mittelmeerhandel mit einheimischen Rohproducten verlegte; die Janoschazer, die den sogenannten türkischen Handel betrieb; die böhmische Linnencompagnie, welche die altberühmte Manufactur der deutsch-böhmisichen Haussgewerbe über Cadiz, wo sie eine große Niederlage besaß, nach der alten wie neuen Welt verfrachtete; endlich die ägyptische Gesellschaft, die den Kleinasiatischen Handel patronirte und in Smyrna ein großartiges Lagerhaus besaß.

Zur Befestigung dieser wichtigen Handelsverbindungen wären der Ausbau der Theresianischen Consulatseinrichtungen, die Reform des Tarifwesens, die Erwerbung überseesischer Stationen, der Abschluß von Freundschafts- und Freizügigkeitsverträgen allerdings höchst nothwendig gewesen. Doch konnten diese Maßregeln in Folge der Kriegswirren am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, insbesondere der bewaffneten Neutralitäten von 1780 und 1800, nur vereinzelt und allmählig in Angriff genommen werden: so die Aufstellung effectiver Con-

sulate, die Consulatsbezirkseintheilung, die Feststellung des handelspolitischen Wirkungskreises der Internuntiatur in Constantinopel und manches Andere.

Die durchgreifenden Aenderungen in der Organisation der Centralstellen seit der Auflösung der Commerz-Hofcommission (1824), die Umnwandlung des künstenländischen Gouvernements in eine oberste Seebehörde, die Errichtung eines eigenen Handelsministeriums u. s. f. konnte nicht ohne günstigen Einfluss auf die handelspolitische Entwicklung bleiben. Die Consulatsreform ging schrittweise vorwärts. In den wichtigsten Handelsplätzen des Orientes wurden die Honorarconsulate in effective Amtskonsulate umgewandelt und die eingehende Pflege der kommerziellen Interessen durch die Consulate mit allem Nachdruck vorgeschrieben.

Nicht zum geringen Theile ist es der colonialen Bewegung der Gegenwart zuzuschreiben, daß man an leitender Stelle auf die handelspolitische Berichterstattung das sorgfältigste Augenmerk richtet, daß man bemüht ist, den Consularrapport auch auf den fernsten Punkten des Erdballes im continuirlichen und lebendigen Zusammenhange mit dem Centrum und mit dem frisch pulsirenden Verkehrsleben zu erhalten, und daß die handelspolitische Berichterstattung im Sinne der praktischen Bedürfnisse des Kaufmannsstandes wesentlich verbessert wurde. Es sei im Systeme dankenswerther Maßnahmen nur an die wichtigsten erinnert, welche sich fast auf sämmtliche Zweige der Thätigkeit der Consulen, so weit dieselbe den Interessen der heimischen Handelswelt zu dienen berufen ist, erstrecken. Zunächst wurde durch die Circularerlässe des Ministeriums des Aeußern vom 25. Februar 1883 und vom 29. November 1883 die rechtzeitige Erstattung der periodischen Berichte Seitens der Consularämter gesichert und dabei auf eine zweckentsprechende Bearbeitung des betreffenden Stoffes schon bei den k. und k. Consularämtern selbst hingewirkt. Die in der Türkei, in Rumänien, Griechenland, Serbien und Bulgarien etablierten Consularämter wurden überdies angewiesen, monatliche Commerzberichte zu erstatten, die seither regelmäßig einsließen und sofort veröffentlicht werden. In dem Erlasse vom 25. Februar 1883 wurde sämmtlichen Consularämtern zur Pflicht gemacht, die in den betreffenden fremden Ländern erscheinenden, auf Handel, Gewerbe und Schiffahrt bezüglichen Gesetze und Verordnungen sofort nach deren Verlautbarung an das k. k. Handelsministerium in Wien zu leiten, welch' letzteres dieselben sofort publicirt und einzelne wichtigere Bestimmungen derselben, wie beispielsweise Verbot der Einführung nachgeahmter Waaren, Verkehrserleichterungen oder Hindernisse u. dergl., den einheimischen Kaufleuten und

Industriellen im Wege der Handels- und Gewerbeäkammern zur speciellen Beachtung empfiehlt. Um die Consularämter über die Vorgänge auf dem Gebiete der Industrie und des Handels in der Monarchie auf dem Laufenden zu erhalten, hat das Ministerium des Neukern im Vereine mit den beiden Handelsministerien die Verfügung getroffen, daß den Consularämttern die Publicationen der wichtigeren Handelskammern gleich nach ihrem Erscheinen zugesendet werden. In einem Circularerlaß vom 11. Juli 1883 hat das Ministerium des Neukern in Ueber-einstimmung mit den beiden Handelsministerien den Consularämttern präzise Instructionen bezüglich der Mittheilung von Fallimenten und Zahlungseinstellungen ertheilt. Die wichtigeren Consulate sind im Sinne dieser Instructionen verpflichtet, in ihrem Amtssprengel vorkommende kaufmännische Fallimente und Zahlungseinstellungen, von welchen österreichische oder ungarische Handels- und Geschäftskreise oder Gläubiger betroffen werden, zur Anzeige zu bringen. Diese Anzeige wird an die inländischen Handelskammern erstattet und von diesen durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Die erwähnten Instructionen schreiben überdies vor, solche Insolvenzen auch den einzelnen inländischen Kaufleuten und Industriellen mitzu-theilen, welche von einem solchen Ereignisse berührt werden könnten und eine solche Verständigung wünschen. Durch einen Circularerlaß vom 21. Mai 1884 sind den Consularämttern präzise Weisungen und Rathschläge in Betreff der Beantwortung von Anfragen commercieller Natur ertheilt und dabei ist den betreffenden Amtmännern auch nahegelegt worden, daß es in hohem Grade wünschenswerth sei, Auskünfte über die Creditfähigkeit fremder Firmen, überall, wo es nur immer thunlich, dem heimischen Handel zu ertheilen. Endlich hat das Ministerium des Neukern eine weitere Neuerung bezüglich des Consularwesens dadurch eingeführt, daß eine fixe territoriale Abgrenzung für den Wirkungskreis der einzelnen Consularämter geschaffen wurde und damit eine Reformthätigkeit angebahnt, deren Tendenz dahin gerichtet ist, das österreichisch-ungarische Consularwesen den Interessen des Handels und der Industrie in wirksamster Art nutzbar zu machen.

Um den angedeuteten Rapport zwischen den Consulaten und der Handelswelt und den ihre Interessen vertretenden Handelskammern und Vereinen noch enger und sachlicher zu gestalten, sollte ein Informationsbureau geschaffen werden, welches die für die commercielle Praxis des Exportes und Importes wichtigen Umstände in Evidenz zu halten, die Interessenten rechtzeitig und fortlaufend von den Handelsconjuncturen zu unterrichten und überhaupt dahin führen sollte, die soliden

Grundlagen des ehemals so blühenden Commissions- und See-
frachtgeschäfts wieder zu gewinnen.

Doch ist man, wie es scheint, von der Realisirung dieses an sich richtigen Gedankens in der angedeuteten Form wieder abgekommen, weil der Kaufmann bei seinen Operationen möglichst freie Hand haben und sein Geschäftsgeheimniß gewahrt wissen will, aber auch deshalb, weil die Consulate ihrer Bestimmung nach keine Handelsagenturen, sondern Amtsstellen sind, welche die Interessen des Staates und seiner Angehörigen in allen Beziehungen zu vertreten haben, in politischer, militärischer, kommerzieller und bürgerlich rechtlicher, erforderlichen Falles ganz so wie die Gehandtschaften.

Noch haben die colonialen Strömungen andere, den Zeitbedürfnissen entsprechende Ideen befruchtet, und zwar: die rationelle Durchführung der Arbitrage, d. i. des Inbegriffes jener Berechnungen, welche der internationale Handel anzustellen hat, um zu ermitteln, wo auf dem ganzen Erdkunde sein Eingreifen fallweise erforderlich ist, wo und in welchen Verkehrsgegenständen oder Zahlungsmitteln Tauschoperationen vortheilhaft in's Werk gesetzt werden können; ferner die Organisation des Exportes durch Etablierung von Exporthäusern und Exportgesellschaften, Musterlagern zur Aufmunterung der vaterländischen Production, insbesondere der Handarbeit und der Haushgewerbe; endlich die Gründung eines Handelsmuseums, beziehungsweise die Erweiterung des seit 1874 bestehenden orientalischen Museums als centrale Bildungsstätte (Musée commercial) und Informationsstelle für den grössten Industriellen wie für den kleinsten Gewerbsmann.

Weiters wurde in den zunächst beteiligten Kreisen die Erweiterung des Consulatsdienstes durch Einfügung landwirtschaftlicher und kommerzieller Referenten in den Rahmen der Consulatsversaffung bei einigen effectiven Consulaten angeregt, und zwar mit Hinweis darauf, daß die Colonialbewegung die Beigabe von Hilfsorganen zur Wahrung und Förderung unserer Handelsinteressen wünschenswerth mache.

Allein auch auf dem praktischen Gebiete der Cultivation, in dem Bestreben, die halbwilden Stämme des dunklen Welttheiles in den Kreis der abendländischen Cultur einzubeziehen, sie an Ackerbau, Gewerbsfleiß und Gesittung zu gewöhnen, hat Österreich Erfolge aufzuweisen, welche weit älter sind als die colonisatorische Thätigkeit der Gegenwart.

Die mittelasirikanische Mission ist das Werk Österreichs, zuvörderst seines erhabenen Herrscherhauses.

Um ihren Bestand zu sichern, wurde 1851 in Chartum ein Consulat errichtet. Wiederholt aus Mangel an Mitteln in Frage gestellt, wurde die Mission, welche sich um die Unter-

drückung des Sklavenhandels und die wissenschaftliche Erforschung Afrikas große Verdienste erworben hat, immer wieder durch die Hilfe aus Österreich erhalten. Eine ihrer besten Stützen, der Consul Hansal in Chartum, gleich ausgezeichnet durch seine Gerechtigkeitsliebe, Thatkraft und Erfahrung im praktischen Dienste, wie wegen seiner linguistischen, geographischen und naturhistorischen Kenntnisse im Oriente angesehen, fiel inmitten der dämonischen Aufregung, welche der Aufstand des Mahdi hervorgerufen hat, mutmaßlich als Opfer eines Nachtheates der Sklavenhändler, deren verächtliche Geschäfte er während seiner langen Amtstätigkeit mit seltener Energie bekämpft hatte.

Auch in wissenschaftlicher Beziehung hat man in Österreich-Ungarn dem Colonialwesen die vollste Aufmerksamkeit zugewendet.

Die Mittheilungen des Freiherrn Alexander v. Hübner über die auf seiner Weltreise gesammelten Erfahrungen (1885 als Vortrag im orientalischen Museum in Druck erschienen) besitzen die actuellste Bedeutung, insbesondere aber die Charakteristik der heutigen Colonisation und der Colonisatoren. Ausgerüstet mit jener geistklaren Beobachtungsgabe, welche an A. v. Humboldt erinnert, sagt der Autor:

Spanier und Portugiesen waren die großen Colonisatoren des 16. Jahrhunderts. Erstes hat Amerika bevölkert und leidet noch heute an dem Blutverluste. Im 17. Jahrhundert entstanden Frankreich und Holland ihre Söhne, jenes nach Canada und nach den Mündungen des Mississippi, dieses nach dem südlichen Afrika.

Seither haben die Franzosen den Impuls zum Colonisiren und möglicherweise auch die Fähigkeit hiezu eingebüßt. Ihre Colonien sind Militärcolonien, ähnlich wie es die alten fränkischen Marken waren, geleitet von einem Civil- und Militärgouverneur, besetzt von Truppen und bedacht mit einigen Humanitätsanstalten. Auch die Italiener haben nicht mehr das Geschick, wie einstmal die Gründer der Consulargemeinden in der Levante. Die Mehrzahl der italienischen Auswanderer gehört den untersten Classen an. Sie verlassen ihr schönes Vaterland in großer Anzahl und gehen hauptsächlich nach Südamerika, wo sie die Pampas mit einer neuen Mischrace bevölkern.

Die großen Colonisatoren der Gegenwart sind die Engländer, Deutschen, Skandinavier und Irländer. Besonders typisch als Colonisator in überseelichen Gebieten ist der Engländer — intelligent, rücksichtslos, waghalsig bis zur Verwegenheit. Er liebt und sucht die Gefahr, stürzt sich in Abenteuer, Wagnisse, Katastrophen der verwegsten Art, um schließlich doch als Gewinner zu erscheinen.

In diesem Punkte gleichen sich die Geschicke der Einzelnen und die Geschichte der Nation, welche lehrt, daß manche Erfolge

mit weniger Verwegenheit und mehr Voraussicht leichter erreicht worden wären.

Der deutsche Colonisator ist ruhiger, besonnener, und sucht die Gefahr um ihrer selbst willen nicht auf, besteht sie aber mutig, wenn sie ihm aufgenöthigt wird. Er ist verständig, nüchtern, sparsam, weniger bestrebt, binnen Kurzem reich zu werden und hat eine bessere Bildung genossen. Allerdings muß zwischen dem Kaufmann und Landwirth unterschieden werden. Ersterer sucht die großen Verkehrs- und Seestände auf. Er ist Verbreiter der nationalen Industrie, Beförderer des Wohlstandes und der besseren Lebensweise, wird aber nur so lange ausdauern, als er gute Geschäfte macht. Der Landwirth ist in jeder Colonie das stabilste Element. Er muß sich die Naturgewalten botmäßig machen, den Urwald lichten, die Sümpfe austrocknen, der Bodencultur Bahn brechen. Er klebt an der Scholle und ist in Wahrheit Colonist.

Allerdings ist ein Unterschied zu machen zwischen Ländern, deren Klima weiße Arbeit zuläßt, und solchen, in denen sie unmöglich ist. Unter gemäßigten Himmelsstrichen ist der Angelsachse in Wahrheit Colonisator; in der heißen Zone hängt er nicht mehr von seiner Arbeitskraft allein ab, sondern von seiner Kapitalskraft, von den Schwankungen des Geldmarktes, von den Eigenschaften der Arbeitnehmer, wie das die afrikanischen Niederlassungen und Expeditionen zur Genüge erfahren haben.

Vollste Beachtung verdient auch diese Stimme aus Österreich in Bezug auf China. Hier tritt uns die Colonialpolitik in ihren größten Dimensionen entgegen. Der Krieg der Engländer und Franzosen mit dem himmlischen Reiche ist ein weltgeschichtliches Ereigniß, nicht in kriegerischer Beziehung allein, sondern weil er die Mauer, welche 400 Millionen Menschen von der übrigen Welt abschloß, niederzureißen begann. Bereits übersluthen die Chinesen einen großen Theil der Erde; auch sie colonisiren, jedoch in ihrer Weise. Neuerst begabt, aber dem Kaukasier in den höheren Sphären geistiger Thätigkeit nachstehend, arbeitsam bis zur Unermüdblichkeit, mäßig bis zur Enthaltsamkeit, geborene Kaufleute von sprichwörtlicher Genauigkeit, gute Landarbeiter, besonders Gärtner, in allen Zweigen der Handarbeit bewandert, verdrängt der Sohn des Reiches der Mitte den Europäer langsam und unmerklich, wo immer er ihm begegnet. Zwar sucht man sich in Californien, Australien, Hinterindien dieser Concurrenz durch drakonische, nichts weniger als menschenfreundliche Maßregeln zu entledigen, aber vergebens. In Australien nimmt das chinesische Element fortwährend an Einfluß und Ausdehnung zu. Selbst in den Südseeinseln macht sich chinesischer Einfluß geltend, auf den Sandwichinseln ist er bereits äußerst fühlbar und ebenso in Chili, Peru u. s. w.

So ungefähr gestaltet sich die speculative Betrachtung der Colonialfrage, welche auf einen Zeitpunkt hinweist, in welchem die beiden großen bevölkerten Gebiete der Welt, Europa und China, den Strom ihrer Auswanderung so mächtig anschwellend machen, daß hieraus neue Weltverhältnisse entstehen können.

Auch zur Förderung der praktischen Colonialinteressen ist in Österreich Manches geschehen.

Der Naturforscher E. Holub hat den Versuch unternommen, die nach Amerika gerichtete Emigration der österreichischen Auswanderer in die Beschuanaländer zu lenken, zu diesem Zwecke das Gebiet gründlich zu erforschen, mit den Händlern wegen Landkaufes oder Landpachtens zu unterhandeln, um daselbst fleißige Ackerbauer und Professionisten anzusiedeln.

Bekanntlich erließ die k. k. Geographische Gesellschaft einen Aufruf zur Unterstützung ihrer Bestrebungen. Denn obwohl der österreichisch-ungarische Staat nicht gesonnen und auch nicht in der Lage sei, praktische Colonialpolitik zu treiben, so sollte doch das Interesse an der wissenschaftlichen Erforschung nur wenig bekannter Theile der Erde schon um der rühmlichen Unternehmungen der „Novara“-Reise und der Nordpolforschungen wegen wach erhalten werden.

Auf Anregung ihres seither verstorbenen unermüdlichen Vicepräsidenten des Freiherrn v. Hofmann hat nun die Geographische Gesellschaft eine Expedition unter der Führung von D. Lenz ausgerüstet, welche den doppelten Zweck verfolgt, einerseits die Wasserscheidenverhältnisse zwischen Nil und Congo zu untersuchen, und andererseits über das Schicksal einer Anzahl verdienter Forscher Erkundigungen einzuziehen, welche, durch den Aufstand des Mahdi in den oberen Niländern zurückgehalten, seither verschlossen sind.

Wenn auch in erster Linie die Ergebnisse dieser Entdeckungsreise mehr wissenschaftlicher Natur sein werden, so ist doch die Vermuthung gestattet, daß sie manche für den vaterländischen Handel und Industriebetrieb schätzbare Erfahrungen sammeln wird. Die gegenwärtige Zeitsströmung macht dies höchst wünschenswerth und der Handel Österreich-Ungarns könnte bei einem Unternehmungsgeiste und bei besserer Ausnutzung der weiteren Auslauffstationen im Süden des Reiches eine wünschenswerthe Ausdehnung erfahren.

Das Österreich-Ungarn gleich den übrigen auf der Congoconferenz vertretenen Staaten die Internationale afrikanische Association, den nunmehrigen Congostaat, anerkannt hat, ist schon hervorgehoben worden.

Die diesbezügliche Acte stimmt mit jener des Deutschen Reiches, ddo. Brüssel, 8. November 1884, im Wesentlichen überein,

übertrifft jedoch ihr Vorbild an Präcision des Ausdrucks. Sie lautet in deutscher Uebertragung:

Art. 1. Die internationale Congoassociation verpflichtet sich, keinen Zoll auf die Waaren oder Handelsartikel zu legen, die, sei es direct oder transitiend, in ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Besitzungen in Afrika eingeführt werden. Diese Zollfreiheit erstreckt sich ganz speciell auf die Waaren und Handelsartikel, die auf den bei den Katarakten des Congo zu errichtenden Communicationsanstalten zum Transporte gelangen.

Art. 2. Die Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie erhalten das Recht des Aufenthaltes und der Niederlassung auf den Territorien der Association. Dieselben erhalten das Recht der Behandlung der meistbegünstigten Nation, die Eingeborenen inbegriffen, insoweit es sich um den Schutz ihrer Person und Habe, die freie Ausübung ihrer Religion, die Geltendmachung und Vertheidigung ihrer Rechte, desgleichen um die Schifffahrt, den Handel und die Industrie handelt. Speciell wird ihnen das Recht eingeräumt, Grundstücke und Häuser im Gebiete der Association zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten und zu vermieten, daselbst Handelsniederlassungen zu gründen und Handel und Küstenschifffahrt unter österreichisch-ungarischer Flagge zu betreiben.

Art. 3. Die Association verpflichtet sich, niemals Angehörigen welcher Nation immer Vortheile zu gewähren, ohne daß dieselben sofort den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen eingeräumt werden. Es ist selbsterklärend, daß Österreich-Ungarn in Bezug auf die Ernennung der Consuln, deren Funktionen und Jurisdicition alle Rechte und Vortheile genießen wird, die anderen Staaten eingeräumt werden.

Art. 4. Für den Fall der Abtretung des Gebietes der Association oder eines Theiles desselben werden die von der Association Österreich-Ungarn gegenüber übernommenen Verpflichtungen und die dem letzteren und seinen Unterthanen eingeräumten Rechte in Wirklichkeit bleiben, und zwar jedem neuen Erwerber gegenüber.

Art. 5. Österreich-Ungarn, indem es von diesen Verpflichtungen Act nimmt und dem humanitären Ziele, welches die Gesellschaft verfolgt, Sympathien entgegenbringt, erkennt ihre Flagge — blaue Fahne mit einem goldenen Stern in der Mitte — als die eines befreundeten Staates an.

Geschehen in Berlin, den 24. December 1884.

(Ges.) Strauß.

(Ges.) Szechenyi.

Pragmatische Darstellung.

1. Der Colonialerwerb durch Occupation.

A. Die *occupatio simplex*.

Der Geschichtsschreiber Plutarch erzählt uns in den *Quaestiones graecae* (cap. 30) folgenden Vorfall: Als die Andrier und Chalcidenser nach Thrace gekommen waren, um neue Wohnsitze zu suchen und die Stadt Sanes gemeinschaftlich erobert hatten, erfuhren sie dafelbst, daß Acanthos von seinen Bewohnern verlassen worden sei und schickten sofort zwei Kundschafter dahin. Im Weichbilde der Stadt angelangt, lief der Abgesandte der Chalcidenser voraus, um dieselbe für seine Mitbürger zu occupiren, während der Andrier, seinem Genossen im Laufen nicht gewachsen, mit kräftigem Schwunge seine Lanze gegen das Stadthor schleuderte, welche in dem Fachwerke desselben stecken blieb. Der Chalcidenser hingegen überstieg die Mauer und hielt seinen Concurrenten so lange ab, ein Gleichtes zu thun, bis seine Landsleutnen herbeieilten und die Stadt besetzten. Hierüber kam es zum Streite, dessen Entscheidung beide Theile den Erythräern, Samiern und Partern als Schiedsrichtern übertrugen. Die ersten beiden entschieden zum Vortheile der Andrier, die Parter aber zum Vortheile der Chalcidenser.

Diese Erzählung veranlaßte die Völkerrechtslehrer der späteren Zeit, so Hugo Grotius, Aerodius, Pufendorf, Leyser u. A., scharfsinnige Untersuchungen über die Grundsätze der Occupation von herrenlosem Gebiete anzustellen. Sie stimmen Alle darin überein, daß bei der Concurrenz mehrerer Occupanten nicht die bloße Absicht zur Occupation, der bloße Ideal- oder Mentalbesitz entscheide, also auch nicht die Priorität der Kündgabe jener Absicht, sondern nur die frühere wirkliche Ausübung des Erwerbungsrechtes, welche jedem Anderen die Pflicht auferlegt, sich des Gebrauches der occupirten Sache zu enthalten.

Einer der gründlichsten Bearbeiter des Völkerrechtes, Barbayrac, wendet zwar (in den Noten zu Pufendorf's Naturrecht) ein, daß die Besetzung einer Stadt durch einen Einzelnen ebensowenig wie das Anheften des Wurfspiezes am Stadthore für einen solchen Act der Besitzergreifung zu halten sei, welche eine Occupation der Stadt mit der Wirkung des Eigenthumserwerbes an derselben in sich begreift, woraus zu folgern sei, daß Acanthos, da beide Abgesandten ihre Absicht zu occupiren gleichzeitig an den Tag gelegt hätten, keinem vorzugsweise vor dem Anderen erworben sei, vielmehr Beide einen gleichen Anspruch auf ein Condominium erworben hätten; er gibt aber zu, daß hierin nur eine durch Billigkeitsrücksichten herbeigeführte Lösung des Streitfalles gelegen sei, zumal das römische Recht ein Präventionsrecht zum Occupiren nicht kenne. So verharrte denn die gemeine Meinung bei der Ansicht, wonach zur Occupation, als Mittel, Eigenthum zu erwerben, die Thatzache der körperlichen Besitzergreifung wesentlich erforderlich sei, so daß im gegebenen Falle die Entscheidung der Pariser zu Gunsten der Chalcidenser die richtige war.

Nach römischem Rechte, dessen Grundsätze Grotius, Pufendorf, Thomasius, Leibniz, Ch. Wolff, G. v. Battel, Bynkershoek, G. F. v. Martens und Andere auf das Völkerrecht, besonders auf das internationale Sachenrecht übertrugen, ohne Zweifel.

Denn nach römischem Rechte lassen sich die verschiedenen Arten, Besitz und Eigenthum zu erwerben, auf zwei Grundformen zurückführen, die sich in ihren Erfordernissen wie in ihren rechtlichen Wirkungen wesentlich unterscheiden: auf den ursprünglichen (originären) und den abgeleiteten (derivativen) Erwerb.

Diese Unterscheidung ist so tief im Wesen der Dinge begründet, daß sie sowohl im speculativen Naturrechte, wie in der positiven Gesetzgebung anerkannt erscheint.

Die vorzüglichste der ursprünglichen Erwerbsarten ist die Occupation, oder die Besitzergreifung einer Sache, die keinen Eigenthümer hat. *Quod enim nullius est, id ratione naturali occupanti conceditur* (L. 3 pr. D. de adq. rer. dom.).

Besitzergreifung ist das nothwendige Erforderniß einer jeden Occupation und deren wesentlichster Bestandtheil. Die thatfächliche Ausübung der Herrschaft über die Sache macht in Wahrheit den ganzen Erwerbungsact aus. Hierdurch unterscheidet sich die Occupation a) von den übrigen ursprünglichen Erwerbsarten, wobei zwar ebenfalls originäres Eigenthum erzeugt und einseitig erworben wird, aber nicht durch Besitzergreifung, sondern durch Anfall der Erzeugnisse einer Sache,

durch künstliche Verbindung derselben mit einer anderen, durch Vermischung, Vermengung, Zuwachs, Aenderung des Flüßbettes u. dergl. Ferner b) von allen Arten des abgeleiteten Eigenthumserwerbes, wozu es zwar gewöhnlich auch einer Besitznahme von Seite des Erwerbenden bedarf, ohne daß jedoch der Act der Besitznahme allein und durch sich selbst das Eigenthum schaffen würde. Beim abgeleiteten Erwerbe des Eigenthumes ist immer schon ein Rechtstitel vorhanden, vermöge dessen die Erwerbung stattfindet, und dieser Rechtstitel ist der eigentliche Grund des auf ein Subject übergehenden ausschließlichen Dispositionsbefugnisses. Die Besitznahme ist nur das äußere, allgemein verständliche Zeichen, daß man von dem Rechtstitel der Uebertragung Gebrauch macht und sich die Sache wirklich aneignet. Solche Zeichen waren bekanntlich im germanischen Rechte einer sinnreichen Rechtssymbolik entnommen. Es sei hier erinnert an das übliche Besitzen eines Ackers auf dem dreibeinigen Stuhle, an das Erklettern eines Baumes und das Stabschneiden, an das Anzünden des Herdfeuers, an das Spindel- und Schlüsselempfangen u. s. w.

Ganz anders verhält es sich mit der Occupation. Da bei ihr die Besitzergreifung den unmittelbaren und alleinigen Entstehungsgrund des Eigenthumes ausmacht, erst durch das Factum der Apprehension selbst das Eigenthum erzeugt wird, ohne daß hiebei an ein derselben vorausgehendes, den Eigenthumserwerb bedingendes Recht gedacht wird, so folgt daraus, daß diese Besitzergreifung an sich selbst geeignet sein müsse, die Ausschließung fremder Herrschaft über eine Sache zu begründen. Die Occupation erfordert daher zu ihrem Wesen eine wirkliche und körperliche Apprehension, eine „Bemächtigung“ des zu erwerbenden Objectes, und ehe eine solche geschehen ist, wird auch kein Eigenthum begründet.

Hiermit stimmt auch die Literatur des Völkerrechtes bezüglich des Erwerbes von herrenlosem Lande überein.

Schon die Bulle des Papstes Alexander VI. vom 4. Mai 1493, worin er vermöge seiner apostolischen Machtvolkommenheit und schiedsrichterlichen Befugniß die Linie zog, welche Spanier und Portugiesen bei ihren Entdeckungsfahrten einhalten sollten und die Gründung von Missionsstationen an allen Orten der unbekannten Welt, wosfern sie nicht von einer anderen christlichen Macht bereits in Wirklichkeit (actualiter) besetzt sind, billigte, hat eine große Anzahl wissenschaftlicher Tractate über das Colonialrecht zur Folge gehabt, so die moraltheologischen Abhandlungen des Dominicaners Bitoria und seines Schülers Soto über die zulässige Erwerbung von Gebieten und das Verhältniß der christlichen Sieger zu den unterjochten Heiden;

die Dissertation des Jesuiten Suarez über den göttlichen Ursprung der völkerrechtlichen Sätzen, Sitten und Gebräuche; und die im Reformationszeitalter erschienene Abhandlung von Albericus Gentilis über das (materielle und formelle) Recht des Krieges.

Vom juristischen Standpunkte untersuchten die Frage nach der Legalität colonialer Neuerwerbungen zuerst Johannes Bodinus und Hugo Grotius, der des Ersteren Werk (*de re publica*, Lib. 6) zum Vorbilde nahm. Beide Autoren lehren übereinstimmend: *Ad occupationem requiritur corporalis quaesdam possessio, cuius initium est corporis ad corpus adjunctio*; und die Glossatoren (Gronovius, Cocceji, Barbeyrac, Ziegler u. A.) sektten übereinstimmend bei: *Ad occupationem nec animus, nec visio, nec verba, nec signa sufficiunt; neque solo animo et declarazione verbali, neque solo conatu ad actum proximum non deducto, fit occupatio*.

Klar und bestimmt sagt in dieser Frage auch Leyser (*Medit. ad Pand. 1*): *Quae cum ita sint, occupationem sic describo, quod sit actus per quam res nullius in potestatem nostram redigitur, ut de ea quod lubet statuere et commoda ex illa percipere liceat*. In ähnlicher Weise äußert sich auch Huseland (Ueber den eigenthümlichen Geist des römischen Rechtes, Th. II, Abh. 1), dessen Ansicht v. Savigny die größte Bedeutung für das öffentliche Recht heimist. Savigny's eigene Auffassung vom Rechte des Besitzes hat für das Völkerrecht darum eine gewisse Bedeutung, weil sie den natürlichen Gegensatz zwischen Occupation und Tradition nicht verkennt. „Der Wille des Anderen,“ erklärt er, „macht den Besitz möglich bei der Uebergabe. Der bisherige Besitzer ist der einzige, der mich hindern könnte, über die Sache nach Willkür zu verfügen, aber von diesem wird durch seine Handlungen mein Besitz anerkannt, während die Occupation immer nur eine blos einseitige Erwerbungsart ist.“

Der große Romanist wollte hiemit andeuten, daß das reale Verhältniß beider Erwerbsarten so gestaltet erscheint, daß die Occupation größere factische Schwierigkeiten zu überwinden hat, daher des vollen Krafteinsatzes der Persönlichkeit und größerer Ausdauer bedarf, um dieselbe perfect zu machen, als die Tradition.

Die in unserem Jahrhunderte herrschende Meinung über die rechtlichen Voraussetzungen der Occupation von Colonialland hat am besten Bluntschli (*Das moderne Völkerrecht als Rechtsbuch dargestellt*) in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „An staatenlosem Lande wird die Gebietshoheit erworben durch die Besitznahme von Seite einer bestimmten Staatsgewalt. Der

bloße Wille, Besitz zu ergreifen, genügt nicht dazu, auch nicht die symbolische oder ausdrückliche Erklärung dieses Willens, noch selbst eine vorübergehende Besetzung."

Als Ergebnis der bisherigen Rechtsausführungen dürften nunmehr folgende Sätze in zureichender Begründung feststehen:

1. Die Occupation von Colonialgebiet ist wie die Occupation überhaupt eine bloße Thatsache und erzeugt das Recht nur mittelst körperlicher Besitzergreifung.

2. Die Besitzergreifung muß eine effective sein nach dem Grundsatz: *tantum occupatum, quantum apprehensum*. Weder Entdeckung, Bereisung, Durchforschung, zeitweilige Visitation und selbst nicht die Anknüpfung von Handelsverbindungen sind internationale Rechtstitel für die Einverleibung von staatenlosem Lande als Colonialgebiet.

3. Das Aufstellen von Fahnen, Flaggen und anderweitigen Abzeichen der staatlichen und bewaffneten Macht kann nur symbolisch den Willen zur Besitzergreifung kundgeben, nicht aber den Act derselben verwirklichen. Ebenso nicht die Proklamirung der Gebietshoheit. Selbst durch die effective Besetzung des Küstensaumes ist noch nicht das Hinterland besetzt, durch die Beherrschung einer Strommündung von der Küste aus noch nicht das Stromgebiet, durch das Anfahren einer Insel noch nicht das Inselland selbst.

4. Der nach Völkerrecht als *Occupatio naturalis, actualis et corporalis* qualificirte Landeverb verliert seinen Rechtsbestand wieder, wenn eines dieser Erfordernisse hinfällig geworden ist. Eine fictive Occupation ist eine juristische Unmöglichkeit, und ebenso ein angeblich historisches Präventionsrecht oder ein Mandat zum Occupiren ohne thatfächliche Ausübung desselben rechtsunwirksam.

B. Die *occupatio qualificata*.

a) Die *occupatio bellica*.

Die Besitzergreifung von Colonialgebiet vollzog sich selten in einfacher, friedlicher Weise, sondern meistens unter großen Gefahren und nach Überwindung eines hartnäckigen Widerstandes von Seite der Eingeborenen, wosfern das Land bevölkert war, oder von Seite seefahrender Nationen, welche, gleichfalls auf Landeverb bedacht, die Occupation streitig machten.

Ohne hier auf die Geschichte der Colonialkriege einzugehen, sei diesfalls an die Kämpfe der deutschen Landungstruppen erinnert, welche der Besetzung des Camerungebietes vorausgingen, sowie an die Schwierigkeiten, denen die deutsche Machtentfaltung im ostafrikanischen Herrschaftsbereiche des Sultanates von Zanzibar und in der Südsee begegnete.

Erscheinen nun in den meisten Fällen kriegerische Verwicklungen unvermeidlich, so ist hiemit die Frage nach der juristischen Natur und den rechtlichen Erfordernissen der Kriegseroberung, der *occupatio bellica*, gegeben. Obwohl namhafte Völkerrechtslehrer, so Salfeld, Glaser, v. Kampf, Schmelzing, geneigt sind, hier eine eigene völkerrechtliche Erwerbsart, die Erbeutung, gelten zu lassen, hält die Mehrzahl an der Ansicht fest, daß die Kriegseroberung nichts Anderes sei, als eine qualifizierte Occupation herrenloser Sachen. Charakteristisch ist auch hier wieder, was H. Grotius schreibt: *Non causa aliqua, sed ipsum nudum factum (sola apprehensio et possessio) spectatur, et ex eo jus nascitur.*

Das römische Recht betrachtet in der That Sachen des Feindes, bewegliche wie unbewegliche, als herrenlos, so daß es im Kriege weder Staats- noch Privateigenthum des Gegners gelten läßt. Daher stellt es die Occupation der Sachen des Feindes mit jener aller sonstigen herrenlosen Sachen auf dieselbe Stufe.

Dieser Zusammenhang ergibt sich aus L. 1, §. 1 D. de *adquir. v. amitt. poss.*: *Dominium rerum ex naturali possessione coepisse Nerva filius ait; ejusque rei vestigium remanere de his, quae terra, mari, coeloque capiuntur; nam haec protinus eorum sunt, qui primi possessionem eorum apprehenderint. Item bello capta ejus sunt, qui primus eorum possessionem nactus est.*

Hiemit stimmt auch das ältere Völkerrecht überein, indem es lehrt, daß der ausgebrochene Krieg mit den bisher zwischen beiden Theilen bestandenen rechtlichen Verhältnissen zugleich die Anerkennung des wechselseitigen Eigenthumes aufhebt, weshalb sich der kriegsführende Theil des Eigenthumes seines Feindes wie eines herrenlosen Gutes bemächtigen könne. Erscheint auch diese Völkerrechtspraxis in der Gegenwart dahin eingeschränkt, daß das Eigenthum der friedlichen Einwohner auch im Feindelande geschont wird, wosfern nicht gewaltsame Wegnahme und im äußersten Falle Plünderung durch die militärische Nothwendigkeit unabweisbar sind, so ist doch bei der Kriegsoccupation der gemeinrechtliche Grundsatz der herrschende geblieben, daß sie nicht anders gedacht werden kann, als in Bezug auf das Territorium, welches der Invader wirklich besetzt und seiner

Gewalt unterworfen hat. Man vergleiche nur L. 18, §. 4 D. de adquir. v. amitt. poss., welche von der Kriegsoccupation erklärt, daß sie vollzogen sei: *si cum magna vi ingressus est exercitus, eam tantummodo partem, quam intraverit, obtinet* — mit dem Wortlaut des Art. 1 der Brüsseler Declaration vom 27. August 1874 über die Kriegssatüungen und Kriegsgebräuche: *Un territoire est considéré comme occupé lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer!*

Nur das Land, nur der physische Boden, auf welchem der Staat oder die Volksgenossenschaft existirt, kann naturgemäß occupirt und durch Occupation erworben werden, nicht auch der Staat selbst oder die Staatsgewalt, wären sie auch noch so primitiv und unentwickelt. Die Bemächtigung der letzteren, als durchaus nicht occupationsfähig, begründet gar kein Eigenthum und kann rechtlich unter keine andere Kategorie gestellt werden, als unter jene der Verwaltung. Zutreffend erklärt daher Art. 7 der Brüsseler Declaration: *L'Etat occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des édifices publiques, immeubles, forêts et exploitations agricoles, appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé.*

Soll die Staatsgewalt wirklich erworben werden, so gehört dazu ein ganz anderer Titel, ein solcher, wodurch nach allgemeinen Grundsätzen persönliche Rechte eines Dritten die unserigen werden. Daher unterscheiden schon die älteren Schriftsteller zwischen *victoria particularis* und *universalis*, je nachdem darunter blos die *occupatio territorii*, oder auch die *occupatio imperii*, worunter sie die eigentliche *Succession* in die Regierung verstehen, gemeint ist. „*Non quivis victor in proelio, victor quoque in bello*“ lautet die entscheidende Formel, oder, wie schon Lucilius (Annales, Lib. II) von den Römern sagte: *Populus romanus victus vi et superatus proeliis saepe et multis, bello vero nunquam, in quo sunt omnia!* Nur der endliche Sieg, die vollständige Erreichung des Kriegsziels ist für die *occupatio bellica perfecta*, im Unterschiede von der *transitoria*, entscheidend. Durch dieselbe wird die Besitzbegründung durch die Waffengewalt in wahre völkerrechtliche Eigenthumsbegründung verwandelt, sei es auf dem Wege des abgeleiteten Erwerbes durch den Friedensschluß, sei es durch die vollständige Ueberwindung des Gegners und dessen freiwillige Ergebung nach dem alten Kampfgesetze: *Victor nominatur, quia victus fatetur.* Bevor eine dieser Thatsachen

eintritt, erklärt schon H. Grotius bezüglich des Siegers: Possessionem habet, jus non habet.

Und bis auf den heutigen Tag stimmen die Theorie und Praxis des Völkerrechtes dahin überein, daß die Kriegsoccupation eine blos Besitz begründende Thatsache sei, so lange und so weit sie ausgeübt wird, während das solidum et firmum jus in rem occupatam erst durch die einverständliche oder doch unabwendbare Succession geschaffen wird.

Und wie steht es mit der kriegerischen Occupation von herrenlosem Land, das von keiner anerkannten Autorität beherrscht ist? Hier, erklärt das Völkerrecht, decken sich Besitzerwerb und Eigentumserwerb, weil bei der Zweifelhaftigkeit des Traditionsgeschäftes mit barbarischen, dem Völkerrechte ganz unzugänglichen Horden der Occupationsstatbestand allein entscheidet. Das ist der technische Fall der debellatio, welche die Rechtsgelehrten vor und nach Hugo Grotius, bei aller Anerkennung ihres Rechtsbestandes, durch die Abmahnungen gegen die grausame, räuberische, daher unchristliche Kriegspraxis der damaligen Colonialeroberungen zu mildern suchten.

Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten hat in dieser Beziehung festere Prinzipien gewonnen, indem es den Krieg als den Kampf eines Staates mit einer auswärtigen Macht mittelst seiner hiezu ermächtigten und ausgerüsteten Streitkräfte definiert, worin schon das Merkmal einer gesitteten Kriegsführung gelegen ist.

Auch der Colonialkrieg muß ein bellum solenne et justum sein, das heißt er muß ein von der Staatsgewalt unternommener, mit legitimen Streitkräften und moralisch statthaften Mitteln geführter sein. In diesem Sinne erklärt auch Bluntschli (Das moderne Völkerrecht als Rechtsbuch dargestellt) sehr wohlmeinend: „Ist die staatenlose Gegend im Besitz und Genuß von barbarischen Stämmen, so dürfen dieselben nicht willkürlich und gewaltsam von den civilisierten Colonisten verdrängt werden, sondern sind zum Behufe geregelter Ansiedelung von denselben friedlich abzufinden. Zum Schutze der Ansiedelung und zur Ausbreitung der Cultur darf der colonisirende Staat seine Hoheit auch über das von Wilden besessene Gebiet erstrecken; kein Staat ist jedoch berechtigt, ein größeres unbewohntes, oder unstaatliches Gebiet sich anzueignen, als er staatlich zu ordnen und zu civilisiren die Macht hat und diese Macht thatlich ausübt.“

Da diese Thesen in den weiteren Ausführungen Berücksichtigung erfahren werden, sei es gestattet, die bisherigen Ergebnisse in Kürze zusammenzufassen:

1. Die Kriegseroberung ist eine qualifizierte Occupation in ihrer Anwendung auf Feindesgut. Auch bei ihr ist die körperliche Apprehension, die hier aus einem Complex von Kriegshandlungen besteht, nothwendige Bedingung des Besitzerwerbes.

2. Die Staatsgewalt selbst ist der Occupation nicht fähig und kann, wie im Folgenden gezeigt werden wird, nur aus dem besonderen Titel der Rechtsnachfolge (Succession) erworben werden.

3. In der Regel wird der Friedensschluß die Umwandlung des provisorischen Besitzstandes in volle Eigenthumsherrschaft bewirken. Da jedoch im Kampfe mit uncivilisierten Völkerschaften europäisches Vertragsrecht keine sichere Gewähr bietet, kommt hier aus hilfsweise ein besonderer Rechtstitel, die vollständige Unterwerfung, in Betracht, vorbehaltlich der Anerkennung der Occupation durch die europäische Staaten-gemeinschaft.

b) *Die occupatio colonica.*

Die strengen Grundsätze des Völkerrechtes haben in ihrer Anwendung auf die orientalischen Völkerschaften von altersher eine Einschränkung erfahren, weil hier von einer Rückanwendung internationaler Willigkeit und gemeinsamer Rechtsüberzeugung wegen vieler differenzirender Momente in Religion, Rechts-übung und Cultur nicht die Rede sein konnte. Das änderte sich selbst dann nicht, als die hohe Pforte im Hatti-Scheriff von Gülhane vom 2. November 1839 die Beobachtung des europäischen öffentlichen Rechtes zusicherte und dieses Versprechen im Hatti-Humajun vom 18. Februar 1856 behufs ihrer Aufnahme in den Verband der Großmächte feierlich wiederholt hatte. Die seit Jahrhunderten gerechtfertigten Zweifel in die Fähigkeit und den Willen der nichtchristlichen Staaten, das europäische Völkerrecht gewissenhaft und unzweideutig zu achten, haben eine Kräftigung der Willensübereinstimmung der Großmächte zur Folge gehabt, und zwar im Pariser Vertrag, welcher die orientalischen Angelegenheiten hinsicht als eine Frage von allgemeinem Interesse erklärte und ein Vermittelungsrecht, nöthigenfalls ein Recht zur Intervention für die Signatarmächte begründete. Hierauf nimmt die Generalakte der Congoconferenz Bezug, indem sie eine Directive für die *occupatio colonica*, deren Rechtstitel in der geleisteten Arbeit an Grund und Boden zu suchen ist, aufstellt. Die Agrarcolonien und Handelsemporien sollen beschützt und die barbarischen Stämme an die europäische Civilisation gewöhnt werden. An die Stelle des Rechtes der Wildniß soll ein gesetzlicher Zustand und eine obrigkeitsliche Autorität treten.

und überhaupt das internationale öffentliche Recht und die Cultur befestigt werden.

Daß die Römer den Eigenthumserwerb durch Cultivirung herrenlosen Gutes nicht anerkannten, erklärt sich aus dem Slaventhume, welches sie als ebenso natürlich wie nützlich erachteten. Aber schon mit der Ausbreitung der christlichen Lehre, welche von der Gleichheit aller Menschen als Grundbedingung nicht nur in der staatlichen, sondern auch der völkerrechtlichen Gemeinschaft ausging, wurden die Hinweise auf das Arbeitseigenthum immer zahlreicher. Eindringlich wird in den moraltheologischen Abhandlungen völkerrechtlichen Inhaltes von dem Mißbrauche der Uebermacht zum Zwecke ungerechter Ausbeutung gewarnt und an das Wort der Schrift erinnert: Terram autem dedit filiis hominum — Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Lustgarten, auf daß er ihn bebaue und bewahre (Gen. 2, 15); im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brod essen (Gen. 3, 17—19); der Arbeiter ist seines Lohnes werth (Euk. 10, 7) u. s. w.

Was nun den Erwerb von überseeischen Gebieten betrifft, so wurde er, den thatsächlichen Verhältnissen gemäß, als Kriegs-eroberung aufgefaßt, wobei die Eintheilung des Krieges in bellum privatum, publicum und mixtum die besten Anhaltpunkte bot. Unter bellum mixtum verstand nämlich das ältere Völkerrecht einen solchen Kampf, der zunächst von Privatleuten nothgedrungen geführt, dessen Fortgang jedoch von dem Heimatstaate überwacht und in seinen Erfolgen unterstützt wurde. Indem sich der Staat in das Mittel legte, seinen bedrängten Landsleuten zu Hilfe kam, führte er zwar keinen bellum publice decreatum, sondern einen bellum suppletorium seu mixtum zum Schuze der Handelsfactoreien seiner Unterthanen und mittelbar auch für seine eigenen Handelsinteressen.

Die mittlerweile besser entwickelten volkswirthschaftlichen Grundsätze trugen das Jhrige dazu bei, die Anerkennung des Arbeitseigenthumes zu sichern und den Grundsatz zu befestigen, daß in der Urbarmachung von unwirthlichen Landstrichen die Apprehension des ganzen herrenlosen Landes miteinbegriffen sei, und daß jede Macht, deren Angehörige oder Schutzbefohlene die Cultivation herrenloser Gebiete durch Missionsthätigkeit, Handelsbetrieb, Plantagenanlagen u. s. w. in Angriff genommen haben, berechtigt sei, daselbst die Schutzhoheit auszuüben.

Aber selbst die romanistische Schule der Jurisprudenz des 18. Jahrhunderts konnte sich unter dem Einfluß der freisinnigen und gerechten Würdigung, welche Adam Smith der Arbeit als Quelle des Eigenthumes angedeihen ließ, des Zweifels nicht erwehren, ob die geleistete Arbeit unter Umständen nicht doch

Eigenthum begründe. So gibt der einsichtsvolle Johann Ludwig Klüber zu, die Thatsächlichkeit des Eigenthumes an herrenlosem Lande könne durch periodisch wiederkehrende Handlungen daran, wie durch Bearbeiten, bebauen, Schürfen, Be pflanzen, kurz durch Specification, in Ermangelung eines anderen Rechtstitels begründet werden; und Bauer (Lehrbuch des Naturrechtes) bemerkt diesfalls: Neque jus occupandi tam juris esse, quam meras et meritae facultatis.

Die Völkerrechtspraxis hat dieser Auffassung von altersher dadurch Raum gegeben, daß Brauch und Herkommen eine Verständigung der übrigen Mächte von colonialen Neuerwerbungen zur völkerrechtlichen Observanz machten. Sie bildet die stillschweigende Voraussetzung der vollen und gewissenhaften Achtung fremder Occupationsrechte, hergeleitet aus der Cultivation. Dieser durch die internationale Courtoisie gebotene Vorgang ist durch die Congoconferenz hinsichtlich der Landstriche und Orte an den Küsten Afrikas zur internationalen Verpflichtung erhoben worden.

Über die Occupation durch Handelscolonien im Unterschiede von Staatscolonien sagt Bluntschli (Das moderne Völkerrecht als Rechtsbuch dargestellt): „Die Besitznahme kann auch im Auftrage oder mit Vollmacht einer Staatsgewalt durch Privatpersonen, insbesondere durch Colonisten vollzogen werden, aber nur indem sie in dem bisher staatenlosen Lande eine öffentliche Gewalt aufrichten, und zwar sogar ohne vorherigen Auftrag, aber unter der Voraussetzung nachheriger Genehmigung durch die Staatsgewalt.“

Die hervorragendste Schöpfung der occupatio colonica oder Cultivation ist, wie schon im historischen Abschnitte erwähnt worden ist, der Congostaat. Aus kleinen unscheinbaren Anfängen hat sich die im Jahre 1876 vom König von Belgien, Leopold II., gegründete und in hochherziger Weise geförderte Afrikanische Gesellschaft zu einem Staatswesen emporgearbeitet, welches als eine Errungenschaft der geographischen Wissenschaft und Culturarbeit in ihrer Wechselbeziehung zur Staatenentwicklung die höchste Beachtung verdient. Die Vereinigten Staaten, dann England, Deutschland, Belgien, die Niederlande, Österreich-Ungarn (24. December 1884), Italien, Russland, Schweden, endlich im Februar 1885 auch Portugal haben den jungen Staat anerkannt, welcher unter dem souveränen, durch die belgischen Kammern gutgeheizten Protectorate Belgiens einer raschen Entwicklung entgegenreift.

Die auf die coloniale Occupation Bezug nehmenden Völkerrechtsregeln dürften in folgenden Säzen der Erwägung empfohlen sein:

1. Die Gebietserwerbung durch Cultivation ist gleichfalls originäre Erwerbsart, charakterisiert durch die ein gewisses Maß von Vorbereitung, Kraftaufwand und Beharrlichkeit erheischende Occupationsthätigkeit.

2. Die Apprehension erscheint hier als eine auf Dauer veranlagte Ausübung des wesentlichen Eigentumsinhaltes an Grund und Boden durch dessen Bearbeitung oder commercielle Adaptirung.

3. Diese auf eine Reihe von zukünftigen Erwerbungen vermöge fortgesetzter Arbeit gerichtete Willensthätigkeit vermag selbst dann einen gültigen Eigentumstitel zu verschaffen, wenn eine wirkliche und körperliche Apprehension des ganzen zu erwerbenden Gebietes noch nicht stattgefunden hat.

4. Da die Cultivation ihrer Natur nach aus successiven Occupationsacten besteht, so erscheint auch diesfalls zur Vermeidung von Verwickelungen eine Verständigung der Colonialmächte als eine begründete Forderung des Völkerrechtes.

2. Der Colonialerwerb durch Vertrag.

C. Die occupatio imperii.

Wir gelangen nunmehr zur wichtigsten und schwierigsten Frage des internationalen Colonialrechtes: zum Erwerbe der Gebietshoheit über freistehende Territorien. Hier ist es vor Allem nothwendig, der Verwechslung der Begriffe: Souveränität und Gebietshoheit vorzubeugen. Die Wesenheit der ersten liegt in dem ausschließlichen Selbstbestimmungsrechte eines Staates; das durchgreifende Merkmal der Gebietshoheit in der Herrschaft über das Staatsgebiet, in Folge der allseitig und als unanfechtbar anerkannten Machtausübung an demselben.

Die Gebietshoheit reicht nicht weiter als das Gebiet, welches thatfächlich in Besitz genommen, beschützt und beaufsichtigt wird, während die Souveränität des Staates über sein Territorium hinauswirken und die staatliche Machtphäre auf fremde Territorien, so auf halbsouveräne Staaten, Vasallenstaaten, Schutzgebiete u. s. w., übertragen kann.

Diese allgemeine Bemerkung vorausgesetzt, sollen nunmehr die Völkerrechtsgrundsätze über den Erwerb der Gebietshoheit erörtert werden.

An dem Grundsätze des römischen Privatrechtes, daß man unkörperliche Sachen, Gerichtsame, Besigkeiten, Dienstbarkeiten

u. s. w. nicht an und für sich durch Occupation erwerben könne (L. 1, §. 1 D. de divis. rer.; §§. 2, 3 J. de reb. corp. et incorp.), hat auch das Völkerrecht strenge festgehalten. Doch sträubte sich der kriegerische Geist der Heere dagegen, daß dieser Grundsatz auch im Falle der Kriegsroberung keine Ausnahme zulasse, besonders dort, wo Hoheitsrechte mit occupationsfähigen Gegenständen in einer so engen Verbindung stehen, daß durch die Bemächtigung solcher Objecte eine mittelbare Erwerbung der Hoheitsrechte möglich wird. In solcher Weise kam im Kriegsverfahren der Grundsatz zur Geltung: *Res incorporales in abstracto consideratae non quidem sunt objectum occupationis, bene vero in concreto consideratas, quae cum rebus corporalibus, quibus cohaerent et accidunt adquiri possunt.*

Auch das gemeine Recht ließ diese Occupationsart im Kriege gelten. So verfügten schon die Neuterbestallungen und Landesknechtordnungen am Ausgänge des XV. wie im XVI. Jahrhundert, und ebenso die Navigationsacte und Seestatute, daß einem Feden das nach Kriegsrecht und Ordnung bleiben soll, was er in Stürmen und Schlachten, auf Marschen und Meersfahrten dem Feinde abgewinnt. Erwirbt z. B. der Feind durch Occupation solchen Grund und Boden, welchem eine Servitut anklebt, so gewinnt er auch diese mit dem Grunde, wiewohl er sie für sich allein nicht hätte occupiren, noch erwerben können.

Hieraus leitete man nunmehr den Rechtstitel für den Erwerb der Gebietshoheit her und folgerte, daß Derjenige, welcher eine Bucht, einen Küstenstrich, eine Hauptinsel, kurz ein dominierendes Gebiet occupirt habe, hiervon die Gebietshoheit über den ganzen Beherrschungsraum auszuüben berechtigt sei.

Dieses fictive Imperium war der Anlaß zu jenem großen völkerrechtlichen Streitfalle, in welchem Grotius durch seine Schrift für die Freiheit der Meere (Mare liberum 1609) so erfolgreich eingriff. Wiewohl jedoch erst in Folge der bewaffneten Neutralitäten die Unzulässigkeit einer absoluten Herrschaft zur See im positiven Völkerrecht anerkannt wurde, so ließ man doch eine beschränkte Gebietshoheit insoweit zu, als daß Küstengewässer vom Lande aus beherrscht werden konnte, und diese Beherrschungsmöglichkeit von Seegebieten und der innerhalb derselben gelegenen Inseln galt fortan als zureichender Grund für die Gebietshoheit.

Es ist historisch begründet und einleuchtend, daß die Regeln des internationalen Seerechtes, so unter Anderem das Prinzip, daß die Flagge Schiff, Mannschaft und Ware decke, auf das Colonialrecht übergegangen sind. In solcher Weise fand

auch die Regel Aufnahme, daß ein Staat, welcher in fremden Erdtheilen Neuerwerbungen zu machen im Begriffe ist, diese Absicht durch die Entfaltung seiner Schiffssflagge auf dem festen Lande kundzugeben hat. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß man durch das Hissen der Flagge, mag sie in noch so feierlicher Weise erfolgen, die Occupation vollziehe, sondern man legte von altersher dieser Ceremonie die Bedeutung bei, daß die betreffende Macht die Gebietshoheit zu erwerben gewillt sei und sich dieses Präventionsrecht feierlichst sichere, oder daß die Macht, weil sie die Gebietshoheit bereits besitze, dieselbe auch in Zukunft aufrechtzuerhalten gewillt sei. Bezeichnend ist diesfalls die Stelle bei Pufendorf (jus nat. et gent. Lib. IV, cap. 6), in welcher er von der symbolischen Besitzergreifung sagt: hic proprie non ipsarum rerum dominium quaesitum est, sed duntaxat jus, per particularem apprehensionem dominium earundem nanciscendi.

Soll die Gebietshoheit selbst dem Eroberer oder Colonistator als völkerrechtlich unanfechtbar zugesprochen werden, so bedarf es, wie schon bei der Kriegsoccupation erörtert wurde, von dem Falle unbedingter Ergebung auf Gnade und Ungnade abgesehen, eines besonderen Rechtstitels auf dem Wege der abgeleiteten Erwerbung. Es muß außer dem Factum einer Occupationshandlung noch ein anderer Grund eintreten, vermöge dessen die Herrschaftsrechte der Eingeborenen auf die Colonisten übergehen. In den meisten Fällen wird das den Bewohnern angebotene und von denselben angenommene Protectorat als Rechtstitel geltend gemacht oder auf anderweitige Abmachungen der Anspruch auf Gebietshoheit gestützt. Indem man Anstand nahm, das Protectorat als nackte Machtthatsache hinzustellen, versuchte man in dem dominium utile eine Rechtsbasis für dasselbe zu schaffen, so zwar, daß der Protector für die Gewährleistung seines Schutzes berechtigt sein soll, vom Schutzterritorium gewisse maritime und handelspolitische Vortheile zu ziehen und bestimmte Productionszweige zu monopolisiren. Auch an Hinweisen auf die Lehensprotection und Lehensreservenz, daß obsequium und servitium des germanischen Rechtes, fehlte es nicht.

In Wahrheit beruhen die gewillkürten Protectorate über halbwilde Stämme nicht zum geringen Theile auf dem ubi vis, ibi jus. Der unmittelbare und ausschließliche Schutz und die Oberhoheit über solche der Cultur noch nicht zugeführten Gebiete sind der Mehrzahl nach wo nicht aufgenöthigt, so doch aus der Zwangslage entstanden, den Schutz des einen Staates anzunehmen, um sich vor den Aspirationen des anderen zu sichern.

Ein anschauliches Bild von den obwaltenden Verhältnissen gibt nachfolgender Bericht aus englischer Provenienz:

Wenn man von Camerun spricht, so versteht man darunter schlechtweg das Gebiet des Dulla- oder Camerunflusses. Die camerunischen Berge hingegen bilden ein abgesondertes Land, durch nichts verbunden mit dem Flusgebiete, von welchem sie durch das Bimbia-land getrennt sind. Die bedeutendsten Häuptlinge oder „Könige“ am linken Camerunufer sind: Sango Ndumbe (King Bell), King Aqua und Dzun Equalla von Dido; am rechten Ufer der Häuptling von Hickory, genannt Green, und eine große Anzahl Anderer, wie: Brisro, Lok-Brisso *et c.* Von zehn Factoreien, die sich auf dem Flusse befinden, sind ungefähr acht englisch und zwei deutsch. Die Jurisdiction und Seepolizei übt England aus, dessen Consulen sowohl bei Streitigkeiten der Eingeborenen untereinander, wie auch mit Colonisten intervenirten. Bei solchen Gelegenheiten wurden fast regelmäßig Freundschaftsverträge vereinbart, so auch jene, die 1883 Consul Hewett, unterstützt von den Chefs der deutschen Factoreien, mit mehreren Häuptlingen abschloß und zu deren Ratificirung er eine Reise nach England unternehmen mußte. Inzwischen war im Juli 1884 das deutsche Kononenboot „Wölfe“ mit Dr. Nachtigall vor Camerun erschienen. Die Häuptlinge Bell und Aqua wurden zu neuen Verträgen bewogen, wiederriefen die alten und die England geneigten Eingeborenen wurden gewaltsam unterdrückt.

Alle beteiligten Concurrenten erhoben wechselseitig Proteste und die britischen Agenten beeilten sich, die bedrohten Punkte der Küste zu sichern, sowohl durch Aufpflanzung der Flaggen, durch Abschließung von Protectoratsverträgen wie durch Stationirung von Kononenbooten längs der ganzen Küste.

Ein ähnliches Bewandtniß hat es mit den Landkäufen, bei denen fast alle Requisite eines gültigen Vertrages vom Standpunkte des Privatrechtes anfechtbar sind.

Verbürgten Mittheilungen zufolge unterzeichnen die Häuptlinge der Negerdörfer, die sich von der kleinen Schaar ihrer Unterthanen durch ein abgetragenes Kleidungsstück, eine Kopfbedeckung, eine bessere Flinte, immer aber durch reichlicheren Branntweingenuß unterscheiden, für ein kleines Geschenk jeden beliebigen Vertrag, für dessen Inhalt ihnen jedes Verständniß mangelt, und welchen zu halten ihnen gar nicht in den Sinn kommt.

So erklärt es sich, daß die Expedition Israels im Congo-gebiete die Quadratmeile Land für Waaren im Werthe von kaum 12 Mark erwerben konnte, daß sich der König vom Zululand, entzückt von dem kostbaren Säbel, den F. A. Lüderitz seinem schwarzen Freunde spendete, zu jedem Zugeständnisse

herbeiließ, so daß tatsächlich für Geschenke im Werthe von 50 Pfd. St. an die Hälftlinge landeinwärts von der St. Lucia-Bai 60.000 Acres für die Firma Lüderitz vertragsmäßig erworben wurden. Dieses Geschäft reiste den kühnen Plan des Agenten Einwald, Südafrika zu durchqueren, von St. Lucia bis Angra Pequena vorzudringen und die Handelsroute durch Auspflanzen der deutschen Flagge seinem Heimatstaate zu sichern.

Ob schon an den Originalien und Copien des fraglichen Vertrages, in welchem mit dem Landgebiete auch alle Hoheitsrechte cedirt wurden, nichts auszusezen war, nahm man deutscherseits doch Anstand, in Verhandlungen über die Schuhherrschaft einzutreten, weil der Boersrepublik das Protectorat über das Zululand zusteht und sich zudem England die Ratification aller internationalen Acte vorbehalten hat, welche von der genannten Republik vorgenommen werden.

Bezeichnend für die Völkerrechtspraxis gegenüber den Colonien und Schutzterritorien erscheint auch das Vorgehen Frankreichs gegen den König von Kambodscha, welcher das Protectorat der Republik für einen jährlichen Tribut von 66.000 Pfd. St. erkaufte und sich dafür durch schwere Zollschranken schadlos zu halten suchte. In seinem Proteste an den Präsidenten vom 6. August 1864 beschwerte sich König Norodom über die höchst unritterliche und empfindliche Art, in welcher er von dem Gouverneur von Cochinchina Thomson zum Abschluße der Zollconvention vom 17. Juni v. J. genöthigt wurde.

Mögen auch derartige Mittel bei der Verschlagenheit und Arglist der Gegner durch die Umstände gerechtfertigt sein, so sind sie doch darnach angethan, gegründete Zweifel in den völkerrechtlichen Werth derartiger Abkommen zu legen. Wie es um gewisse Colonialverträge bestellt ist, zeigen auch die Berichte der evangelischen Mission in der Südsee. Nachdem es den deutschen Colonisten gelungen war, auf der Hauptinsel Neubritanniens, Birara, und dem benachbarten Neuirland Besitzung und Rechtsordnung zu festigen und mit den melanesischen Stämmen Freundschaftsbündnisse zu schließen, reizten die Bauherren die schwarze Bevölkerung zu einem Ueberfalle gegen die Weißen auf. Es kam zu erbitterten Kämpfen, in denen die Missionäre, unterstützt von ihren bekehrten Schülern und deutschen Kaufleuten, Sieger blieben, sich die Beobachtung des Friedenszustandes von Neuem versprechen ließen und nach einem ähnlichen Kriegszuge auf den Yorkinseln die Häfen Mioko und Makado in Pfand nahmen.

Zwei weitere, dem älteren Völkerrechte allerdings unbekannte Factoren des Colonialrechtes sind die Willenserklärung der autochthonen Bevölkerung eines Gebietes, welches abgetreten

oder unter Protectorat gestellt werden soll, und die Neutralisierung von herrenlosen, unter keiner anerkannten Herrschaft stehenden unabhängigen Gebieten und Inselgruppen.

Ein Beispiel für den ersten Fall ist die Abtretung von Tahiti an Frankreich. Schon am 9. October 1842 hatte Ludwig Philipp den Vertrag unterzeichnet, durch welchen die Königin Pomarsé die Gesellschaftsinseln unter französisches Protectorat stellte, nachdem die Eingeborenen das Protectorat begehrt und 1847 auch damit einverstanden waren, daß Frankreich die gesamte Landesverwaltung übernahm. Da jedoch diese Administration zu belästigenden Missbräuchen und Bedrückungen führte, hieß es König Pomarsé V. für gerathen, im März 1881 seine souveränen Rechte über alle der Krone von Tahiti gehörigen Gebiete gegen Pension abzutreten, um einen erhöhten Rechtsschutz zu Gunsten der Eingeborenen zu erwirken.

Vergleicht man diese nothgedrungenen Nebereinkünfte oder „Abkommen“ mit dem, was das europäische Völkerrecht zur Rechtsbeständigkeit eines Vertrages fordert, so erscheint die Kluft zwischen Theorie und Praxis besonders auffällig. Denn nicht ein einziges Wesenheitsmerkmal trifft bei solchen Unterwerfungsverträgen auf Seite der halbcivilisierten Völkerschaften zu, weder die unzweifelhafte Legitimation zur Vertragschließung, noch die ernstliche, freie Einwilligung, noch der Ausschluß von Irthum, Missverständnis und Zwang. Daher ist für derartige Geschäfte nicht einmal die Frage nach der auflösenden Kraft einer *laesio enomis* von praktischer Bedeutung, für welche Ch. Wolff eintrat, während sie v. Martens verneinte, allerdings mit der eigenthümlichen Begründung, daß dann überhaupt kein Colonialvertrag Rechtsbestand hätte und daß es dereinst schlimm um derartige Verträge stehen dürfte, wenn die halbwilden Völkerschaften mit dem modernen Völkerrechte Bekanntschaft gemacht und begriffen haben werden, daß ein Staatenvertrag stets ein *bonas fidei contractus* sein müsse und daß er nur „*rebus sic stantibus*“, d. h. so lange gilt, als die wesentlichen Voraussetzungen dauern, unter denen er abgeschlossen wurde.

Aber noch ein anderer Umstand läßt die Basis von Colonialverträgen dermalen noch als eine unsichere erscheinen. Abgesehen davon, daß nur solche Leistungen Gegenstand eines gütigen Vertrages sein können, über welche dem Versprechenden ein Verfügungssrecht zusteht, kann nicht über ein Recht verfügt werden, das schon in einem früheren Vertrage vergeben ist. Hiezu kommt noch, daß die Völkerrechtspraxis auch geheime Abmachungen, wosfern sie erweislich sind, als verbindlich erklärt, und daß dem stillschweigenden Einverständnisse der Staatengemeinschaft, dem *mutuus consensus civitatum* entsprechend,

im Völkerrechte auch von stillschweigenden Verträgen gesprochen wird, insofern man darunter unzweifelhafte Zeichen, offenkundige Handlungen oder Unterlassungen versteht, die den Willen der Parteien und die Absicht, wie man in Zukunft vorgehen wolle, klar erkennen lassen.

So erklären sich die selbst zwischen den europäischen Seemächten erhobenen Beschwerden über die dilatorische Behandlung der Colonialangelegenheiten besonders darüber, daß Colonisten, welche in unoccupied Ländern arbeiteten, sich mit den Eingeborenen friedlich abfanden und so nach vielen Jahren mühevoller Arbeit ein Feld für den Handel eröffneten, ihren Erfolg plötzlich gefährdet sahen, weil andere Nationen mit den Eingeborenen auch ihrerseits Verträge abschlossen, das Land für sich in Besitz nahmen und zudem durch schwere Zollschranken den bereits eröffneten Handel lahmlegten.

Solche Verträge, oder richtiger Abkommen von Fall zu Fall, müssen daher, wie schon Nehron (De vi foederum inter gentes 1778) an Beispielen nachwies, stets ex natura rei et secundum usum moratiorum populorum, d. h. solcher Völker, welche die christliche Moral im Rechte anerkennen, beurtheilt werden.

Nun hat allerdings das moderne Völkerrecht durch die Ausbildung eines Staatsystems und gewisser Interessencentren innerhalb desselben ein Correctiv gegen ein offenbar rechts- und sittenwidriges Vorgehen geschaffen. Neben und über den Staatenverträgen hat sich eine Uebereinstimmung der Großmächte, ein pactum instar legis über die Rechtsordnung im internationalen Verkehre zu einem autoritativen Machtfactor entwickelt. Seit dem dritten Pariser Frieden vom 30. März 1856, dessen Garantiepunkte die Keime zu vielen und wichtigen Reformen gelegt haben, hat der Wille der Großmächte, die internationale Rechtsordnung zu festigen, bei verschiedenen Anlässen standhafte Proben abgelegt. Der Grundsatz, daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten die interessirten Staaten vor Anwendung von Gewaltmaßregeln den Signatarmächten Gelegenheit bieten sollen, vermittelnd einzutwirken, hat seither auf Congressen und Conferenzen, besonders auf dem Berliner Congresse 1878, eine Erweiterung und Befräftigung erfahren. Es genügt den Regierungen nicht mehr, concrete Fragen unter thunlichster Aufrechthaltung der europäischen Vertragsbasis zu ordnen, sondern sie erachten es zur Sicherstellung der wechselseitigen Interessen wie der Rechte eines jeden für geboten, ihre gemeinsame Rechtsüberzeugung in formulirten Rechtsfällen zu declariren. Dadurch wurde das positive Völkerrecht wesentlich bereichert, so unter Anderem durch den Grundsatz, daß kein Staat ohne Verständi-

gung und Zustimmung der interessirten anderen Staaten wesentliche Territorialveränderungen vornehmen soll, und daß die Gesamtheit der civilisierten Staaten, das Staatenconcert, berufen sei, ein völkerrechtliches Mandat zu Gebietserwerbungen zu ertheilen. Dieses historische und gebilligte Recht der staatlichen Entwicklung, begrenzt durch die Achtung vor wohlgerwobenen Rechten Anderer, dürfte eine sichere Grundlage des Colonialrechtes der Zukunft bilden.

Und wie es beispielsweise gelungen ist, die Pariser Declaration vom 16. April 1856 über das Seekriegsrecht, welches so lange der Willkür preisgegeben war, zu Stande zu bringen, desgleichen eine principielle Verständigung über die Frage, unter welchen Voraussetzungen Freicorps und irreguläre Streitkräfte als legitime Bestandtheile der Armeen zu betrachten sind, so wird es auch möglich sein, klar und unzweideutig eine internationale Verständigung über die Bedingungen zu erzielen, unter denen die Gebietshoheit oder Schutzherrschaft über nichtoccupirtes, unter keiner völkerrechtlichen Autorität stehendes Land allgemein erworben wird.

Bis zu diesem Zeitpunkte kommt noch das alte, durch die Beschlüsse der Congoconferenz nicht entkräftete Völkerrecht in Betracht, welches bezüglich des Colonialerwerbes durch Vertrag nachstehende Grundsätze enthält:

1. Die Gebietshoheit wird weder durch Occupation, noch durch Kriegseroberung originär erworben, sondern erst in abgeleiteter Weise durch Rechtsnachfolge. Auch über jene Territorien, in denen eine staatlich organisierte Herrschaft nicht besteht, muß die Gebietshoheit oder Schutzherrschaft durch Uebertragung oder Abtretung erworben werden.

2. Obwohl zur Erwerbung der Gebietshoheit im Unterschiede von dem Gebietseigenthum die umfassliche territoriale Apprehension nicht erforderlich ist, so muß doch ihre Ausübung durch continuirliche Hoheitsacte erkennbar gemacht oder doch nachweisbar sein, soll sie dritten Staaten gegenüber Wirksamkeit haben. Solche Hoheitsacte sind u. A. die Gerichtsbarkeit der Consuln über die Eingebornen, die Seepolizei, Hintanhaltung des Sklavenhandels, zeitweise Visitation der Schutzterritorien durch Kriegsschiffe, Beaufsichtigung des Küstenhandels &c.

3. Wird, wie dies regelmäßig der Fall sein wird, die Gebietshoheit oder Schutzherrschaft durch Vertrag oder anderweitiges Abkommen erworben, so müssen derartige Rechtsgeschäfte und Urkunden allen im euro-

2. Der Colonialismus durch Sonderitätsakte.

D. *Die cestipatio maritima*

Ein solcher Schatz ist der *Brundibár*; das *Brundibársches Werk* besteht aus einer kurzen Operette, die aus der wichtigsten, aber in ihrer geschilderten Entwicklung aufmerksam zu beachtenden Stelle des *Brundibárs* jener der *Brundibár*-Operette ist.

Der Kaiser framme ersteren den Suprema potestas,
supremat, suprema, summa imperii. Le pouvoir
suprême, Supremat, ciò eterne Imperio und Machtber-
hahn. Das Welt Souverainetät, puissance souveraine, wurde
zuerst von Johannes Bodinus, Königlichem Precursor im
Jahr 1526, in einem hechberichteten, von Gretius dach
benützten Werke „De republica, Lib. VI“, gebraucht.

Dem Weinen nach war der Begriff der Souveränität im Alterthume bedeutungsvoller wie in späteren Zeiten.

Schon in dem kühnen Geiste Alexander's entwickelte sich nach seinen großen Waffenerfolgen der Gedanke, die europäische und asiatische Menschheit zu einigen, durch gemeinschaftliche Heeresordnung, Vermischung der Völker und der Sitten, und es läßt sich kaum bezweifeln, daß er, unbefriedigt von dem gewonnenen Besitz, Afrika umschiffen, Arabien, Libyen und Karthago unterwerfen, sich in Italien festsetzen, bis zu den Säulen des Hercules vordringen, nordwärts aber gegen die Skythischen Stämme wenden wollte, wie die Geschichtsschreiter der entferntesten Völker beweisen, die an Alexander's Hoflager seiner weitgreifenden Macht huldigten.

Nach der Herrscherunterteilung der macedonischen Herrschaft bildete sich die Souveränitätsidee im Staate der Römer gleichfalls durch das Kriegswesen aus. Sie umfasste die Majestas und das Imperium als Ausdruck des gewaltigen Ansehens und der denselben entsprechenden Machtmittel, die Welt zu erobern und der Stadt wie dem Erdkreis (urbi et orbi) die Gesetze vorzuschreiben. Die Römer zweifelten keinen Augenblick, daß ihre Machtphäre weiter reiche als ihr jeweiliger Machtbereich. Was das Römerreich der Willenskraft, Kriegsmacht und Culturverbreitung nach zu irgend einer Zeit ver-

mochte, galt als der Inhalt seines souveränen Bewußtheins und folgerichtig als die selbstverständliche Votmäßigkeit aller übrigen Völker der Erde.

Das römische Volk, später der Imperator, betrachtete sich als Herrn der Welt, welcher die Kronen zu vergeben habe.

Das Reich der Byzantiner suchte diesen Anspruch auf die Weltherrschaft noch eine Zeitlang zu behaupten, und je zweifelhafter bei der Mehrzahl der späteren Kaiser die Nachfolge auf den Thron und die Machtmittel der Herrschaft waren, um so ängstlicher suchten sie die ihnen fehlende Autorität über die wilden benachbarten Barbaren durch den Prunk und Abglanz einer symbolischen Souveränität zu verhüllen.

Als Papst Leo III. zu Rom dem fränkischen König Carl, der als römischer Patrizier Schirmvogt der Kirche war, unter dem Jubel des römischen Volkes die Kaiserkrone aufsetzte, wurde dieser der Erbe der früheren römischen Kaiserwürde im Abendlande. Die an dieser Krone haftende Souveränitätsidee der alten römischen Imperatoren ging auf den deutschen Thron über, inwiefern der deutsche König sich in Rom krönen ließ. Wie die gesamte Christenheit unter Einem kirchlichen Oberhaupte ein Ganzes bildete, so war der deutsche König als gekrönter römischer Kaiser der weltliche Träger der souveränen Gewalt über die Völker des Abendlandes. Entsprach auch beiderseits diesem Glanze nicht immer die Macht, so lag darin doch der ideale Anspruch auf einen erhöhten Einfluß auf die politischen Geschicke der damals bekannten Welt, ein Einfluß, von dem die Kunde selbst bis zum Reiche der Mitte gelangte. So übergab Kaiser Kubilei dem berühmten Venetianer Marco Polo (gest. 1323), welcher China bereiste, ein Schreiben an den Papst Bonifacius VIII. in Rom, in welchem er ihn als Haupt der gesammten Christenheit und Beherrisher der Herrscher des Abendlandes begrüßte; und viele Jahrhunderte später ließ Kien-Long, erstaunt über den Weltruf der großen Kaiserin Maria Theresia, von gelehrten Missionären ein eigenes Buch über dieselbe anfertigen und jene souveränen Attribute besonders hervorheben, welche er mit der erhabenen Monarchin gemeinsam habe. Uebergeht man ähnliche, für einige Zeit nicht erfolglose, weitwirkende Herrschaften, wie jene der Kalifen, die sich von Asien aus durch Afrika bis nach Spanien ausdehnte, so tritt uns im sechzehnten Jahrhundert die Universalmonarchie Carl V., in deren Vereiche die Sonne nicht unterging, in vollem Glanze der Souveränität entgegen. Ihr gegenüber machte sich späterhin unter Ludwig XIV. das Bestreben Frankreichs geltend, durch den Mercantilismus, die Ausbildung der stehenden Heere, die Errichtung ständiger Gesandtschaften die Suprematie

an sich zu reißen, während England durch den Besitz eines ungeheueren Colonialgebietes und die Entwicklung einer unwiderstehlichen Seemacht die Hegemonie auf den Weltmeeren und ihren Inselgebieten in Anspruch nahm.

Auch unter den ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts bestand über das völkerrechtliche Wesen der Souveränität fast gar keine Verschiedenheit der Meinung. Sie fassten insgesamt den Begriff in seiner historischen Bedeutung auf als den Inbegriff der innersten Eigenschaften aus denen das Wesen des Staates besteht, als Complex der absoluten Rechte des Staates, das heißt der Rechte des Staates an sich, ohne welche er nicht gedacht werden kann, die so nothwendig und dauerhaft sind als der Staat selbst, die nicht einseitig oder bedingt ausgeübt werden, sondern allseitig und unbedingt. Die Souveränität gilt ihnen als Ausdruck der Bildung, des Anwachses und der Machtentfaltung eines Staates, worin Vergangenes und Gegenwärtiges, Altes und Neues untrennbar verbunden sind. Indem sie die Lebenskraft und den Inbegriff aller dieselben bedingenden Rechts- und Machtmittel bedeutet, kann sie daher weder verliehen noch durch Vertrag begründet, sondern von anderen Staaten nur anerkannt, respektirt und garantirt werden.

Das moralische Lebensprincip des Staates als Rechtspersönlichkeit ist seine Souveränität. Sie begreift seine ersten und obersten Rechte auf Existenz, Freiheit, Ehre, Entwicklung und Vertheidigung in sich. Gerade wegen dieser Souveränität ist der Staat mehr als eine bloße Genossenschaft zur besseren Erreichung der Gesellschaftszwecke, er ist eine dauerhafte Gruppenform, in welche sich der Einzelne einlebt und an der Verwirklichung des Staatsberufes und der Staatszwecke oft weit über die eigene Lebensdauer hinaus theilnimmt.

Allein die Anerkennung der staatlichen Natur hat, wie jene der Menschennatur, eine gewisse Ordnung im Zusammenleben der Socialkörper, ihres wechselseitigen Verkehres, ihrer Rechte und Pflichten zur Folge. Daher müssen einerseits die Grundlagen der Souveränität wechselseitig anerkannt und andererseits die Grenzen derselben bestimmt und gerechtfertigt sein.

Diese Grundlagen und Grenzen waren zu verschiedenen Zeiten verschiedene, und hierin liegt einer der durchgreifenden Unterschiede zwischen dem alten Colonialrechte, welches, wie noch gezeigt werden soll, außer den beiden Arten des ursprünglichen und abgeleiteten Eigenthumserwerbes noch andere Momente von historischer, geographischer und moralischer Bedeutung in Betracht zieht, und dem modernen Colonialrechte das dem Geiste des

Fahrhunderts angemessen in die effectiven Thatsachen den Schwerpunkt verlegt.

Allein es gibt ein Gebiet, auf welchem sich beide Rechts-theorien im Begriffe der Souveränität wechselseitig ergänzen, das Seerecht, aus welchem sich, wie J. B. Oppenheim (System des Völkerrechtes, 2. Aufl., 1866) zutreffend nachweist, das maritime Colonialrecht als eine gewissermaßen außerordentliche, eventuelle Besitzart entwickelt hat.

Die Rechtsanschauung ist dabei folgende gewesen und in der Hauptsache auch noch heutzutage dieselbe geblieben:

Das Meer ist frei, der Benützung aller Völker und Staaten offenstehend. Die hohe See wird occupirt, insofern man sie befahrt und beherrscht. Eine Allen gemeinsame Sache wird sie durch die kühnen Seefahrer, welche ihren Elementarkräften und Gefahren Trotz bieten, einer wirklichen und natürlichen Apprehension unterworfen. Die Kriegs- und Handelsflotte eines Seestaates ist die Trägerin seiner Machtfülle in fernen Meeren und Ländern, sie muß eine achtunggebietende Stellung einnehmen, an Mut, Entschlossenheit, Opferwilligkeit, Ausdauer und strenger Disciplin das Neuerste leisten. Sie übertragt die Gebietshoheit und Jurisdiction des Staates in die entlegensten Winkel der Erde. Sie hat allerbürtig und überall die Ehre, Würde und Unabhängigkeit des Heimatstaates zu wahren; sie muß jederzeit bereit sein, für dieselben in den Kampf einzutreten; sie ist verpflichtet, Völkerrechtsverbrechen wie den Sklavenhandel, Piraterie, Strandraub, Beschädigung der Seefahrts, Missachtung der Flagge und der Insignien des nationalen Staates zu verfolgen und zu bestrafen; sie hat ihren exterritorialen Charakter vor jedem Eingriff zu wahren, den Staatsangehörigen und Schutzbefohlenen im Auslande Hilfe und Beistand zu leisten, die diplomatischen Missionen und Consulate zu unterstützen, das Seegeremoniel zu beobachten u. s. f.

Ferner ist der Beherrschungsraum zur See weit ausgedehnter als jener zu Land. Das Küstengewässer ist der Territorialhöheit des Uferstaates auf Kanonenwurfweite unterworfen, eine Distanz, welche gegenwärtig drei bis vier Seemeilen beträgt und mit jener übereinstimmt, für welche die Maschinerie der Lancirtorpedos ausreicht.

Der Kriegsmarine, unterstützt von den Kreuzern der Handelsmarine, fällt die wichtige Aufgabe zu, internationale Zwangsmittel in Vollzug zu sezen, um dem Heimatstaate angemessene Genugthuung oder Sühne für erlittene Unbill oder Missachtung zu verschaffen, sei es durch das Bombardement, die Blockade, das Embargo, das Durchsuchungsrecht, und die Recognoscirung behufs strenger Aufrechthaltung der Seepolizei.

Auch kommt die Marine oft genug in die Lage, von dem Staatsnothrechte Gebrauch zu machen, bei Seeunfällen einzutreten, die natürlichen Buchten, Bäien und Eilande anzulaufen, unwirthliche Küstenstriche zu perlustriren, um überall die Vortheile und Interessen des Heimatstaates wahrzunehmen. Der Flaggenofficier soll Kriegsheld, Diplomat, Techniker, Handelsmann, Kosmograph, Naturkundiger in einer Person sein, denn auf hoher See ist eigentlich immer Kampf und Krieg und das See-, Kriegs- und Colonialwesen sind untrennbare Dinge. Daß diese elementaren Bedingungen des Lebens zur See eine freiere Auffassung der rechtlichen Voraussetzungen für die Occupation von Küsten- und Inselland zur Folge haben müßten, ist klar. Selbst die strengsten Anhänger der romanistischen Schule hälften sich über diese Thatsachen dadurch hinweg, daß sie in den Hoheits- und Kriegsacten zur See einen „conatus, ad actum proximum deductum, per quem occupatio (maritima) fieri potest“ anerkennen.

Grundsatz bleibt zwar immer, daß weder die bloße Absicht, noch die bloße Entdeckung, noch die bloße Declaration die Rechtstheatsache des Erwerbes von Colonialgebiet schaffe, sondern nur ein Factum, wodurch Grund und Boden in Wirklichkeit unserer Herrschaft unterworfen wird; allein als derartige Facta lassen schon die mittelalterlichen Seestatute und Navigationsacte sowie die Marineordonanzen, Marineedicta und Seeordnungen der neueren Zeit jene erwähnten Maßregeln und Zwangssacte gelten, welche in den Völkerrechtswerken als „Selbsthilfe ohne Krieg“ bezeichnet werden, wiewohl man sich des Unterschiedes zwischen dieser Form der Eigenmacht und dem Kriege (bellum solenne) nicht immer klar ist. So äußert sich hierüber Pufendorf (Jus nat. et gent. Lib. VI) sehr behutsam: Modum adquirendi imperii violentum vocare solent occupationem; circa quam tamen notandum, diversam eam esse ab illa occupatione, qua res domino carentes per solam adprehensionem nobis proprias facimus. Nam cum in istiusmodi rebus nullum existat jus, quo minus quilibet homo easdem sibi vindicare queat, nullo peculiari titulo opus est, ad dominium illarum adquirendum, sed sola adprehensio corporalis cum animo sibi habendi sufficit; enimvero cum homo homini naturaliter sit aequalis adeoque alterius imperio non obnoxius, igitur non sola vis et velut adprehensio ad legitimum in homines imperium constituendum valet, sed alio insuper titulo opus est.

Fragen wir uns bei Barbayraf, diesem durch bewundernswerte Schärfe des Verstandes und praktische Lebenserfahrung ausgezeichneten Commentator Pufendorf's an, so entgeht

ihm der Unterschied zwischen der Occupation zur See und zu Lande keineswegs und er suchte deshalb eine vermittelnde Meinung anzubahnen, indem er erklärt: Il faut remarquer, que l'effet, que nous attribuons à une chose, se réduit à prévenir ceux, qui pourroient avoir la même intention; mais on n'a jamais prétendu, que cela suffit, pur acquerir un plein droit de propriété, qui exclue désormais toute prétention d'autrui.

Gerechtfertigt wird diese Abweichung von dem strengen Grundsatz, daß es ein Präventionsrecht zum Occupiren nicht gäbe, wie das römische Recht an dem bekannten Beispiel von dem verwundeten Wild, welches vor dem wirklichen Ergreifen noch von jedem Dritten occupirt werden kann, darthut, durch den Hinweis auf eine continuatio imperii mittelst der schwimmenden Gebietstheile eines Staates, nämlich seiner Flotte, wodurch mindestens ein eventueller Erwerbstitel geschaffen werde; ferner durch die Supposition, daß man sich zur See eigentlich immer im Kriegsfalle befindet, zumal die Nothwendigkeit ein bewaffnetes Einschreiten jederzeit zu rechtfertigen vermag. Hierbei wird hauptsächlich auf die Definition des Krieges von H. Grotius verwiesen: Bellum est status per vim certantium, qua tales sunt und geltend gemacht, daß dieser „Zustand“ zur See fortwährend vorhanden sei, so daß der große Völkerrechtsgelöhrte mit gutem Grund zwischen bellum publicum, seu publice decretum und bellum privatum, id est non significatum, sed unice ex jure belligandi gestum, unterscheidet. Auch durch solche militärische Maßregeln, welche ein Schiffsführer ohne Auftrag und Instruktion, nur der Nothwendigkeit gehorchnend, unternimmt, kann Gebiet rechtswirksam erworben werden, wosfern dasselbe derart vollständig überwacht und eingeschlossen ist, daß es der Einschließende nur im offenen Kampfe gegen eine überlegene Macht wieder einbüßen könnte.

Hieraus folgt die Grundregel: Bei kolonialen Operationen zur See ist die Einschließung und Beherrschung von Küstenzonen oder Inseln der militärischen Besetzung durch Landungstruppen gleichzuhalten. Sie gilt als Invasion und verleiht den provisorischen Besitz, während die Staatsgewalt selbst erst durch das Hinzutreten eines anderen Rechtstitels erworben wird.

Als solche Rechtstitel galten schon im sechzehnten Jahrhundert die päpstliche Bestätigung und Einweisung in entdecktes Land, die freiwillige Unterwerfung der wilden Bewohner eines Gebietes unter die fremde Schutzmacht, die Gründung von Missionsanstalten und Patronaten, vertragsmäßiges Protectorat, historische Ueberlieferung und Volksüberzeugung, geographische Forschung und Urkunden. Doch sind das lauter aus hilfliche Rechts-

titel, uneigentliche Vorläufer der eigentlichen Occupation im römisch-rechtlichen Sinne, insofern die Machtansprüche regelmäßig zur tatsächlichen Macht ausübung an Land und Leuten führen. Da indessen diese Regel dennoch manche Ausnahme erleiden kann und tatsächlich erfahren hat, so wurde dem Seerechte der warnende Satz einverleibt: *Occupatio maritima omnem occupanti securitatem non praestat, nec ejus rebus praesidium satis tutum, satis firmum circumponit . . .* ein Grundsatz, welcher besonders dann Anwendung findet, wenn der Occupant das besetzte Gebiet veräußern, vertauschen oder anderweitig abtreten sollte. Auch der längste Zeitablauf kann dem Besitzer durch Eroberung oder maritime Besetzung an und für sich vollen Rechtsbestand nicht verleihen. Dies machte Frankreich nach der Wiedereinnahme von Calais im Jahre 1558 gegen England geltend, welches diesen Hafenplatz im Jahre 1346 besetzt und durch mehr als 200 Jahre ohne erfolgte Abtretung oder schiedsrichterliche Zustimmung festgehalten hatte, und zwar mit der Begründung: *Gallos Caletum non bello adquisivisse, verum recuperasse; praescriptionem temporis, quam allegant inter principes locum habere nullum, sed jus semper valere et ex XII tabulis adversus hostem aeternam esse auctoritatem* (Camden ann. rer. anglicar. I, 119). Dass im Falle der Eroberung, wie der Besetzung von vermeintlich herrenlosem Land das ältere Völkerrecht eine Befindlichkeit zuließ, ohne dass jedoch die gezogenen Früchte und Nutzungen erstatzt zu werden brauchten, geht auch aus einem Präcedenzfall hervor, welchen uns v. Martens (Receuil des principaux traités) erzählt. Die Insel Minorca, welche seit 1708 eine maritime Station Englands war und den Engländern im Utrechter Frieden 1713 vertragsmäßig zuerkannt wurde, ließ Richelieu von einer überlegenen Streitmacht besetzen und trat sie noch während des Conflictes, der darob ausbrach, an Spanien ab. Der am 10. Februar 1763 zu Paris abgeschlossene Frieden erklärte die Cession für null und nichtig und verfügte, dass die Insel im *status quo ante* an England zurückzugeben sei.

Selbst Ludwig XIV., der sich um die staats- und völkerrechtliche Lebensordnung wenig kümmerte, wenn seine Übermacht gesichert war, bestand auf einer sachstrengen Anwendung der Völkerrechtsregeln, wosfern er glaubte, mit der Gewalt nicht das Auslangen zu finden. In jenem Handel wegen des Ankaufes von Dünkirchen, welches England der spanischen Krone weggenommen hatte, bot er statt der verlangten 12 Millionen Livres nur $1\frac{1}{2}$ und nach langem Feilschen schließlich 5 Millionen. Denn wenn ich Dünkirchen erwerbe, calculirte der König, so bekomme ich einen Platz, für den der Verkäufer keinen

anderen Besitztitel in Händen hat als seine thatsächliche Macht über denselben, zumal Spanien ihn niemals vertragsmäßig abgetreten hat. Somit erwerbe ich ein sehr zweifelhaftes Recht, das mir jeden Tag bestritten werden kann, und ein Besitzthum, für welches man nicht denselben Preis zahlt wie für eine Erwerbung, die auf einem unanfechtbaren Rechtstitel beruht. So bot er denn als ehrlicher Makler weniger als die Hälfte. Ueberdies mußte England die Gewährleistung für den Fall übernehmen, als etwa der König von Spanien das Abkommen völkerrechtlich aufsechten sollte und, um ganz sicher zu sein, unterhandelte die allerchristlichste Majestät auch noch mit den Generalstaaten von Holland, um von ihnen eine specielle Garantie nicht nur des Vertrages, sondern auch des Besitzstandes selbst zu erhalten. (Du Mont Corps univ. diplom. VI, 3.)

Wie aber alles Uebermaß schadet und keine Dauer besitzt, so hat auch die Vorstellung einer schrankenlosen Universalherrschaft die Spannkraft der Völkerstämme durch Vernichtung ihrer in der Natur wohlbegündeten Unterschiede geschwächt und die lebensfähigen Besonderheiten vertilgt. Die einseitig übertriebene Idee von der Souveränität mußte nothwendig entweder zur Despotie oder Demagogie führen. Ein Volk erwächst zur Souveränität durch die erfolgreiche Verhüttigung seiner Kraft und Unabhängigkeit. Die Machthatsachen erzwingen sich Anerkennung, verlieren sie aber auch wieder, wenn die beanspruchte Autorität durch die ihr fehlende Kraft zweifelhaft geworden ist. So hatte durch den Contrast zwischen der Kriegserklärung des Sultans Mohamed IV. an Kaiser Leopold I., in welcher der Padischah als göttlicher Herrscher auf Erden und König aller himmlischen und irdischen Könige den Kaiser, den König von Polen mitsamt dem römischen Papste und der gesammten Christenheit von der Erde wegzusegen drohte, und der Antwort, welche darauf unter den Mauern Wiens und in den folgenden glorreichen Schlachten erheilt worden war, die Souveränität des Osmanenthumes einen Stoß erlitten, von welchem sie sich nimmermehr aufraffen konnte. Zutreffend sagt auch der Völkerrechtslehrer Johann Ludwig Klüber (Völkerrecht), unmittelbar beziehe sich die Souveränität auf den Staat und alles Dasjenige, was er der Potenz nach vermag; mittelbar auf die unbeschränkten und unbeschränkbaren Staatshäupter, die Souveräne, denen daher die Majestät und Hoheit kommt. Ob die Macht groß oder klein, absolut oder verfassungsmäßig beschränkt ist, könne an dem Begriffe der Souveränität nichts ändern, und ebensowenig die Rangordnung der Staaten, die Unterscheidung zwischen Großmächten, Mittelmächten u. s. w.

Die Merkmale der modernen Souveränität sind nun:

Vollständige Unabhängigkeit von einem auswärtigen Staate, unbeschadet eines allfälligen Allianz- oder dauernden Bundesverhältnisses.

Vollständige Autonomie in allen inneren Staatsangelegenheiten, also volle Freiheit des Staates, seinen Willen zu äußern, zu bestätigen, nöthigenfalls zu erzwingen.

Den Inbegriff der sich aus der Souveränität ergebenden fundamentalen Rechte des Staates im Verhältnisse zu anderen Staaten bezeichnet man als dessen *Repräsentativgewalt*. Sie umfaßt folgende Rechte:

1. Das Recht Krieg zu erklären und Frieden zu schließen (*jus belli ac pacis*);

2. das Recht, Bündnisse und anderweitige Staatsverträge mit auswärtigen Staaten zu schließen (*jus foederum et tractatum*);

3. das Recht, Gesandte abzusenden und zu empfangen (*jus legationum*)

4. das Recht, die eigenen Staatsangehörigen auch außerhalb des Staatsgebietes zu schützen und zu vertreten (*jus protectionis*).

In Monarchien werden die Souveränitätsmerkmale in den Trägern der obersten Staatsgewalt personifizirt, in ihrer Commandogewalt, Repräsentativgewalt im engeren Sinne, Organisationsgewalt, Patronats- und Protectionsgewalt, und zwar unter Hinweis auf den Beruf der Monarchie als Vertreterin der ungetheilten Idee des Staates, zumal des constitutionellen, in welchem der Herrscher dem Volke in seinen Vertretern nach dem Maße der Würdigkeit und Leistung den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung einräumt.

Die Beschränkung des internationalen Wirkungskreises eines Staates durch einen übergeordneten wird Halbsouveränität (Vassallität) genannt, ein übrigens nicht glücklich gewählter Begriff, weil er den Gegensatz zur Vollsouveränität nicht ausdrückt und zudem einen inneren Widerspruch enthält, da es nur unabhängige oder abhängige Staaten geben kann. Auch zeigt die Geschichte der staatlichen Gleichgewichtsbestrebungen, daß eine halbe Souveränität auf die Dauer unhaltbar ist und daß die suzeränen Staaten, besonders wenn sie keine natürlichen Grenzen haben und der Bindemittel des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität mit dem übergeordneten Staate entbehren, das natürliche Bestreben zeigen, sich unabhängig zu machen.

Das einfachste internationale Rechtsverhältniß, geeignet, ein gewisses natürliches Rechtsverhältniß herzustellen und demselben Dauerhaftigkeit zu gewähren, ist das Schutzverhältniß, *Protectorat*, bezw. das souveräne *Protectorat*.

Es entspricht dem internationalen Gravitationssysteme der Gegenwart am besten, in welches ein neuer Machtfactor, der übereinstimmende Wille der Großmächte, ordnend, anerkennend und gebietend eingetreten ist.

Bezeichnend erscheint diesfalls, abgesehen von den bekannten Vorgängen auf der Balkanhalbinsel, die einverständliche Umwandlung des Vertrages von Prätoria 1881 in ein klares, unzweideutiges Protectorat Englands über die Transvaal-Republik 1884. Innerhalb der fixirten Grenze wurde derselben die innere Unabhängigkeit wie dem Orangefreistaat, sowie die Statthaftigkeit des internationalen Verkehrs mit fremden Mächten zugestanden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß vor dem endgültigen Abschluß eines Vertrages mit irgend einer anderen Regierung als jener des Orangefreistaates der Wortlaut derselben der Königin zur Begutachtung und Genehmigung unterbreitet werden solle. Milizen, Communicationen und Grenzpolizei sollen im Einvernehmen mit England geregelt und das Protectorat über die an der neuen Grenze Transvaals sesshaften Eingeborenenstämme in ähnlicher Weise auf dieselben ausgedehnt werden. In der Hauptsache hiermit übereinstimmend und auf eine wechselseitig befruchtende Handelstätigkeit abzielend ist auch das besprochene Protectorat Belgiens über den Congofreistaat.

Man muß auch hier wieder weit in der Völkerrechtsdoctrin zurückgehen, um die ursprüngliche Bedeutung des Protectionsvorhältnisses klar zu erkennen, eines Verhältnisses, das unter dem Einfluß der Orientwirren eine Trübung erlitt, indem die Souveränetät einerseits zur Suzeränetät erweitert, und andererseits zur Halbsouveränetät herabgedrückt wurde. Das Richtige hat schon Leibniz getroffen, welcher in der Schrift: *De jure suprematus Principum Germaniae* 1678, die Grenzen der Souveränetät also umschreibt: „Rex est, qui Rex vocatur. Fundamentum potentia est. Ingentes vires, nec integra libertas, ab omni vinculo exempta erga potentiores non requiruntur.“

Aus dieser Darstellung sei die Ableitung nachstehender Conclusionen gestattet:

1. Der im älteren Völkerrechte mit Dictatur und Universalherrschaft gleichbedeutende Begriff der Souveränetät ist nunmehr auf die natürlichen Grundlagen der unbeschränkten Staatsgewalt in inneren und auswärtigen Angelegenheiten zurückgeführt.

Soweit mit diesem Begriffe die Vorstellung einer Ueberordnung und moralischen Führung in Ansehung anderer Staaten oder Staatengruppen verbunden war, wird dieselbe im Interesse der Gleichgewichtsordnung

von der Gesamtheit der Großmächte in den durch das Völkerrecht vorgezeichneten Formen ausgeübt.

2. In der Souveränität gelangt der Staat als größtes Bauwerk der menschlichen Vernunft zur Vollendung. In ihr sind Freiheit, Einheit und Hoheit des Staates verwirklicht. Erweiterungen wie Beschränkungen dieser vollendeten Staatspersönlichkeit, sei es dadurch, daß ein Staat eine Hoheit über andere Staaten oder auswärtige Gebiete ausübt, oder von ihnen abhängig erscheint, bedürfen einer besondere Begründung.

3. Eine solche Begründung liegt in der eigen-thümlichen Natur des Seewesens und in den Seerechtsgrundzügen. Dieselben lassen im Völkerrechte einen besonderen Rechtstitel zu: die maritime Occupation durch Uebertragung der Flagge vom Schiffe, als schwimmenden Gebietstheil des Heimatstaates auf das Festland. Dieser Act des Aufhissens der Flagge, wiewohl man ihn als einen zur Occupation führenden conatus proximus bezeichnet hat, kann diesen Effect jucifistisch nie verwirklichen. Er ist und bleibt ein symbolischer, die Ausdehnung der Gebietshoheit auf herrenloses Land andeutender Act.

Es wohnt ihm aber insolang eine aushilfliche und provisorische Rechtswirkung inne, als dawider nicht effective Occupationsthatsachen und ihre älteren und stärkeren Rechtstitel wirksam geltend gemacht werden

4. Die neuesten Gestaltungen.

Neben der orientalischen Frage, dem Angelpunkte, um den sich die Weltpolitik des seinem Ende entgegenschreitenden Jahrhundertes dreht, ist die Colonialpolitik aufgetaucht, welche dem Anscheine nach auf die Geschicke des nächsten Jahrhundertes einen nachhaltigen Einfluß auszuüben berufen sein dürfte. Hat sie doch schon gegenwärtig mannigfache, rasch wechselnde Gestaltungen angenommen, in unverhältnismäßig kurzer Zeit zu geographischen Veränderungen geführt, welche in theilweiser Richtigstellung des oben geschilderten colonialen Machtbereiches Deutschlands folgende sind:

Zum Sinne des zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und dem französischen Botschafter Baron de Courcel am 24. December 1885 über die deutschen und französischen Besitzungen in Westafrika und in der Südsee vereinbarten Pro-

toßolles verzichtete Deutschland in der Biafrabai zu Gunsten Frankreichs auf alle Soveränetäts- und Protectoratsrechte über die Gebiete südlich des Jampschlusses, während Frankreich allen Gebietsansprüchen nördlich derselben Linie entsagt. An der Sklavenküste anerkannte Frankreich das deutsche Protectorat über das Togogebiet, entsagte allen Rechten auf das Gebiet von Porto-Seguro und Kleinpopo und anerkannte das deutsche Protectorat über dieses Land. Eine gemischte Commission soll die Grenze der beiderseitigen Gebiete, die von dem Küstenspunkte zwischen Kleinpopo und Agone ausgeht, festsetzen. An der Küste von Senegambien entsagte Deutschland allen Ansprüchen auf die Gebiete zwischen Rio-Nunez und Mellacaree, namentlich bezüglich Kobas und Rabita is. In der Südsee verpflichtete sich Deutschland, nichts zu unternehmen, was Frankreich an der Occupation von Inseln unter diesem Winde, sowie in den Neuhебiden hindern könnte. Frankreich sagte die Wahrung aller der Stuttgarter Firma Collin in Koba und Rabital zustehenden Rechte zu, namentlich auch die Gleichstellung mit den französischen Gesellschaften bezüglich der Handelsfreiheit, des Bodenerwerbes, der Steuern, Zölle und Abgaben. Deutschland garantierte dem König Mensa in Porto-Seguro für dessen Lebensdauer dieselbe Stellung zu, welche er bisher von Frankreich genoß.

Dieser Häuptling hat übrigens sein Gebiet freiwillig unter deutsches Protectorat gestellt, desgleichen der Häuptling der Hereros, Mar-Herero, an der Damara- und Namaquaküste (Aideritz-Land), nunmehr Colonialgesellschaft s. S. Westafrika.

Nach dem englischen Blaubuche, welches den Depechenwechsel über die Annexion Deutschlands in Ostafrika und die Streitigkeiten und Abmachungen mit dem Sultan von Zanzibar enthält, geht hervor, daß die britische Regierung der Ansicht Deutschlands, daß es in Gemeinschaft mit anderen Nationen ein vollkommenes Recht besitze, einen Vertrag mit dem Sultan von Zanzibar zu unterhandeln, rüchhaltslos zustimme, und aus späteren Depechen ist ersichtlich, daß die englische Regierung sich als der Entwicklung deutscher Unternehmungen „in Districten, die an das Territorium von Zanzibar stoßen und von keiner civilisierten Macht occupirt sind“, günstig geneigt ausdrückte und ihren Vertreter in Zanzibar in diesem Sinne instruirte.

Zur Erforschung von Kaiser Wilhelms-Land auf Neu-Guinea hat die Neu-Guineageellschaft eine größere Expedition ausgerüstet. Einem im nordöstlichen Theile entdeckten Hafen, nordwestlich von Port Constantine, und einer Bucht in der Nähe davon, wurden die Namen „Friedrich Wilhelms-Hafen“ und „Prinz Heinrichs-Hafen“, einem östlich von dem auf den Karten als Cap de la Torre bezeichneten Punkt entdeckten,

großen, schiffbaren Flusse der Name „Kaiserin Augusta-Fluß“ beigelegt. Der in der Mitte der Gazellenhalbinsel gelegene Berg „Mount Beaupre“ heißt nunmehr „Barzin“. Im Neu-Britannien-Archipel wurden das bisherige Neu-Irland (größere Insel) „Neu-Mecklenburg“, die Duke of York-Inselgruppe „Neu-Lauenburg“, und die größte bis jetzt als „New Britain“ bezeichnete Insel des Bismarck-Archipels „Neu-Pommern“ genannt.

Im December v. J. stellte das Kanonenboot „Nautilus“ die Gruppe der Marshallinseln unter deutsches Protectorat.

Was schließlich das Vorgehen der Deutschen auf Samoa, Ende Jänner 1886, betrifft, so scheint es sich hier lediglich um einen Schutzact in einer Streitigkeit privatrechtlichen Charakters gehandelt zu haben.

Am 31. Jänner d. J. wurde von einem Landungscorps in Mulinu Point, der langgestreckten Landzunge, welche den Hafen von Apia auf der Westseite begrenzt und in den Besitz des früheren deutschen Consuls Weber gelangt war, die deutsche Flagge gehisst, und der König, welcher hier residirt, aber niemals den vereinbarten Pacht gezahlt hatte, angewiesen, sich nach einem anderen Wohnplatz umzusehen. Der König glaubte diesem Anstossen durch das Aufpflanzen seiner eigenen Landesflagge Kraft der Souveränität wirksam begegnen zu können, mußte sich aber gefallen lassen, daß letztere auf Befehl des deutschen Generalconsuls Stübel sofort heruntergeholt wurde.

Eine Annexion ist Seitens der Deutschen bisher nicht angestrebt worden, allein unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen, bei den Aspirationen der Amerikaner und Engländer und bei der Wankelmüthigkeit des Beherrschers von Samoa erscheint eine endliche Auseinandersetzung dringend geboten.

Wie in Polynesien überhaupt, so fand sich auch auf Samoa zur Zeit der Entdeckung der Inseln eine staatliche Autorität nicht vor, und als eine ziemlich erkennbare Einheit war nur die Familie und die Dorfschaft vorhanden. Der regelmäßige Zustand war auch hier Fehde und Bekämpfung unter den Häuptlingen, und erst 1873 gelang es den vereinigten Bemühungen der europäischen Consuln, bessere Zustände und eine gewisse Rechtsordnung herzustellen, welche zweckentsprechend sein könnte, würde sie überhaupt beachtet. Im Jahre 1875 hatten die Vereinigten Staaten einen überwiegenden Einfluß erlangt, erwarben den schönen Hafen Pago-Pago auf Tutulia, gaben jedoch bei dem Widerstande Englands und Deutschlands, welches gleichfalls zwei Hafenplätze erworben hatte, ihre dominirende Stellung wieder auf. Der alte Plan eines großen britischen Polynesiens, das von Neuseeland aus zu regieren wäre, tauchte vor einigen Jahren

abermals auf, indem König Melietoa bestimmt wurde, die Einverleibung seines Landes in das britische Colonialreich nachzusuchen und eine deutschfeindliche Haltung einzunehmen, welche das Einschreiten des Kanonenbootes „Albatros“ zur Folge hatte.

Ein höchst wichtiges, wenn auch nicht unmittelbar in der deutschen Colonialzone liegendes Object ist Madagascar, wo sich Frankreich festgesetzt hat und an den dort lebenden Stämmen der Sakalaves und Autofores, welche in einem ohnedies sehr lockeren Vasallenverbande zur Königin standen, Verbündete zu gewinnen suchte.

Auch hier ging es nicht ohne Kämpfe ab zwischen den französischen Marinetruppen und den von englischen Instructoren befehligten Milizen der Madagassen, den Hovas.

Der zwischen Frankreich und der Regierung von Madagascar abgeschlossene, die kriegerischen Verwickelungen vorläufig beendende Vertrag umfasst 19 Artikel und verfügt in seinen wichtigsten Bestimmungen Folgendes:

Frankreich wird Madagascar in seinen auswärtigen Beziehungen vertreten; Leiter derselben ist der französische Resident, welcher mit einer militärischen Escorte in Tananarivo residiren und das Recht haben wird, von der Königin der Madagassen in Audienz empfangen zu werden. Die Ausländer sind dem französischen Schutze unterstellt. Frankreich wird sich in die innere Verwaltung des Landes nicht einmengen. Die Franzosen auf Madagascar stehen unter dem französischen Gesetze; sie werden ihren Aufenthalt frei wählen, verkehren und Handel treiben können; es wird ihnen gestattet sein, durch emphysische Pachtverträge, deren Erneuerung lediglich im Belieben der Parteien steht, Ländereien, Häuser, Magazine und jedes unbewegliche Gut auf unbestimmte Dauer zu mieten. Die genaue Ausführung der Pachtverträge wird von der Regierung garantiert. Die Pachtungen werden regelmäßig auf die französischen Erben übergehen, welche die Besugniß haben werden, dieselben zu erneuern. Die Franzosen werden nur dieselben Abgaben von Grund und Boden zu tragen haben, welche von den Madagassen entrichtet werden. Es wird Niemandem gestattet sein, in die Besitzungen, Etablissements oder Häuser der Franzosen oder der bei solchen bediensteten Personen, außer mit deren Zustimmung und mit Genehmigung des französischen Residenten, einzudringen. Die im Vertrage vom Jahre 1868 zu Gunsten der Gewissensfreiheit und religiösen Toleranz festgesetzten Garantien werden bestätigt. Madagascar zahlt 10 Millionen Francs; bis zur Begleichung dieser Summe werden die Franzosen Tamakave besetzt halten. Es wird keinerlei

Reclamation bezüglich der bis zum Vertragsschluße von den französischen Militärbehörden getroffenen Maßnahmen zugelassen. Frankreich wird der Königin seinen Beistand zur Vertheidigung ihrer Staaten leihen und ihr militärische Instructoren, Ingenieure, technische und wissenschaftliche Fachleute zur Verfügung stellen. Die Königin verpflichtet sich, die *Sakalavess* und *Autokores* mit Wohlwollen zu behandeln. Frankreich behält sich das Recht vor, die Bai von *Diego-Suarez* zu occupiren. Den beiderseitigen compromittirten Unterthanen wird volle Amnestie bewilligt. Die zwischen Frankreich und Madagaskar bestehenden Verträge und Abmachungen, welche den gegenwärtigen Festseuzungen nicht zuwiderlaufen, werden bestätigt.

Der Vertrag wird innerhalb dreier Monate ratifizirt werden.

Was nun die vorläufige Regelung der inneren Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete anbelangt, so ist der erörterte Grundgedanke der deutschen Colonialpolitik, daß Schutz und die Aufsicht des Reiches den deutschen Handelsunternehmungen in überseischen Ländern zu folgen, jedoch nur insofern einzutreten haben, als sich hiesfür ein Bedürfniß geltend, macht der maßgebende geblieben.

In Südwest-Afrika liegen die Verhältnisse bisher derartig, daß sie für ein unmittelbares Eingreifen amtlicher Art keinen Anlaß geben. Die Thätigkeit des kaiserlichen Commissärs wird sich einstweilen darauf beschränken können, friedliche Zustände unter den zu Deutschland in ein Schutzverhältniß getretenen Händlern zu erhalten und dafür zu sorgen, daß den deutschen Unternehmungen kein Hinderniß in der Verwerthung der von ihnen übertragenen Concessionen und Bewirthschaftung der von ihnen erworbenen Gebiete geschaffen werde.

Auch hat sich England verpflichtet, seinen Einfluß nach Westen nicht über den 20. Grad östlicher Länge auszudehnen, um dem deutschen Protectorat nicht entgegenzuwirken.

Im Kamerungebiet und Togogebiet haben die Bemühungen des Reichskanzlers, die dort interessirten Handelshäuser zur Bildung einer mit localer Verwaltung zu betrauenden Corporation zu bewegen, bisher den gewünschten Erfolg nicht gehabt und es müssen somit die dorthin gesandten kaiserlichen Beamten unmittelbarer in die Regelung der Verhältnisse eingreifen; aber auch hier wird die Bildung eines bureaupratistischen Regiments sorgfältig vermieden. Der Gouverneur ist schon jetzt bemüht, sich in allen Verwaltungsangelegenheiten des Beirathes der in Kamerun ansässigen Kaufleute zu versichern und werden dem Syndicat für Westafrika in Hamburg die für Kamerun und das Togogebiet zu erlassenden Verordnungen, soweit Ent-

fernung und Zeit es möglich machen, regelmäßig zur gutachtlichen Neuherung vorgelegt.

Dagegen konnte sich im verhältnismäßig mächtigsten Bereich der deutschen Schutzgebiete, jenem der Neu-Guinea-Compagnie, welche soeben eine Expedition zur Erforschung des Inneren des Landes ausgerüstet hat, das Reich eines unmittelbaren Eingreifens in die Gestaltung der inneren Verhältnisse bisher enthalten. Dort scheint es von Haus aus thunlich, die Corporationen der Unternehmer selbst mit der politischen und administrativen Organisation der Schutzgebiete nach den vorhandenen Bedürfnissen und, wenn auch unter kaiserlicher Aufsicht, doch nach eigenem Ermessen vorgehen zu lassen. Von dieser Aufsicht einen sparsamen und vorsichtigen Gebrauch zu machen, liegt in der Absicht der Behörden.

In Ausführung des Art. 35 der Congoacte, betreffend den Punkt, daß die Signatarmächte die Verpflichtung anerkennen, in den von ihnen in Besitz genommenen Territorien den Bestand einer hinreichenden Autorität sicherzustellen, welche ausreicht, den Frieden zu wahren, die Achtung der erworbenen Rechte und gegebenenfalls die stipulierte Handelsfreiheit und Freizügigkeit aufrecht zu erhalten, ist dem deutschen Reichstage ein Gesetzentwurf, über die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten, vorgelegt worden, in welchem der deutsche Kaiser im Namen des Reiches nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages verordnet wie folgt:

Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutzgebieten, sowie die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit und die hiebei zur Anwendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes und des Strafrechtes werden durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes geregelt. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen sind dem Reichstage sofort, beziehungsweise bei dessen nächstem Zusammentreten, zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Wir entnehmen der Begründung folgende Bemerkungen: Die unmittelbare Anwendung des deutschen Consulargerichtsbarkeitsgesetzes vom 10. Juli 1879 könnte vielfach zu rechtlichen Zweifeln Anlaß geben und wäre auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht zu empfehlen. Zunächst sind der Consulargerichtsbarkeit nach §. 1 des Gesetzes nur diejenigen Reichsangehörigen und Schutzgenossen unterworfen, welche in dem Gerichtsbezirk wohnen oder sich aufzuhalten. Hienach könnten auch, wenn in den fraglichen Gebieten alle Angehörigen befreundeter Staaten als Schutzgenossen dem Consulargerichtsbarkeitsgesetze unterstellt werden, doch die im Handelsverkehre mit ausländischen

Firmen entstehenden Rechtsstreitigkeiten, für welche an und für sich nach der Civilprozeßordnung der Gerichtsstand der Niederlassung des Vermögensbesitzes, des Erfüllungsortes und so weiter gegeben wäre, vor den Gerichten der Schutzgebiete nicht zum Austrage gebracht werden, sofern der Handlungsinhaber selbst seinen Wohnsitz und Aufenthalt nur außerhalb dieser Gebiete hat, und auch die Erwirkung von Rechten auf Schiffe oder Güter solcher Firmen wäre unter dieser Voraussetzung ausgeschlossen. Eine derartige Beschränkung der Gerichtsbarkeit, welche für die bestehenden Consularjurisdictionsbezirke nach Lage der dortigen Verhältnisse unbedenklich erscheint, würde in den Schutzgebieten nicht ohne empfindliche Beeinträchtigung der Rechte und Interessen deutscher Angehöriger festgehalten werden können. Auf der anderen Seite würde auf dem Boden des Consulargerichtsbarkeitsgesetzes, welches in allen Beziehungen das im Inlande geltende Recht auf die betreffenden Jurisdictionsgesetze überträgt, eine Ordnung der Rechtsverhältnisse der Eingeborenen überhaupt nicht zu ermöglichen sein. Hierach erscheint es angezeigt, die zur Regelung der Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten erforderlichen Bestimmungen durch selbständige Anordnungen zu treffen. Diese Anordnungen können aber nur im Verordnungswege erlassen werden, so weit nicht die Bewilligung von Geldmitteln des Reiches in Frage steht. Auch in den übrigen europäischen Staaten mit Colonialbesitz hat die Rechtsentwicklung fast durchwegs diesen Gang genommen. Das englische Recht hat für die durch Krieg oder Abtretung erworbenen Colonien von jeher die Befugniß der Krone anerkannt, die Gesetzgebung, so weit solchen Colonien nicht eine Repräsentativverfassung gewährt ist, durch orders in council auszuüben. Dieselbe Rechtsanschauung hat später auch für die durch Ansiedelung (occupancy) entstandenen Colonien Geltung erlangt. Durch eine Parlamentsakte vom 11. April 1843 (6 und 7 Vict. ch. XIII) ist der Krone zunächst für die westafrikanischen Ansiedelungen und die Falklandsinseln ein durch orders in council auszuübendes unbeschränktes Recht der Gesetzgebung und Organisation übertragen, und durch eine weitere Acte vom 28. August 1860 (23 und 24 Vict. ch. CXXI) diese Befugniß auf alle übrigen occupancy colonies, so weit sie eine Repräsentativverfassung noch nicht besitzen, ausgedehnt worden. Auch in Frankreich werden die Angelegenheiten der Colonien in der Hauptsache im Verordnungswege geregelt und bildet hiefür die gesetzliche Grundlage das noch gegenwärtig maßgebende Senatusconsult vom 3. Mai 1854, nach welchem die Gesetzgebung in den Colonien durch Decrete des Staatsoberhauptes, und zwar im Allgemeinen ohne jede Beschränkung, ausgeübt werden soll, indem nur für die drei Colonien Guadeloupe, Martinique und Reunion in Bezug

auf einzelne bestimmte Angelegenheiten der Weg des Senatsconsulats vorbehalten blieb. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Portugal, Spanien und Dänemark.

5. Zusammenfassendes Ergebnis.

Wie die Zeit einem ununterbrochenen Strome gleicht, der durch keine scharf abschneidenden Epochen gehemmt und getrennt wird, so folgen sich auch in den rechtlichen Gestaltungen der Jahrhunderte das Antike, Mittelalterliche und Moderne im stetigen Zusammenhange, wie das die Rechtsgeschichte des Colonialwesens besonders augenfällig zeigt.

Als die vorzüglichste, weil natürlichste, Grundlage des Erwerbes von Colonien galt schon im 15. und 16. Jahrhundert die Occupation. Da bei ihr die Besitzergreifung den unmittelbaren und einzigen Entstehungsgrund des Eigenthumes ausmacht und durch die Thatssache der Apprehension das Eigenthum erzeugt wird, ohne daß hiebei an ein derselben vorausgehendes, den Eigenthumserwerb bedingendes Recht gedacht werden könnte, so folgerte man hieraus auch für das Völkerrecht, daß diese Besitzergreifung in sich selbst dazu geeignet sein müsse, die Ausschließung der Disposition Anderer zu begründen, indem sie den zu erwerbenden Gegenstand in vollständiger unzweideutiger Weise in die physische Gewalt des Occupirenden bringt. Da jedoch die Moralgebote forderten, daß diese Gewalt Maß und Begrenzung habe und nicht in Vergewaltigung und Knechtung ausarte und Angesichts der Thatssache, daß die Sucht nach maßloser Bereicherung zu Verbrechen, Grausamkeiten, Treubruch und einen abscheulichen Mißbrauch der Religion geführt hat, war das Einschreiten des Oberhauptes der Kirche kraft seines apostolischen Amtes ein ebenso naheliegendes, wie berufsmäßiges.

Auch darf nicht übersehen werden, daß im 16. Jahrhunderte jene große afrikanische Völkerwanderung ausgebrochen ist, welche aller Wahrscheinlichkeit nach die Vorfahren der Kaffer-, Betschuanen- und Busatostämme nach Südafrika verschlagen und so für die Portugiesen und Spanier neue Anlässe geboten hat, die südwestafrikanische Küste zu befahren, zu erforschen und eine Tätigkeit zu entfalten, welche mit den Kreuzzügen manche Ähnlichkeit aufweist. Ferner war am Ausgange des Mittelalters der römische Primat beinahe ausschließlich im Besitz aller wissenschaftlichen Behelfe zur Schiffahrt, von Seekarten, Beschreibungen ferner Länder, Völker und Sitten, kurz aller damals bekannten Hilfsmittel der Astronomie, Mathematik, Nautik und Kosmographie.

Ein Colonialbesitz galt daher nur dann als echt, wenn er rechtlich wie geographisch die päpstliche Bestätigung erhalten hatte, woraus sich späterhin ein Mandat zur Besitzergreifung und Christianisirung herrenlosen Landes innerhalb gewisser geographischer Zonen ergab. Eine Illustration dieser, den damaligen Verhältnissen angemessenen Völkerrechtspraxis liefern die Urkunden über die denkwürdigen Reisen des aus einer jüdischen Familie stammenden portugiesischen Seefahrers Jakob Cohn (Diego Caon), der mit seinem Genossen Martin Béhaim aus Nürnberg unter Alphons V., genannt der Afrikaner (gestorben 1481), in portugiesische Dienste trat, unter dessen Sohn König Johann II. die Westküste Afrikas erforschte, 1484 die Mündungen des Congoflusses entdeckte, überall, wo er landete, Steinpfeiler mit Inschriften aufrichtete, den König von Taïre bekehrte, den Gökendienst bekämpfte und die ersten Spuren der abendländischen Cultur in den dunklen Welttheil trug. Ihm zu Ehren gab der König seinen Ländereien Bumba, Batba, Sogao und Pemba, sowie auch dem Stromgebiete den Gesamtnamen Congo. Die später nachkommenden Expeditionen verwandelten die Zuneigung der gelehrigen Negerstämme in Abneigung und Hass, so daß sie massenhaft vom Christenthume abstießen und zum alten Fetischdienste zurückkehrten.

Eine weitere, und zwar die bekannteste, Urkunde ist die schon erwähnte Bulle des Papstes Alexander VI. vom 4. Mai 1493 an Ferdinand und Isabella von Spanien, zugleich die Basis des am 7. Juni 1494 zu Tordesillas abgeschlossenen Friedensvertrages, deren entscheidende Stelle lautet: „Damit Euch die große Mühe der Beklehrung der Heiden in den Ländern, die Euch die apostolische Gnade überwiesen hat, erleichtert wird, so verleihen, bewilligen und schreiben wir Euch zu, nicht auf Euer Gesuch, noch auf die Fürsprache eines Anderen, sondern aus eigenem Antriebe, aus freier Entschließung und aus unserer apostolischen Machtvollkommenheit alle diejenigen Inseln und Festländer des Westens und Südens, welche entdeckt und besetzt sind oder noch entdeckt und besetzt werden, und die durch eine Linie geschieden sind, welche von Pol zu Pol geht und von den gemeinhin „Azoren“ und „Cap Verdischen“ genannten Inseln hundert Meilen gegen Westen und Süden absteht. Demgemäß geben, bewilligen und weisen wir Euch zu alle entdeckten und besetzten und noch zu entdeckenden und zu besetzenden Inseln und Festländer, welche von jener Linie gegen Westen und Süden gelegen sind, und die noch nicht von einem anderen christlichen Könige oder Fürsten bis zu dem vorjährigen Geburtstage unseres Herrn und Heilandes, von dem das gegenwärtige Jahr 1493 beginnt, in Wirklichkeit (actualiter) in

Besitz genommen sind. Wofern mithin irgendwelche jener vorbezeichneten Inseln durch Eure Gefandten und Befehlshaber entdeckt sind und werden, sprechen wir sie Euch zu krafft der uns als dem Nachfolger Petri und dem Statthalter Jesu Christi verliehenen Machtvolkommenheit des allmächtigen Gottes mit allen Besitzungen, Städten, Besten, Ortschaften, Gerechtsamen und Rechtsbefugnissen und allem Dazugehörigen, wir geben und verleihen und sichern sie Euch zu und Euren Erben und Nachfolgern, den Königen von Castilien und Aragonien für alle Ewigkeit und machen, trauen und setzen ein Euch und Eure Nachfolger zu Herrschern jener Länder mit der vollen, freien und unbeschränkten Herrlichkeit vermöge unserer Machtvolkommenheit und schiedsrichterlichen Befugniß."

Die im Reformationszeitalter ausgebildete systematische Völkerrechtslehre wirkte dem päpstlichen Bestätigungsrechte entgegen und es gewann die Theorie Anhang, daß bei Colonialgründungen an Stelle der Genehmigung durch die römische Curie die Occupation entweder durch die Flotten- und bewaffnete Schutzarmee, oder durch die Bearbeitung und Anbauung des Bodens, mithin durch wirtschaftliche Ansiedelung legalisiert werde. Dieser Rechtsstiel der Cultivation erlangte besonderes Gewicht, als um die Mitte des 17. Jahrhunderts das physiokratische System, beruhend auf der Grundidee, daß nicht Gold und Silber den Reichtum der Nationen ausmache, sondern der Vorrath an den zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung tauglichen Naturerzeugnissen, die Oberhand gewann. Durch diese für das Colonialwesen höchst fördernde Ausnutzung der Bodencultur begann auch eine neue Epoche in der Thätigkeit der Missionen, welche sich die Bearbeitung von Grund und Boden angelegen sein ließen und zahlreiche Emporien für den Handel mit Colonialproducten geschaffen haben. Die Sendboten des Glaubens wurden zugleich die Pionniere des ökonomischen Fortschrittes, die im Kampfe mit Barbarei und Götzendienst auch den besseren wirtschaftlichen Verfahrensarten Bahn brachen. Das sich die physiokratischen Lehren aneignende Völkerrecht des 18. Jahrhunderts behandelt die Urbarmachung als eine Art der Occupation, ausdrücklich beisfügend, daß es sich dabei nicht so sehr um strenge Rechtsgründe als um ökonomische Billigkeitsgründe handle, in juristischer Beziehung insbesondere auf die Analogien mit der Specification und Commixtion des römischen Rechtes verweisend.

Aber auch was den Erwerb von Colonialgebiet durch Eroberung betrifft, ist im alten Völkerrechte der römisch-rechtliche Grundsatz festgehalten, daß sie ursprünglicher Eigenthumserwerb durch einseitige Besitzergreifung mittelst eines körperlichen Actes

wirklicher Bemächtigung sei, und daß die Occupation der Gebietstheile des Feindes mit jener aller sonstigen herrenlosen Sachen völlig gleichstehe, da der entstandene Krieg den Zustand des Eigenthumes aufhebe und jenen der Herrenlosigkeit an dessen Stelle treten lasse. Hieraus folge, daß der kriegführende Theil sich des Eigenthumes seines Feindes wie eines herrenlosen Gutes bemächtigen könne.

Wurde auch dieser harte Grundsatz, nach welchem „ex bellii jure jus omne commerciorum hostis hosti negat“ und die Einwohner des besetzten Feindeslandes als „iniqui detentores, omni dominii ac possessionis jure carentes“ behandelt wurden, bereits im 17. Jahrhundert unablässig und wirksam bekämpft, so erfuhr er doch im Colonialrechte und uncivilisierten Völkerschaften gegenüber selbst von Seite der Doctrin keine ernste Anfechtung und wir begegnen wiederholt zur Rechtfertigung von offenbarerem Länderraub dem Hinweise auf das Zeugniß des Dionys von Halicarnass (Antiquit. roman. Lib. VIII): Nos certe optimas possessiones ducimus, quibus bello potiti sumus, cum non primi hunc morem invenerimus, sed tam apud Deos, quam apud homines, et tam apud barbaros, quam apud Graecos receptum esse noverimus.

Einigermaßen entschuldigt wird diese Verufung auf das Recht der Gewalt allerdings durch die schlechten Instincte, Grausamkeiten und Bestialitäten, wie man sie an manchen, der Civilisation fast unzugänglichen primitiven Horden beobachtet hat und durch den Cannibalismus, welcher selbst bei domesticirten Rassen wieder hervorbricht. Es sei diesfalls an den bereits erwähnten Vorfall in der Südsee erinnert, wo die Baptistenmission jahrelang die melanesischen Stämme zur Gesittung herangezogen hatte, aber plötzlich von der durch die Zauberer aufgereizten schwarzen Bevölkerung überfallen und unter Brown's Führung zu einem Vernichtungskrieg gegen die „rückfälligen Menschenfresser“ gezwungen war.

Allerdings dürften auch die großen Unterschiede in der Einrichtung und Wirkamkeit der Missionsanstalten an manchen zweifelhaften Resultaten der Bekehrung Schuld tragen. Während z. B. in Australien die Congregationen der Maristen, Lazaristen und Benedictiner den noch vor hundert Jahren ganz in Barbarei und Gökendienst versunkenen Continent einer hochentwickelten Cultur zugeführt und 16 Missionsdiöcesen gegründet haben, will man die Beobachtung machen, daß die in den afrikanischen Missionsanstalten der Baptisten durch Lockmittel oder mit Gewalt zurückgehaltenen Neger nach ihrer Entlassung leicht wieder in ihre alten Laster verfallen, oder, wie an der

Ostküste Afrikas, zum Islam überreten und sich für Christen nur dann ausgeben, wenn es ihnen gerade paßt. Auch stimmen auffälligerweise die Forschungsreisenden in der Wahrnehmung überein, daß im Bereich der englischen Missionen die Bewohner mißtrauischer, habfütigter und unzuverlässiger sind als die Negerstämme der noch unerforschten Gegenden.

Dennoch scheint es voreilig, über die christlichen Missionen in Afrika und in der Südsee den Stab zu brechen, unter dem Hinweise, daß es in dieser Frage überhaupt nur zwei Möglichkeiten gäbe: die vollständige Verschmelzung der barbarischen Rassen mit den Einwanderern, oder deren siegreicher Widerstand gegen alle missionären Einwirkungen. Gerade das Beispiel Australiens zeigt den ideellen Nutzen der christlichen Cultur durch die sittliche Gestaltung der Familie und Gemeinde, wie nicht minder durch die materiellen Erfolge der Bodencultur.

Ein ähnliches Bewandtniß hat es mit der Unterwerfung der Naturvölker und ihrer Häuplinge unter eine europäische Schutzmacht.

Daß einem Volle oder Volksstamme das Recht zusteht, sich ausdrücklich oder stillschweigend einer fremden Herrschaft zu unterwerfen, um einer drohenden oder bereits eingerissenen Anarchie zu begegnen, ist ein völkerrechtlich unbestrittener Grundsatz. Man findet ihn besonders gut bei Ch. Wolf und L. Klüber entwickelt, denen es nicht zweifelhaft erscheint, daß bei vollständiger Erschütterung der Regierungsgewalt und der gesellschaftlichen Ordnung den Staatsgenossen die Befugniß zustehe, zur Erhaltung des eigenen Rechts- und Besitzstandes, und wohl auch, unwiderstehlicher Gewalt nachgebend, das Herrscherrecht Dessenigen anzuerkennen, der sich thatfächlich im Besitze der Macht befindet und Ordnung schafft.

Allein man weiß, wie bei den ganz unselbständigen, durch ihre Bekanntheit mit den Reizmitteln der Civilisation zudem verderbten Häuplingen mit größter Leichtigkeit derartige Kundgebungen in Scene zu setzen sind, so daß sie nicht einmal den zweifelhaften Werth der modernen Plebiscite beanspruchen können. Dasjenige, was das ältere Völkerrecht über die Zulässigkeit einer prorogatio imperii im Sinne des Sazes sagt, daß Volksstimme Gottesstimme sei, paßt auf die dermaligen Colonialverhältnisse höchst unvollkommen, da die beiden Voraussetzungen fehlen: die von der Bevölkerung erkannte unabweisbare Nothwendigkeit, ihren Rechtszustand zu vertheidigen, und die spontane, unbeeinflußte Art der Kundgabe dieser Überzeugung. Denn so oft solche Bitten und Anträge auf Incorporation erfolgen, sind sie regelmäßig die Symptome geheimer Intrigen, daher auch selten ernst und aufrichtig gemeint.

Auch die Verträge mit den Negerstämmen und ihren Häuptlingen, die Abmachungen derselben bei ihren „Palavers“ (von dem Spanischen *palabra*) können nicht als Ausdruck freier Willensäußerung und lebendigen Rechtsbewußtheins angesehen werden. Sie beruhen bei der vollständigen Trübung der Rechtsverhältnisse nicht einmal mehr auf einer *Lex nata*, das ist der vernünftigen Vorstellung von Recht und Unrecht, sind ohne Bürgschaften, Geiseln und beständige Einschüchterung wertlos und, wosfern es sich um Vermögensobjekte handelt, geradezu gefährlich, da sich der Neger um den Grundsatz: daß Niemand mehr Rechte auf einen Anderen übertragen kann als er selbst hat, nicht kümmert.

So bleibt denn unter den Rechtstiteln des alten Völkerrechtes, betreffend den Colonialerwerb, abgesehen von der Occupation und dem Rechte der ersten Cultivirung, das freiwillige Protectorat der hervorragendste. Ohne in die Prüfung der inneren Motive für die Ausübung einer Schutzmacht einzugehen, wird die Thatsache als solche respectirt, wie denn überhaupt im Völkerrechte die vollendeten Thatsachen schwer wiegen. Bei der Anerkennung der Kriegseroberung wie des Protectorates fragt es sich um die Machtthatsache der Erwerbungen (*validité des acquisitions*) und um die Statthaftigkeit der zur Anwendung gelangten Mittel (*legitimité des moyens*), wie das v. Battel (*droit des gens*, Lib. III) philosophisch wie casuistisch begründet, weil das Völkerrecht keinen Beruf haben kann, in die Motive der Handlungen einzudringen.

Allein die Thatsache der Erwerbung eines Protectorates reicht nicht zu, wosfern es nicht durch dauernde Institutionen sichergestellt wird.

Diese Sicherstellung erfolgt durch Einsetzung einer Obrigkeit und geregelten Gerichtsbarkeit. Auch in den überseelichen Colonialgebieten des Deutschen Reiches handelt es sich nunmehr darum, einerseits die kaufmännische Colonialpolitik, deren oberster Zweck zu allen Zeiten die wirtschaftliche Ausnützung der Schutzgebiete war, in den Schranken des humanen und legalen Vorgehens zu erhalten, und andererseits die Rechtsgebräuche der Naturvölker, das Gesetz der Wildnis, allmählig durch die europäischen Rechtseinrichtungen zu ersetzen. Dazu bedarf es vor Allem der Ausrottung des Fetischdienstes und seiner wahnwitzigen Mysterien. Jeder Anhänger derselben versiert sich seine Gottheit, den Fetisch, als das Symbol seiner verborgnensten Pläne und Absichten, selber. Wer die Kraft und die Geschmeidigkeit anstrebt, wählt den Tigerzahn und die Tigertralle; wer die Schnellfüßigkeit und Behendigkeit, das Horn der Antilope; wer auf Schleichwegen in List und Verschlagen-

heit sein Heil sucht, Schnauze und Schweif der Buschfaz; wer ein großer Jäger werden will, vergiftete Pfeile oder Eisensteine; wer dem Fischfang obliegt, einen Reiher Schnabel; wer im Kampfe gegen Krankheiten, Nachstellungen gefeit sein will, Beutestücke oder Gliedmaßen erschlagener Feinde. Hier ist der Punkt, wo der Fetischdienst furchtbare Entartungen bewirkt und offenbar die Menschenschlächterei und Anthropophagie im Gefolge hat. Seinen Fetisch trägt Jeder insgeheim bei sich, hält ihn verborgen und ist von den guten wie bösen Wirkungen desselben fest überzeugt. Dieser Wahn erzeugt die Neigung zum Diebstahl, zur Lücke und Verschlagenheit, er erklärt die Beharrlichkeit im Leugnen, die Verstocktheit der Neger und die Wirkungslosigkeit jeder moralischen Bestrafung.

Die Fetischpriester betreiben das Geschäft der Giftmischerei mit meisterhafter Geschicklichkeit. Man behauptet, daß sie aus Alligatorgalle, dem hauptsächlichsten Bestandtheile aller Negergifte, aus Strychnin und der feingehackten, glasartigen Faser des Bambusrohres plötzlich wirkende, wie auch schleichende Gifte herzustellen vermögen. Massengiftmorde bei Streitigkeiten der Eingeborenen untereinander gehören nicht zu den Seltenheiten. Auch aus Gewinnsucht, um sich fremder Kleider, Waffen oder Habseligkeiten zu bemächtigen, kommen Giftmorde vor.

Greift der Neger dem Weissen gegenüber zu dem äußersten Mittel der Vergiftung, so handelt es sich entweder um Frauen, oder um schwere Beleidigung, in welchem Falle eine Bestechung der Könige nichts Seltenes ist.

Wie groß auch die Rolle ist, welche in Afrika das Gift spielt, so bleiben doch fast alle diese Unthaten unbestraft. Tötungen und Verwundungen der Stammesangehörigen untereinander werden durch eine Art Wehrgeld oder Buße gesühnt; von Auswärtigen an Stammesgenossen verübt, fordern sie Blutrache heraus, welche auf einem Palaver der Häuptlinge bei viel Lärm, Streit und Branntweingenuss beschlossen wird und manchmal zu erbitterten Kriegszügen und Repressalien zwischen den Nachbarn führt. Wird ein Schwarzer bei der Ausübung eines Verbrechens getötet oder stirbt er in Folge einer über ihn verhängten Züchtigung, so wird der Leichnam mitsamt den vom Verbrechen herrührenden Gegenständen öffentlich ausgestellt und ein Häuptling mit seinen Genossen zur Constatirung des Falles herbeigerufen. Man bemerkt hier eine Ähnlichkeit mit der Zürk des Coroners im englischen Gerichtsverfahren, wie denn überhaupt solche Anklänge, z. B. betreffs der reisenden Richter (justiciarii itinerantes, justices en eyre), ein Geschäft, dem sich die Consuln zum Zwecke der Vermittelung zumeist mit Erfolg unterziehen, bemerkbar sind. Die meisten Anlässe zu

Streitigkeiten gibt der Weiberraub oder die Nichtaussieferung entlaufener Frauen.

Die Weiber werden von den Männern, je nach Alter, Gestalt und Aussehen, zu oft ziemlich hohen Preisen gekauft oder eingetauscht, versehen alle häuslichen Dienste in den Negeransiedelungen und bringen die Producte, welche die Männer auf den Jagdpfaden, durch Fischfang, Fehlung und Viehzucht sammeln, auf die Negermärkte. Das Weib wird nicht gerade schonend behandelt, weshalb es nicht selten davonläuft und in einem anderen Dorfe mit offenen Armen aufgenommen wird. Scheint ihm die Flucht ohne Beistand zu gefährlich, so lässt es sich entführen. In beiden Fällen sucht nun der Verlassene oder Veraubte das Weib wieder in seine Gewalt zu bringen oder doch eine ihrem Kaufpreis entsprechende Entschädigung, sowie ein Aufgeld für seine Bemühungen zu erlangen. Wird beides verweigert, was in der Regel der Fall ist, so kommt es ohne Vermittelung eines Weisen oder Oberhäuptlings meistens zum Krieg und jedes Opfer von der einen Seite fordert ein neues von der anderen. Bosheit und bösartige Grausamkeit, wie man sie an den Indianerstämmen bemerkt hat, sind den Negern nicht eigen, aber auch kein Gefühl, keine Sympathie für fremde Leiden. Diese Gefühlslosigkeit und Apathie werden gleichfalls durch den Fatalismus des Fetischcultus erklärt.

Als Strafmittel sind in den afrikanischen Küstengebieten Tod, Verkauf in die Sklaverei und körperliche Züchtigung die gebräuchlichsten. Prügel sind diejenige Strafe, die von dem Neger, ohne ihm irgendwie dauernd zu schaden, am meisten gefürchtet sind. Doch ziehen es die Europäer vor, diese Strafe von den einheimischen Häuptlingen vollziehen zu lassen, welche sich gegen ein Geschenk dieser Dienstleistung gern unterziehen. Tötung oder Verkauf in die Knechtschaft sind Strafen, welche im Rathe der Häuptlinge verhängt werden, ebenso die Fülle, in welchen wegen Spielschulden oder anderweitigen Verbindlichkeiten zum Pfand eingesetzte Mitglieder der Familie in die Sklaverei verkauft werden sollen.

Streitigkeiten zwischen Europäern und Eingeborenen werden meistens durch Vergleich unter Intervention der Consuln oder commerciellen Agenten beigelegt. Bisweilen haben sich die Könige eine Gerichtsbarkeit auch über die Weisen anzumaßen versucht, ohne daß diese jemals anerkannt worden wäre.

Auch im bürgerlichen und commerciellen Verkehre unter den Negervölkern sind manche Eigenthümlichkeiten bemerkenswerth. So das Verbot der Ausfuhr von Fahrhabe aus der Dorfschaft, oder doch die Leistung von Abfahrtsgeldern, natürlich in Güterwerth, während man Waaren in unbeschränkter

Menge zuführen darf; ferner die Mitgabe des Stockes und Speeres des Händlings zur Beglaubigung seiner Sendboten.

In ähnlicher Weise geben Kaufleute einem Boten den eigenen Stab mit. Diese Sitte erinnert an das Parlamentiren im Kriege und steht im Togoland und im Königreich Dahomey noch in voller Uebung. In dieser Despotie, in welcher in der That eine Amazonengarde bestehen soll, welche den Beherrschter eifersüchtig bewacht und ihn verhindert, seine Residenz Abomeh zu verlassen, herrschen ganz eigenhümliche Rechtszustände, welche uns der englische Consul Burton in seinem werthvollen Werke „A Mission to Dahomy“ in höchst belehrende Weise schildert.

Wie primitiv nun auch die Verwaltung in diesen an den aristotelischen Naturstaat erinnernden Thranneien ist, in denen noch der natürliche Trieb oder Instinct, und nicht ein mit Freiheit gewählter und verfolgter Zweck vorherrscht, so dürfte sie, nach dem übereinstimmenden Zeugnisse der Afrikaforscher, noch immer jenem zwitterhaften Zustande vorzuziehen sein, welcher durch das System der englischen Colonialpolitik hervorgerufen worden ist, indem man moderne Institutionen in diese patriarchalischen Staatengebilde hineingetragen hat, bevor sich ein politisches Bewußtsein in denselben entwickelt hat und die erste Bildungsstufe der Gesittung erreicht worden ist.

Eine hiemit übereinstimmende Schilderung der Rechts- und Sittenzustände bei den Congovölkern enthält auch Johnston's Reisebericht (1884):

Der Stamm, der einst der herrschende im ganzen Congo-Becken war, ist der Stamm der Bakongo; sie gründeten das Königreich, welches zur Zeit der Entdeckung durch die Portugiesen 1484 auf dem Gipfel seiner Macht stand und dessen Könige weit über die Grenzen des Congogebietes herrschten. Die Bakongo sind von Charakter träge, wankelmüthig und sinnlich. Sie verabscheuen in der Regel das Blutvergießen und sind selten grausam. Werden aber ihre Leidenschaften wegen Zauberei oder wegen schwerer Beleidigung erregt, so wird daselbe Volk, das in ruhigen Augenblicken davor zurückshaudert, einem Freunde oder Nachbar die Haut zu rägen, in ausgelassenem Jubel um den Scheiterhaufen eines der Zauberei überführten Freundes tanzen und jauchzen, ihn lebendig rösten zu sehen.

Wie alle phantastischen Völker, führen auch diese Stämme Krankheiten, so wie alle sichtlich wirkenden Naturkräfte auf den Einfluß übernatürlicher Geister oder Dämonen zurück. Daher beschränkt sich die Heilkunst nicht auf Verabreichung von Mixturen und Pulvern, sondern nimmt besonders auf Opfergaben Rücksicht, um mit diesen die übelwollenden Geister zu versöhnen.

Das tägliche Leben dieses Volkes ist von einer erschreckenden Einförmigkeit. Mit Jagd und Fischerei vertreiben sich die Männer die Zeit, mit dem Zubereiten der Speisen, mit Kinderpflege und dem Bestellen der Felder verbringen die Weiber den Tag. Um Mittag ruhen Alle im Schatten der Verandas, rauchen Tabak oder bringen die schwülten Stunden des Tages mit Spiel, Puz und Geplauder zu. Des Abends wird Palmwein getrunken und in Ermangelung anderen Zeitvertreibes — wie z. B. das Verbrennen einer der Zauberei angestellten Person — bis in die späte Nacht hinein getanzt.

Von diesen Bakongovölkern unterscheiden sich wesentlich die Völker am oberen Congo, welche als reine „Bantu“ oder Stammneger den anderen ungemischten Rassen desselben Grundstockes am Tanganhila- und Nyassasee gleichen. Die oberen Congovölker, die Bateke, Bajansi und Wabuma, zeigen aber neben vielen körperlichen Unterschieden einen gutmütigeren, leichteren und bildsameren Sinn als die Bakongo. Ihre Vorliebe für Farben und Musik geht Hand in Hand mit einer gewissen Poesie ihrer Gefühle, welche ihre Liebe veredelt und erhöht. Der Mangel eines selbstquälischen Aberglaubens verhüttet das Vorkommen des Gottesgerichtes wegen Zauberei. Scheidet eine Person von Mängel aus dem Leben, so wird sie unter der Hütte, in der sie lebte, begraben und diese verlassen; in das Grab werden Tücher, Perlen, Teller, Messer u. s. w. hineingelegt, damit der Verstorbene sein neues Leben beginnen könne. In ihrer naiven Auffassung zerbrechen sie gewöhnlich die Teller, die Messer werden krumm gebogen, um sie zu „tödten“, damit sie auch „sterben“ und so in das Reich der Geister übergehen. Die Leiche eines großen Händlers wird auf vier oder mehr Sklaven gelegt, die zwar nicht lebendig begraben, sondern vorher — gehenkt werden. Nach dem Tode eines verheirateten Mannes wird seine Witwe in dem Hause, unter welchem er begraben liegt, für eine Zeit von fünfzig Tagen eingeschlossen.

Aus diesen Schilderungen geht hervor, daß nirgends unvermittelte Übergänge schädlicher wirken, wie im Colonialwesen, und eine überstürzte, wenn auch noch so wohlgemeinte „Culturtträgerei“ zur Vernichtung der entwicklungsfähigen Keime der Rechtsbildung führt, bevor noch an deren Stelle etwas Besseres gesetzt worden ist. Man begreift es daher, wenn der Afrikaforscher Hugo Böllner berichtet, daß die rudimentären Rechtsverhältnisse in den ehemals herrenlosen Territorien noch immer besser gewesen seien, wie in den civilisierten Schutzgebieten. Denn das, was man an der Goldküste in dieser Beziehung zu Tage gefördert hat, sei ein Hohn auf jedes Rechtsgefühl.

Die Gleichberechtigung der Schwarzen mit den Weissen erscheine als Fiction, welche zur Folge hat, daß von Officanten, welche an die Westküste gesendet werden, wie die Proconsuln der Römer in die auszuhängenden Provinzen, die Schwarzen nicht wie die Weissen, dafür aber die Weissen ebenso schlecht wie die Schwarzen behandelt werden.

Was von der Civilisation gerühmt wird, erscheine im rechten Lichte nur zu oft als heuchlerische Schminke einer rentenlüsternen Speculation, als Entnervung und Erschlaffung der Naturvölker zum Zwecke ihrer wirthschaftlichen Ausbeutung . . .

So wird es immer klarer, daß den sanftesten Übergang zur allmählichen Gesättigung und Verbreitung besserer Rechtsgrund-sätze doch nur die Missionen bewerkstelligen können, als Pflanzschulen der moralischen Erziehung und Veredelung. Sie in Bausch und Bogen zu verwerten, wäre ein großes Unrecht und eine noch gräßere Schädigung der durch diese Institutionen geförderten Colonialinteressen.

Es ist zu erwarten, daß das Deutsche Reich in richtiger Erkenntniß der geschichtlichen Thatsache, daß die Missionswerke dem Colonisationswerk die Wege geebnet haben, auf dieser Bahn der Cultivation beharrlich forschreiten werde.

In Folge der Ausbildung des See- und Colonialrechtes ist die Bekämpfung der Sklaverei eine der wichtigsten Fragen des internationalen Rechtes geworden.

Man erklärt das Sklaventhum durch die Herrschaft des Stärkeren über den Schwächeren, durch den Hinweis auf die ursprünglichsten Beweggründe des Krieges, Weiber zu gewinnen, und Knechte für die verschiedenen Käntirungen und Hausbedürfnisse, die nach der Auffassung der Völker des Alterthumes eines freien Mannes unwürdig waren. Selbst Aristoteles war fest überzeugt, daß die Sklavenarbeit nicht früher aufhören würde, bis nicht das Weberschiffchen von selber geht und das Boot des Ruderers entrathen kann. Auch in Rom hieß man die Sklaverei der Kriegsgefangenen und Unterjochten für etwas Selbstverständliches. Einem Kriegsgefangenen wurde die Qualität des Rechtssubjectes überhaupt und vollständig benommen, er ging in das volle Eigenthum des Occupirenden über mit allen seinen Rechten, selbst seinen Forderungsrechten. Mit dieser Art der Occupation von Personen hat jedoch das Mittelalter unter dem Einflusse des Christenthumes vollständig gebrochen. Allerdings nicht auf einmal, sondern allmählig finden wir das Los der Kriegsgefangenen erleichtert, namentlich durch den Rechtsatz, daß die Gefangennahme nur eine Bemächtigung der Person, nicht aber ihrer Rechte sei, daß der Loskauf gestattet und die eigenmächtige Befreiung ohne Anwendung von Gewalt

oder Treubruch für straflos erklärt wurde. Allerdings waren in den Türkentrieben Repressalien unvermeidlich. Denn da die Sarazenen die gefangenen Kreuzfahrer der härtesten Sklaverei zuführten, empfand es die abendländische Christenheit nur als gerecht, wenn die gefangenen Ungläubigen als Galeerensträflinge im Mittelmeeren Meere Zwangsdienste thaten. Da gegen besaß die Leibeigenschaft und Hörigkeit der an die Scholle gefesselten Hörigen im germanischen Volksthume nicht die Härten der Sklaverei, wohl aber die nach der Entdeckung von Amerika den Indianerstämmen durch die Conquistadoren aufgezwungene Knechtschaft voll blutiger Gräuel. Da in Folge der harten Arbeit und unmenschlichen Behandlung eine große Sterblichkeit unter den Eingeborenen eingerissen war, holten sich die goldgierigen Colonisatoren aus Afrika, wo an der Küste von Neu-Guinea schon vor Columbus der Sklavenhandel in Blüthe stand, neue Nachschüsse. England ließ bekanntlich im Utrechter Frieden 1713 einer einheimischen Handelscompagnie das Recht zusprechen, jährlich 48.000 Neger-Slaven in die spanischen Colonien zu verfrachten und hielt an diesem Monopol des berüchtigten Affiento-Vertrages bis zum Jahre 1750 fest. Der französische Nationalconvent erklärte 1794, daß die Lust frei und die Hautfarbe zwischen Bürgern keinen Unterschied mache. Allein diese überstürzte Maßregel rief in den Colonien die größte Verwirrung hervor und wurde unter dem Consulat Napoleon I. widerrufen.

Nachdem die Großmächte auf dem Wiener Congresse 1815 die Sklaverei feierlich verurtheilt und sich zur Unterdrückung derselben wechselseitig verpflichtet hatten, legte England, das schon 1806 die Küste von Algier wegen Menschenraub bombardirt hatte, einen besonderen Eifer in dieser Frage an den Tag, aber nicht ohne kluge Bedachtnahme auf seinen Vortheil, indem es ein unbeschränktes Durchsuchungsrecht der Seefahrzeuge (Right of Search) als die nothwendige Voraussetzung einer wirklichen Bekämpfung der Sklaverei erklärte.

Von diesem Zeitpunkte an wurde der philanthropische Charakter der Sklavenfrage durch den politischen merklich verdunkelt. Das zeigte sich bereits auf dem Congresse von Aachen 1818, wo Lord Castlereagh's Vorschlag, den Sklavenhandel wie Seeraub zu verfolgen und das Recht der Durchsuchung und Wegnahme allgemein einzuführen, abgelehnt wurde, und auf jenem von Verona 1822, wo der Antrag Lord Canning's, die Einfuhr aller Colonialwaaren aus Überseeländern, wo Sklavenhandel besteht, unbedingt zu verhindern, offenem Misstrauen begegnete. Man ließ es daher bei Specialverträgen bewenden und gab sich mit dem Erfolge zufrieden, daß in den neueren

Strafgesetzen die Behandlung eines Menschen als Sklaven als Verbrechen erklärt wurde, sei es durch Verhinderung desselben am Gebrauche seiner persönlichen Freiheit, sei es durch Veräußerung eines Sklaven im In- oder Auslande, sei es durch Verfrachtung eines oder mehrerer Sklaven oder Auslieferung derselben in die Gewalt ihrer Verfolger. Auch soll Derjenige, welcher eine derartige Handlung aus Bosheit zu verhindern unterläßt, als Mitzschuldiger bestraft werden.

Als das Werk wahrhaft edler Menschenliebe, durch die sich namentlich der das Christenthum in seiner ganzen Tiefe und Fülle betätigende Wilberforce einen unvergänglichen Namen gemacht hat, ist die Parlamentsacte 3, 4: Wil. IV, vom 28. August 1833 hervorzuheben. Sie sollte im Londoner Vertrage vom 20. December 1841 zu einer allgemeinen Vereinbarung unter den Großmächten führen, ein Ansinnen, welches Frankreich nicht genehm war, wiewohl es in der Sache selbst zustimmte.

In dem Maße, in welchem es gelungen ist, die Unmenschlichkeit des Sklavenhandels einzudämmen, kam ein anderer, nicht minder verabscheuenswerther in Schwung: der Kulthandel. In großer Zahl brachten Mäkler ostindische Lohnarbeiter und Chinesen durch gewaltfamen oder heimtückischen Menschenraub auf ihre Schiffe, um sie zunächst nach dem holländischen Macao, dem Stapelplatz dieses verdächtigen Handels, zu bringen und von dort aus in die Zuckerplantagen der Antillen, in die Guanofelder von Peru, oder in die Bleibergwerke von Mexico. Da die Planzer die ihnen eigenthümlich gehörigen Sklaven schonen, wird die gelbe Race um so rücksichtsloser ausgenützt und man haftet diese Miethlinge um so mehr, weil sie allenthalben die Lohnpreise herabdrücken, durch unermüdliche Emsigkeit, beispiellose Genügsamkeit und unverwüstlichen Gleichmuth jede Concurrenz besiegend.

Die Hindernisse, die man ihrer wirthschaftlichen Selbständigkeit in den Weg legt, die drakonischen Gesetze gegen die Einwanderung, die Härte, mit welcher ungeachtet der Verträge Englands mit Frankreich 1860, mit Portugal 1868, mit Holland 1870 über die Behandlung von Kulis und Chinesen, dieselben unterdrückt werden, sind bisher wirkungslos geblieben.

Noch in frischer Erinnerung ist der große amerikanische Bürgerkrieg 1861 zwischen den Nordstaaten und den für die Beibehaltung der Sklavenarbeit entschlossenen sechs conföderirten Südstaaten, welcher 1865 mit der Anerkennung der politischen Rechte aller Angehörigen der Vereinigten Staaten ohne Unterschied der Abstammung endete.

Sklavenmärkte und Auctionen gibt es allerdings nicht mehr, aber die Sklavenagenturen sind darum doch nicht ver-

schwunden, wie die maskirten Verkaufsanzeigen in südamerikanischen Handelsjournalen und die behördlichen Feilbietungen von Sklaven im Executionswege zeigen.

Um so dankenswerther ist der hochherzige Act des Kaisers von Brasilien, welcher das Parlament im Herbst 1885 zu einer außerordentlichen Session einberief, um einen Beschlüß über die gänzliche Aufhebung der Sklaverei zu fassen und die Maßregeln zu berathen, unter denen die Sklavenemancipation ohne empfindliche Hemmung der nationalen Production durchgeführt werden kann.

Wegen gänzlicher Unterdrückung des Sklavenhandels an den afrikanischen Küsten wurde im Jänner 1880 zwischen England und der Pforte eine Convention abgeschlossen. Ueber den wahren Sachverhalt gibt eine im Blaubuche mitgetheilte Depesche Sir Barings an Lord Granville Auskunft, in welcher versichert wird, daß die Sklaverei im Sudan weder durch einen Befehl des Khedive, noch durch einen Staatsvertrag abzuschaffen sei, da sie nicht auf Grund von Landesgesetzen, sondern zufolge des Mahomedanismus bestehe. In einem beigegebenen Berichte des Sir Maxwell wird mitgetheilt, daß viele Sklaven, welche in der Lage wären, sich loszu kaufen und früher auch ausgiebigen Gebrauch hiervon gemacht haben, bei den unablässigen Kämpfen, Plünderungen und Kriegsschrecken, die Sklaverei dem Untergange durch Hunger, Elend und Siechthum vorziehen. So sei es zu erklären, daß man sich in England über die Fortdauer der Sklaverei in einem unter britischer Controle stehenden Länderebiete entrüstet zeigt, während gerade diese Controle einen Zustand der Barbarei und Unsicherheit verursacht hat, in welchem die Sklaverei dem Sklaven noch als eine Wohlthat erscheint.

Der genannte Sir Baring erwarb sich im Vereine mit opferwilligen Menschenfreunden durch Errichtung eines Asyls für freigelassene Sklavinnen in Kairo ein großes Verdienst, da viele dieser Unglücklichen ihre Freilassung darum nicht anstreben, weil sie ihr Leben zu fristen nicht im Stande sind.

Mit der größten Entschiedenheit bekämpften auch zwei Österreicher den Sklavenhandel, der Afrikaforscher Ernst Marno, Gouverneur der südägyptischen Provinz Galabat († 1883), und der so vielfach hervorragende Consul Hansal in Chartum, der während des Mahdiaufstandes von den Sklavenhändlern getötet wurde. Leider ist mit ihm auch das reichhaltige Consulatsarchiv, welches wertvolle Aufschlüsse über das Sklavenkapitel gegeben haben würde, zu Grunde gegangen. So viel ist jedoch sicher, daß beide Fachmänner darin übereinstimmten, man solle den Negern zuerst Dinge beibringen, deren Nützlichkeit ihnen bald

einleuchtet, um in solcher Weise zuerst ihr Misstrauen und ihre angeborene Indolenz zu überwinden und sie allmählig für moralische Eindrücke empfänglich zu machen.

Großes Aufsehen hat im Februar 1884 die Proclamation des Generals Gordon hervorgerufen, in welcher er den Anhängern des falschen Propheten eine gewisse Toleranz in Sachen der Sklaverei in Aussicht stellte. Zur Rechtfertigung dieses vielgetadelten Schrittes veröffentlichte die "Times" nach dem Tode des tapferen Generals eine Erklärung, in welcher es heißt: "Was die Sklaverei anbelangt, so war Niemand aufrichtiger und gründlicher in ihrer Verabscheuung als General Gordon; aber Niemand bereiter, Thatsachen anzuerkennen und dieselben, unbekümmert um rein sentimentale Rücksichten, praktisch zu verwerten. Er hat stets behauptet, daß es unmöglich sei, den Handel durch Operationen im Sudan zu unterdrücken. Solche Versuche hatten immer zwei Wirkungen: erstens den Handel schwieriger und folglich grausamer für dessen Opfer zu gestalten; zweitens ewige Kriege im Sudan zu verursachen. Das einzige Heilmittel würde sein, selbst wenn das Territorium sich unter englischer Herrschaft befände, den Begehr nach Sklaven durch Abschaffung der Sklavenmärkte in der Türkei und Ägypten zu unterdrücken. Nachdem England den Sudan preisgegeben hat, begnügte General Gordon sich mit der Räthlichkeit, den Einwohnern desselben Selbstregierung zu gestatten. Dieses Zugeständnis involvierte eine Fortdauer des Sklavenhandels. Hätte der General durch irgend ein Opfer die Sklaverei abschaffen können, würde er dies sicher gethan haben. Allein da er einsah, daß er in diesem Punkte ohnmächtig war und daß die Sklaverei fortduern müßte, ist er intelligent genug gewesen, die Nothwendigkeit als ein Zugeständnis erscheinen zu lassen, wodurch er die Hauptursache des Erfolges des Mahdi zu schwächen und seinen zweiten Zweck, die Pacification des Sudans, zu erreichen hoffte."

Auf der Berliner Conferenz trat besonders Stanley als Belastungszeuge gegen die Unthaten der Sklavenjäger in Westafrika auf. Seine Mittheilungen über das verrückte Treiben arabischer Menschenhändler, welche die Vegetation vernichteten, die Dorfschaften niederbrannten, die Männer tödten, die Weiber und Kinder in die Sklaverei schleppten, haben nicht verfehlt, einen tiefen Eindruck zu machen. Ehe das Jahrhundert zu Ende geht, dürften wohl diese Unthaten der Geschichte angehören.

Allein was die Sklavenarbeit betrifft, hat sich Stanley selbst bemüht gesehen, als Träger und Werkarbeiter Sklaven anzuschaffen, da die Negerstämme freiwillige Arbeit überhaupt nicht, oder nur gegen unverhältnismäßige Forderungen leisten.

Wie die Gleichungen gegen Krankengesetze oder Mängel
höhe Entschädigungen verhältnißiger Natur, die Unbedenkbarmkeit mit
den Betriebsverlusten und verlorenen Leidern, welche im Gefolge
der Erkrankungen in viele Verheerungen ausüben, sind Gründe
für das Gleichsetzen der Leidensvorzüge bei den Bildern.

Unter werden der frühe Eintritt des reifen Alters bei den Läden, die reiche Entwicklung des Nachstehens und der Struktur, welche freis am Kosten der Plastizität und Detailsäubigung erzielt, als Hindernisse ihrer Gewöhnung zur Arbeit, besonders zum Landbau, bezeichnet.

Allerdings bewirkt die Besiedeltheit der körperlichen Ausbildung eine Besiedeltheit der Arbeitsbefähigung und Arbeitsneigung. So werden nun unter den zahlreichen Stämmen, die man vom Conzo hinauf bis zum Aequator antrifft, die Kafongs, die Kru- und Akkaleute als willig, gelehrig und arbeitsam geschildert. Diese Stämme wandern mit besonderer Vorliebe in die Colonien der Europäer, treten zu den Factoreien in ein Verhältnis auf bestimmte Zeit, welches allerdings eine ausgedehnte Kuchtgewalt über dieselben gestattet, ohne daß sie, Widerstand leisten würden. Denn sie wissen sehr wohl, daß sie landeinwärts entfliehend, binnen kürzester Zeit eingefangen und als Sklaven verlaufen würden, während sie, nach Ablauf der Dienstzeit in größerer Zahl heimkehrend, zu Hause ihren Verdienst sorglos

verzehren können. Ein weiterer Grund, weshalb eine dem Colonatsverhältnisse ähnliche Zwangarbeit farbiger Arbeiter nicht zu entbehren ist, liegt auch darin, daß die meisten afrikanischen Schutzgebiete zu jenen Landstrichen gehören, deren Klima die weiße Arbeit nicht zuläßt. Unter heißen Himmelsstrichen verhindert, selbst zu arbeiten, muß der Europäer arbeiten lassen, was Capital und Credit voraussetzt. Als Arbeitsunternehmer ist er genötigt, die Pflanzungen durch einheimische, gegen die afrikanische Tropen-sonne abgehärtete Arbeiter bestellen zu lassen und die auf den Plantagen vorhandenen oder angekauften Sklaven im Verhältnisse des Dienstzwanges zu erhalten, da der Neger die Freiheit, als Freibrief auffaßt, sich allen Genüssen und Bequemlichkeiten der Weißen hinzugeben, ohne für die Tugenden eines freien Mannes ein Verständniß zu besitzen. Einer vernünftigen Behandlung wird es indessen gelingen, das jede Thätigkeit lähmende Unlustgefühl der Negervölker in Wohlgefallen an der Arbeit zu verwandeln, wofür man nur auf ihre Lebensführung Rücksicht nimmt und nicht auf einmal zu viel verlangt. Roheit und Unvernunft können da Manches verderben. Männer, die Thaikraft mit Milde und Einsicht verbinden, haben im Verkehre mit den Schwarzen in kurzer Zeit culturelle Erfolge erzielt, während unter unsoliden Abenteurern wieder Alles in Unordnung und Verfall gerathen ist.

Gewiß ist es eine edle Frucht der gegenwärtigen Colonialbewegung, daß die energische Bekämpfung des Negerhandels zu Land und zur See, das Verbot aller Transitwege für den Menschenhandel und die Abschaffung aller offenen und heimlichen Sklavenmärkte als internationale Pflicht der europäischen Mächte abermals declarirt und anerkannt worden ist.

Um Mißverständnissen und Contestationen vorzubeugen, welche der Erwerb von Colonialbesitz in Unbetracht der schwierigen Rechtsfrage leicht hervorrufen kann, sowie allgemeine Entwicklung unter den Seemächten hintanzuhalten, soll die Berufung, wenn nicht zum Schiedsspruch, so doch zur Mediation durch positive, wo möglich vertragsmäßige Vereinbarungen sichergestellt werden. Sagt doch schon im Alterthume Quintilian (Instit. orator. V. 10): Dicamus in primis, in eo, quod in judicium deduci potest, nihil valere jus belli.

Mannigfach sind die Mittel, durch welche das moderne Völkerrecht entstandene Differenzen zwischen Staaten beizulegen sucht. Ein erster und entferntester Schritt ist die freundschaftliche Vorstellung und wohlwollende Einflussnahme auf die äußere Politik eines fremden Staates (douce violence). Ein weiterer Schritt das Anerbieten von guten Diensten (bons offices) zur

Begleichung von Missverständnissen, zur zeitweiligen Wahrnehmung fremdstaatlicher Interessen, zur Beendigung von Kriegen u. s. w. So legt das Protokoll vom 14. April 1856 den Signatarmächten die moralische Verpflichtung nahe, daß im Falle als zwischen der hohen Pforte und einer oder mehreren der anderen contrahirenden Mächte Meinungsverschiedenheiten entstehen, welche ihre Beziehungen zu stören drohen, die hohe Pforte wie jede dieser Mächte bestrebt sein möge, vor Anwendung von Gewaltmaßregeln, den Mitcontrahirenden Gelegenheit zu geben, einem Bruche der guten Beziehungen durch ihre Vermittlung vorzubeugen. Wie zweckmäßig und humanitär selbst während eines Krieges die guten Dienste befreundeter Mächte wirken können, zeigte sich im deutsch-französischen Kriege, indem es 1871 der Fürsprache der Vereinigten Staaten zu verdanken war, daß die deutsche Heerleitung die Commandogewalt der Nationalregierung im Kriegsverfahren gelten ließ, obwohl sie diese selbst als staatliche Autorität niemals anerkannt hat. Auch die Protection, welche die diplomatischen Organe eines befreundeten neutralen Staates den Angehörigen der kriegsführenden Staaten im Feindeslande angedeihen lassen, ist ein Act der guten Dienste, wie nicht minder die Pacificirungsversuche bei inneren, namentlich nationalen Gährungen, die Vorstellungen bei schweren Verlegerungen des Völkerrechtes, wie sie z. B. von Seite Equadors 1879 bei der chilenischen Regierung gemacht wurden u. s. w.

Auch in der Generalakte der Berliner Congoconferenz ist im Art. 1, Punkt 3, die Vereinbarung getroffen, daß die Mächte bei den auf dem afrikanischen Litorale des Indischen Meeres bestehenden Regierungen ihre guten Dienste eintreten lassen, um dem Principe der Handelsfreiheit und auf jeden Fall dem Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern.

An gewisse Rechtsformlichkeiten und eine solenne Kundgebung gebunden ist die völkerrechtliche Vermittlung (Médiation). Ihre juristische Natur besteht darin, daß eines oder mehrere Staatshäupter über Ersuchen oder vertragsmäßiges Uebereinkommen einen völkerrechtlichen Streitfall der Prüfung und gutschichtlichen Entscheidung unterziehen. Der Vermittler erscheint in Folge seiner besonderen Eignung für ein derartiges Amt in der denkbar erhabensten Weise als unabhängig und unparteisch. Er prüft die ihm vorgelegten Informationen, wird aber auch alle ihm sonst zugänglichen Quellen der Erkenntniß, Urkunden, gewohnheitsrechtliche Uebung, Verträge und Präjudiciale berücksichtigen. Ist die Vermittlung von den dissentirenden Staaten angenommen und gutgeheißen, so laufen die Fäden der Verhandlungen in der Hand des Vermittlers zusammen. Er kann und muß volle Offenheit und unbedingtes Vertrauen verlangen,

er muß aber auch seine Unparteilichkeit vor jedem Zweifel sicherstellen und selbst den Schein einer Beeinflussung vermeiden. Das gilt auch von der Befähigung und Integrität der Vertrauenspersonen, die er allenfalls am Vermittleramte theilnehmen läßt. Mit der Veröffentlichung und Begründung seiner Rechtsanschauung in der Form eines Rathschlages hat der Vermittler sein Amt beendet. Für den Erfolg der Mediation ist er nicht verantwortlich, und ebensowenig sind die Parteien an seinen Ausspruch oder Vorschlag gebunden. Erklären sie jedoch ihre Zustimmung, so kann dieselbe keine theilweise oder bedingungsweise sein, sondern sie muß dem Tenor des Schiedsspruches rückhaltlos beipflichten. Derselbe ist für die betreffenden Parteien in Bezug auf deren geschlichtete Angelegenheit auch für die Zukunft bindend, nicht aber für andere Staaten, die sich möglicherweise in einem ähnlichen Falle befinden.

Die vertragsmäßige Vermittlung enthält zugleich eine Garantie der vermittelnden Mächte für die Aufrechthaltung des neu geschaffenen internationalen Rechtsverhältnisses.

Sie wird im älteren Völkerrechte *Intercession* genannt. Der *Intercedent* ist Friedensrichter. Er besteht auf der Einhaltung der vertragsmäßig geschaffenen internationalen Rechtsordnung und ist bereit, zu diesem Behufe seiner Vermittlung den entsprechenden Nachdruck zu geben. In diesem Sinne handelten die Großmächte auf der Berliner Nachkonferenz zur Beilegung der türkisch-montenegrinischen Grenzfrage (26. November 1880) und zur Begleichung der türkisch-griechischen Grenzstreitigkeit durch die Convention vom 22. März 1881.

Verschieden von der Mediation ist das *Schiedsgericht*. Die schiedsrichterlichen Organe sind ermächtigt, in internationalen Streitfällen ein richterliches Erkenntniß zu fällen. Das Verfahren ist hierbei das *contradicitorische*. Der *Schiedsrichter* ist Prozeßleiter, er ist an die Behauptungen, Anträge und Beweismittel der Parteien gebunden. Er wird sich jeder Einflußnahme auf den Gang der Verhandlungen enthalten, bevor die Acten spruchreif vorliegen. Bei der Mediation steht die Person des Vermittlers im Vordergrunde. Der Act erlangt seine internationale Bedeutung als Entscheidung eines über einseitige oder exclusive Richtungen erhabenen Souveräns, welcher keine andere Verantwortlichkeit kennt, als die vor seinem Gewissen und dem unparteiischen Urtheile der Geschichte. Die Souveräne, deren Herrschaft durch die Verbindung der Stetigkeit und Festigkeit historischer Tradition mit Weisheit, Mäßigung und Milde charakterisiert ist, besitzen die beste Eignung für das Amt der Mediation. Nicht so unmittelbar tritt beim schiedsgerichtlichen Verfahren die Person des *Schiedsrichters* hervor. Er befaßt

sich nicht direct mit der Sache, er läßt dem formellen Rechtsgang seinen Lauf, er beauftragt mit der Leitung und Entscheidung rechtskundige Männer seines Vertrauens, z. B. die Präsidenten der obersten Gerichtshöfe des Landes, einen Parlamentsausschuß, eine rechts- und staatswissenschaftliche Facultät u. s. w. Das Schiedsgericht hat zunächst seine Competenz, mithin die Auslegung des Compromisses, durch welchen es berufen erscheint, zu prüfen. In der Sache selbst entscheidet es durch Stimmenmehrheit. Das Erkenntniß hat nur dann Rechtskraft, und zwar jene eines völkerrechtlichen Vergleiches, wenn es vom Schiedsrichter ratifizirt und in seinem Namen publicirt wird. Die Parteien können das Erkenntniß zurückweisen, wenn das Schiedsgericht seine Vollmachten überschritten hätte, wenn eine der Parteien im Verfahren offenbar verkürzt wurde, wenn der Richterspruch mit der Völkerrechtsmoral oder dem Vertragsrechte im Widerspruch stände, allerdings nicht ohne Angabe des behaupteten Nichtigkeitsgrundes. Auch ist der Fall nicht ausgeschlossen, daß der eine oder der andere Punkt abgelehnt wird, weil es die Parteien vorziehen, hierüber unmittelbar zu handeln.

Man dürste sich erinnern, daß in den Vereinigten Staaten der Vorschlag gemacht wurde, eine ständige Liste von Schiedsrichtern durch die Parlamente, Staatsräthscollegien und ähnliche Corporationen wählen zu lassen, um aus dieser Stammliste vorkommendenfalls eine Spruchliste bilden zu können. Auch der Internationale Schiedsgerichts- und Friedensverein in London, dem viele Parlamentsmitglieder angehören, und das ausgezeichnete Institut für das Völkerrecht, welches ein derartiges Statut im Entwurfe veröffentlicht hat, wenden dieser Frage unablässig ihre Aufmerksamkeit zu.

In den mittelamerikanischen Föderativrepubliken besteht eine schiedsrichterliche Institution, welche nach dem Reglement für dieselbe eine allerdings fragliche Executive auszuüben ermächtigt ist.

6. Die zukünftige Entwicklung des Colonialrechtes.

Zum Völkerrecht ist die geschichtliche Reihenfolge von Herkommen, Brauch und wissenschaftlicher Erkenntniß eine der wichtigsten Quellen. Gerade die geregelten äußeren Beziehungen der Staaten untereinander sind fortlaufende Erfolge geistiger Thätigkeiten, in welchen Altes und Neues un trennbar verschlungen ist. Die Colonialfragen, welche die Gegenwart beschäftigen, sind nicht wesentlich verschieden von jenen, auf welche auch verflossene Jahrhunderte eine Antwort zu geben bemüßigt

waren. Aber obgleich wenig Neues unter der Sonne geschieht, so durchwandelt doch derselbe Fuß nicht ein zweitesmal denselben Strom, und die große Summe von Erfahrungen lässt alte Grundanschauungen in modernen Bildungszuständen wieder aufleben.

Wie am Ausgange des Mittelalters, so sind es auch heute die Handelsleute, Forschungsreisenden und Missionäre, welche die Bahnen des Weltverkehres ausschließen. Erstere bilden das seßhafte Element und verfolgen ihre Zwecke beharrlich, berechnend, aber auch rücksichtslos. Sie wissen, daß Zeit Geld ist, besonders unter einem Himmelsstriche voll Lebensbedrohungen und wollen so bald als möglich mit Reichthümern gesegnet in die Heimat zurückkehren. Von der Küste aus dringen die Explorateurs in das Innere des Landes, angetrieben von Wanderlust, Forschungseifer, wohl auch Neigung zu Abenteuern. Ihren Spuren folgen die Missionäre, die durch Liebessdienste, Pflege der Kinder, Heilung der Kranken, Unterricht in allerlei nützlichen Dingen das Vertrauen der Wilden zu gewinnen trachten. Werden nicht allzu grobe Missgriffe gemacht, so sind bei großer Ausdauer und Geduld Erfolge zu erzielen, die man in doppelter Richtung sicherstellen muß: Gegen die frühzeitige Abschwächung der den Naturvölkern eingeflößten Autorität und gegen den Wettbewerb anderer europäischer Interessenten. So ist es fast unvermeidlich, daß die Handelsemporien einem commerciellen Kriegsschauplatze gleichen und der Heimatstaat veranlaßt wird, seine neutrale Haltung aufzugeben und officiellen Schutz zu gewähren. Der Rechtstitel hiefür kann nicht zweifelhaft sein. Der Schutz wird gewährt kraft des Rechtes und der Pflicht des Staates, auch seine im Auslande weilenden Staatsangehörigen der Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspflege theilhaft zu machen. Dieses aus der Souveränität fließende, zunächst in persönlicher Richtung auszuübende Protectionsrecht nimmt einen territorialen Charakter an, sobald es als Seeprotectorat durch Streitkräfte zur See effectiv zur Geltung gebracht wird.

Die rechtlichen Consequenzen desselben bestehen in der Begründung von souveränen Rechten des Schutzstaates über das coloniale Occupationsgebiet. Das effective Protectionsverhältniß zieht sachgemäß das Recht nach sich, über Krieg und Frieden zu entscheiden, Organe für den internationalen Verkehr zu ernennen und zum mindesten die Genehmigung den geschlossenen Verträgen zu erteilen. In diesem Umfange nennt man es souveränes Protectorat. Im Völkerrechte der früheren Zeit wird von der Oberherrslichkeit über Colonien und deren Befähigkeit, und zwar in sinnemäßer Übertragung der damaligen Lehnseinrichtungen auf die Colonialverhältnisse, gesprochen. Denn

die beiden Criterien des Lehnswesens: die Unauskömmlichkeit der eigenen Kraft für die Behauptung des Besitzstandes und das hieraus folgende Bedürfniß nach mächtigem Schutz, und der Vortheil aus der persönlichen Verpflichtung und Treue für den Lehnsherrn, wie der dinglichen Nutzungen für den Vasallen treffen auch im Colonialverhältnisse zu. Es ist daher sehr begreiflich, daß zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts und bei der Ausbildung lehnsartiger Einrichtungen in Handel, Industrie und Gewerbe auch das Colonialwesen hievon nicht unberührt geblieben ist und daß den großen Handelscompagnien und Societäten die Gerichtsbarkeit, Seepolizei, Zolleinhebung und selbst die Münzprägung in der Form von Beneficien verliehen wurden. Aber eine Staatshoheit besaßen sie darum doch nicht, und selbst jene Gesellschaften, welche das Recht der eigenen Flaggenführung hatten, wurden niemals als souveräne betrachtet oder mit souveränen Attributen bekleidet.

Um so weniger kann man im gegenwärtigen Völkerrechte von dem Erwerbe und der Ausübung von staatlichen Hoheitsrechten oder gar der Landeshoheit durch Colonialgesellschaften sprechen, wenn dieselben nicht staatlich consolidirt sind. Derartige Gesellschaften sind nur Vermittler mit oder ohne Auftrag und ihre Abmachungen mit den Häuptlingen der freien Negerterritorien, wodurch sie sich programmatisch Hoheitsacte und Regierungsrechte mit oder ohne die betreffenden Ländereien übertragen lassen, können nur als für den schutzherrlichen Staat bewerkstelligt gelten, wenn sie derselbe überhaupt genehmigt.

Auch das Aufhissen der Flagge, das Setzen von Grenzpfählen durch Private kann anderen Staaten gegenüber einen völkerrechtlichen Effect nicht besitzen. Allerdings sind die Hoheitsrechte, um die es sich handelt, zumeist fragwürdiger Natur. Es werden uns darunter Familienrechte, schiedsrichterliche Rechtsame, Tribute, Bezugssrechte auf Lebensmittel und Beutestücke, Marktrechte, vor Allem aber die von den Schwarzen eifersüchtig gewahrten Handelsvorrechte und die mit zäher Entschlossenheit gehütete Handelssperre genannt. Alle diese Momente sind bei der rastlosen Concurrenz der colonialen Gesellschaften untereinander wohl zu berücksichtigen und würden es auf die Dauer gar nicht zulassen, wirthschaftlichen Unternehmungen staats- und hoheitsliche Rechte zu verleihen, bevor sie nicht die Natur einer staatlichen Gesamtpersönlichkeit besitzen, d. h. einer solchen, in der sich die Lebensgemeinschaft eines Volkes dauernd verwirkt hat, und zwar die öffentlich-rechtliche wie die privatrechtliche. Diese Thatsache anzuerkennen ist nicht Sache eines einzelnen Staates, sondern der ganzen Staatengemeinschaft.

Das ist auch der Standpunkt Bluntschli's, welcher sich über die Entstehung und Anerkennung neuer Staaten folgendermaßen äußert: Die neue Staatenbildung ist ein geschichtlicher Vorgang in dem politischen Leben der Völker. Die Frage, ob, warum und wie ein neuer Staat entstanden sei, ist eine staatsrechtliche. Die Frage dagegen, ob und in welcher Stellung ein neugebildeter Staat in der Genossenschaft der Staaten Aufnahme finde, eine wesentlich völkerrechtliche. Diese Aufnahme in die Staatengemeinschaft geschieht durch die Anerkennung der bisherigen Staaten. Damit sie aber erfolgen kann, ist die Prüfung des Umstandes unvermeidlich, ob wirklich eine neue Staatspersönlichkeit vorhanden sei und die Neubildung der historischen Tradition des Völkerrechtes entspreche . . .

Dieser gemäß hat jede Anerkennung die Entwicklung der juristischen Persönlichkeit des neuen Staatswesens zur Voraussetzung und diese wieder gelangt in seiner Repräsentativgewalt zur völkerrechtlichen Geltung.

Eine Garantie für die letztere ist darin allerdings nicht enthalten. In der Anerkennung liegt nur das Zugeständniß, daß das anzuerkennende politische Gemeinwesen befähigt sei, in den Verband der bestehenden Staaten als berechtigtes und verpflichtetes Glied einzutreten.

Ob die Anerkennung in ausdrücklicher und feierlicher Form kundgegeben wird oder nur tatsächlich durch Einleitung eines geregelten internationalen Verkehrs, also stillschweigend erfolgt, macht in Ansehung des völkerrechtlichen Effectes keinen Unterschied.

Die Anerkennung kann in Folge der Initiative des anzuerkennenden Staates oder auch auf Anregung eines hiebei interessirten Staates erfolgen. Im letzteren Falle übernimmt dieser den Mächten gegenüber allerdings die Garantie für das Vorhandensein der behaupteten Thatsachen, insbesondere des Bestandes einer Autorität und Rechtsordnung, denn anerkannt wird nicht das Land, das Volk, die Nation, sondern der Staat, beziehungsweise dessen Repräsentativgewalt. In ihrem ganzen Umfange bildet diese Gewalt die Grundlage der Souveränität; in spezieller Beziehung als „Jus repraesentationis in specie“ die Rechtsbasis des Protectorates. In der Garantie der Repräsentativgewalt liegt das Merkmal des souveränen Protectorates. Dass Souveränität und Protectorat zwei verschiedene Rechtsverhältnisse bezeichnen, ist neuerdings, so auch in der lebenswerten Monographie des Freiherrn v. Stengel: „Die staats- und völkerrechtliche Stellung der deutschen Colonien 1886“, unter Hinweis auf die Congoakte behauptet worden.

Zweifellos, weil thatsächlich, ist es, daß der Staat auf ein Gebiet, welches seinem Protectorate unterstellt ist, eine weniger intensive Einwirkung ausübt wie auf ein Gebiet, über welches er die volle Gebietshoheit ausübt. Allein daraus folgt noch nicht das Vorhandensein von zwei verschiedenen staatsrechtlichen Verhältnissen, maßgebend für die durchgreifende Unterscheidung zwischen eigentlichen Colonien und Schutzgebieten. Die gemeinsame Grundlage ist in dem einen wie in dem anderen Falle die Souveränität, nur erscheint sie bei der Gebietshoheit auch in staatsrechtlicher Beziehung, und zwar als Jurisdiktionsgewalt, vollkommen ausgebildet, während bei der Schutzgebietshoheit die Gerechtigkeitspflege und Selbstverwaltung von fremdem Einflusse frei und nur der Aufsicht sowie dem Befehle der übergeordneten Macht unterworfen ist.

Von dieser Anschauung ging man auch bei der Regelung des internationalen Verhältnisses zwischen der südafrikanischen Republik und der englischen Regierung aus, welche im Vertrage vom Februar 1884 ihre Erledigung gefunden hat. Präfidentschaft und Volksrat sind dort zur inneren Verwaltung wie zur Aufrechthaltung der äusseren Beziehungen mit den Nachbarländern ermächtigt, und nur in Angelegenheiten der Repräsentativgewalt, mithin im Kriegswesen, bei Staatsverträgen, territorialen Einverleibungen, Uebernahme von Protectoraten u. s. w. an die Zustimmung Englands gebunden. Ähnlich liegen die Verhältnisse im freien Congostate. Nachdem der Congo in seinem Laufe von über 2000 Kilometer dem Verlehere und dem civilisatorischen Einflusse erschlossen und eine große Zahl europäischer Stationen an seinen Ufern gegründet worden war, anerkannten die Mächte die Constituierung der Afrikanischen Gesellschaft als Staatswesen und die belgischen Kammern votirten mit Beschluss vom 30. April 1885 das souveräne Protectorat des Königs Leopold II. über dasselbe. Als Staatswappen bestimmte der König sein eigenes, dem der symbolische Stern des Congobanners und der Wappenspruch „Travail et Progrès“ beigefügt wurde. Wenn Freiherr v. Stengel in seiner erwähnten Abhandlung die Gründung des Congostates als Beweis für den angeblich im Völkerrechte geltenden Grundsatz anführt, daß auch Gesellschaften, obwohl sie nicht den souveränen Charakter von Staaten besitzen, Souveränitätsrechte über Gebiete außerhalb Europa erwerben können, so ist dagegen einzuwenden, daß der Afrikanischen Gesellschaft zunächst nur die Respectirung ihrer Flagge zugestanden wurde, da sie sonst unmöglich im Stande gewesen wäre, die der Entwicklung des Handels und der Civilisation fördernden Anstalten in das Werk zu setzen. Hierin war aber noch keineswegs die Anerkennung ihres völkerrecht-

lichen Charakters gelegen, welcher erst später, und zwar dann in Frage kam, als sich die Association als staatliche Genossenschaft organisiert hatte.

Auch der Hinweis auf das Vorgehen der Deutschen ostafrikanischen Gesellschaft, welche von den Sultanen und Unter-sultanen im Somaliland die Einräumung einer Reihe wichtiger Rechte und Zugeständnisse erlangt hat, so u. A. zur Ausbeutung von Bergwerken, zur Anlage von Pflanzungen, von Handelsstraßen und Befestigungen, zur Einhebung von Zöllen, zur Perlenfischerei, zur Aufstellung eines militärisch organisierten Schutz- und Aufsichtspersonales u. s. w., gestattet keineswegs den Schluß, daß man mit dem Grundsatz des alten Völkerrechtes, wonach Gesellschaften und Einzelpersonen Souveränitätsrechte nicht erwerben können, gebrochen hat. Alle diese Regalien und Monopolen sind nicht als von der Gesellschaft selbstständig erworbene Hoheitsrechte, sondern nur als dem Grund und Boden anhaftende Privatrechte zu betrachten.

Schon das römische Recht hat diesfalls die vom Völkerrecht recipirte Grundregel aufgestellt, daß man zwar unkörperliche Dinge, Besitznisse, Gerechtsame nicht durch Occupation an sich bringen könne, wohl aber durch den Erwerb eines an und für sich occupationsfähigen Objectes, mit welchem dieselben in einer so engen Verbindung stehen, daß dadurch eine mittelbare Erwerbung jener unkörperlichen Sachen möglich wird.

Ursprünglich hatte man dabei, wie schon erörtert wurde, die in mehreren Gesetzesstellen besonders erwähnten Real-servituten und analog die Usucaption im Auge. Real-servituten, sagt das römische Recht, sind und bleiben unkörperliche Dinge, obwohl sie mit einer körperlichen Sache verbunden sind. Sie können darum an und für sich nicht besessen werden; doch wird es so angesehen, als ob Jener, welcher den Grund besitzt, auch sie im Besitz habe (L. 32. §. 1. D. de serv. praed. urb.). Sie können auch an und für sich niemals durch Usucaption erworben werden, wohl aber können sie es zugleich mit dem Grundstücke (L. 10. §. 1. D. de usurp. et usucap.).

Pufendorf war es, welcher hieraus die Consequenzen für das Völkerrecht zog. Er lehrt, man müsse zwischen solchen Rechten unterscheiden, welche nur der Person anhaften, und solchen, welche der Person in Folge ihres Sachbesitzes zustehen. Letztere Rechte, die ex pacto reali mit einer Sache verbunden sind, können im Unterschiede von den höchstpersönlichen auch mit der Sache übertragen, beziehungsweise erworben werden.

Als Ergebnis dieser Betrachtung dürfte feststehen: Colonialgesellschaften sind keine Subjecte des Völkerrechtes. Der von ihnen bewerkstelligte Eigenthum-

erwerb, sei es durch Occupation, sei es durch Vertrag, kommt nur als privatrechtlicher in Betracht. Sie können sich weder auf den Rechtstitel der Eroberung, noch auf ihre Ermächtigung zur Vereinbarung von Staatsverträgen berufen, da den colonialen Societäten wie den Handelsgesellschaften überhaupt zwar die Eigenschaft von juristischen, nicht aber von völkerrechtlichen Persönlichkeiten zukommt.

* * *

Die Generalakte der Berliner Conferenz vom 26. Februar 1885 macht in mehreren Artikeln einen Unterschied zwischen Souveränität und Protectorat; ebenso im Art. 34 zwischen Besitzergreifung von Territorien und Uebernahme des Protectorates über afrikanisches Küstengebiet. Für beide Fälle wird bestimmt, daß der betreffende Act den Signatarmächten zu notificiren sei, und im Falle der Besitzergreifung von Festland ist überdies vorgeschrieben, daß der Besitz durch Einsetzung einer ständigen Autorität gesichert werden soll. Die letztere Verpflichtung ist schon im alten Völkerrechte gewohnheitsrechtlich wie vertragmäßig anerkannt, ohne daß ein Unterschied zwischen der Occupation und der Uebernahme des Protectorates gemacht worden wäre. Wenn in der Congoakte beide Fälle auseinander gehalten werden und die Verpflichtung zur Einsetzung einer Obrigkeit nur für den Fall der wirklichen Besitznahme von Colonialgebiet ausgesprochen ist, so dürfte der Grund hiefür keineswegs ein principieller, sondern ein aus der Erwägung hergeleiteter sein, daß sich zwar bei der Occupation von völkerrechtlich herrenlosen Territorien daselbst höchst selten eine Obrigkeit im Sinne des modernen Staatsrechtes vorfinden wird, wohl aber in den unter Protectorat gestellten Gebieten, wo europäische Colonisten geraume Zeit vorgearbeitet und im Reiche ihrer Niederlassungen geordnete Zustände mit genügender Selbstverwaltung geschaffen haben. Sollte letzteres nicht der Fall sein, so bleibt es bei der alten Regel, daß Anstalten zur Ausübung der Administration und Gerechtigkeitspflege in den Schutzgebieten zu treffen seien, wie sie auch in den Schutzgebieten des Deutschen Reiches durch kais. Verordnung anbefohlen worden sind. Ferner wird der Schutzstaat auch darüber zu wachen haben, daß Einzelne wie Gesellschaften, welche Gebiete und Befugnisse durch Rechtsgeschäfte mit den Häftlingen der freistehenden Territorien erwerben, sich nicht solcher Mittel bedienen, welche, rechtlich wie moralisch unstatthaft, das humanitäre und civilisatorische Werk der Colonisation compromittiren und verhaßt machen würden. Brutale Deposseidur, Expropriirung und

Annexionen haben ebenso wenig wie hinterlistige Uebervortheilung, Tücke und Treubruch zum erwünschten Ziele geführt. Ein Haupthinderniß besteht, wie auch Stanley bestätigt, in der Schwierigkeit, die tauglichen Organe für den Verkehr mit den Schwarzen zu finden. Es ist noch verhältnismäßig leicht, die geeigneten leitenden Kräfte zu finden, allein schon bei den Stellvertretern fängt die Schwierigkeit an, denn es liegt in der Natur der Sache, daß sich unter den robusten Pfadfindern Wenige befinden, welche die nöthige Energie mit Humanität, Würde und Großmuth verbinden. Bei fortschreitender Ausdehnung der Colonialarbeit wird man sich der Aufgabe kaum entziehen können, commercielle Fachleute auch mit den Elementen des Völkerrechtes, mit dem internationalen Vertragsrechte und dem praktischen Consulatsdienste einigermaßen vertraut zu machen.

Wenn eine Colonie im Gebiete einer uncivilirten Völkerschaft gegründet werden soll — sagt auch v. Stengel — sei es nothwendig, daß der zur Niederlassung erforderliche Grund und Boden von den eingeborenen Besitzern „rechtmäßig“ erworben wird, und ebenso bedürfe es der „freiwilligen Unterwerfung“ der Eingeborenen unter die Hoheit der betreffenden Colonialgesellschaft, oder des betreffenden Staates, wenn sich die politische Gewalt der Gesellschaft, beziehungsweise des Staates auf dieselben erstrecken soll.

Unter Aufrechthaltung des Bedenkens, betreffend den Erwerb von selbstständigen Hoheitsrechten durch eine Gesellschaft sind diese Bedingungen den europäischen Regierungen wärmstens zu empfehlen, denn das gesicherte Recht ist auch den culturell zurückgebliebenen Volksstämmen gegenüber eine starke Schutzwehr und befestigt die Position eines gewissenhaft vorgehenden Staates im Widerstreite der Interessen mit concurrenden Staaten auf dem Gebiete des Colonialwesens und Welthandels.

Und so verlohnt es sich ohne Zweifel der Milde, bei der Fortführung des Colonialwerkes die Elemente des Colonialrechtes auszubilden und die vorhandenen Grundlagen zu befestigen. Die zunächstliegenden Aufgaben wären folgende:

1. Feststellung der für den colonialen Gebiets-erwerb überhaupt und allgemein geltenden Regeln, und zwar bezüglich der Occupation, der Cultivation, der Verträge und anderweitigen Vereinbarungen.

2. Feststellung der Regeln über den Erwerb, die Ausübung und den Verlust des colonialen Protectorates.

3. Feststellung der Regeln über Umfang und Ausübung der von Einzelnfirmen und Handelsgesell-

schäften erworbenen Hoheits-, Verwaltungs- und Patronatsrechten im Verhältniß zu den öffentlich-rechtlichen Vorbehalten des Heimatstaates.

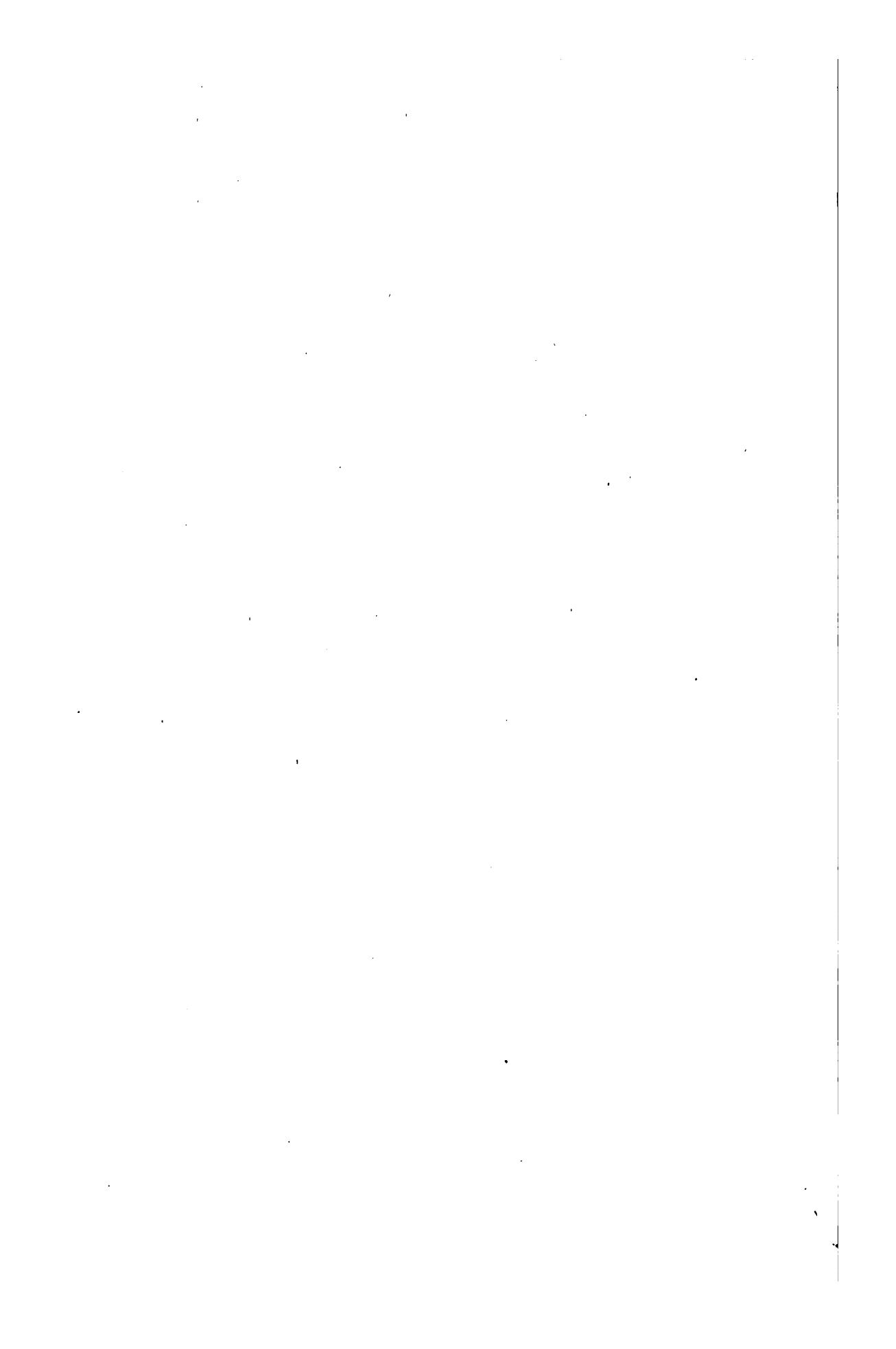
4. Feststellung der Grundzüge einer geregelten Verwaltungs- und Gerechtigkeitspflege, angemessen den Sitten und Rechtsgewohnheiten in den effectiv besetzten, oder unter Schutz gestellten Gebieten.

5. Ausrottung des offenen, wie verdeckten Handels mit Sklaven. Regelung der Rechtsverhältnisse der schwarzen Arbeiter nach dem Colonatssysteme.

6. Instruction für die Missionäre, Colonialcommissäre, Vertreter und Agenten der Gesellschaften, behufs Beobachtung eines möglichst gleichförmigen und correcten Vorgehens bei der Anknüpfung und Verfolgung handelspolitischer Connexionen und territorialer Annexionen.

7. Regulativ für die Bildung und das Verfahren colonialer Schiedsgerichte.

Die Generalakte der Berliner Conferenz.



1. Allgemeine Charakteristik.

Anlaß, Verlauf und Ergebniß der Berliner Conferenz, betreffend das Congogebiet, sind bereits im historischen Theile gewürdigt worden. Die Conferenzmächte, im October 1884 zur Berathung den internationalen Fragen eingeladen, welche zunächst mit der Handelsverhältnissen in Westafrika zusammenhängen, haben auch den colonialen Neuerwerbungen in Ostafrika Rechnung getragen, indem sie die vereinbarten Grundsätze prinzipieller Natur auf das ganze afrikanische Küstengebiet ausdehnten.

Bezeichnen schon die bisherigen Ergebnisse einen Fortschritt in der Entwicklung der staatlichen Beziehungen und eine Ausbildung der überkommenen Lehren des internationalen Colonialrechtes, so ist zu erwarten, daß die leitenden Principien eine allgemeine Geltung für die Erwerbung von Colonialgebieten und Protectoraten erlangen werden. Bei der Wichtigkeit der Acte générale vom 26. Februar 1885 für das Völkerrecht dürfte es nicht überflüssig sein, eine Uebersicht des wesentlichen Inhaltes der sieben Capitel, beziehungsweise achtunddreißig Artifel vorauszuschicken und sodann den Wortlaut des Ueber-einkommens folgen zu lassen.

Das erste Capitel setzt den Grundsatz der Handelsfreiheit, im weitesten Sinne genommen, für das Congobecken, welches sich in dem Mittelpunkte des afrikanischen Continentes mit einem Flächeninhalt von circa 72.000 französischen Quadratmeilen ausdehnt, fest. Eine Seezone, welche 120 Meilen längs der Küste an den atlantischen Ocean herantritt, ist unter dasselbe Regime gestellt; es ist vorauszusehen, daß sich dieselbe und wahrscheinlich demnächst an der östlichen Küste in noch bedeutenderem Maße ausdehnen wird.

Durch 20 Jahre wird in den Ländereien dieses Gebietes kein Eingangszoll erhoben; es wird in keiner Epoche ein der-

artiger Zoll in den Besitzungen der internationalen Association, welche den größten Theil davon ausmachen, erhoben werden. Ausgangszölle können festgesetzt werden, niemals aber Transitgebühren, noch auch Differentialzölle. Die vollkommene Gleichstellung der Fremden mit den Nationalen ist garantirt. Die Freiheit der Niederlassung und die Gewissensfreiheit, der Schutz der Eingeborenen, die Abschaffung des Sklavenhandels bilden die fundamentalen Grundsätze des öffentlichen Rechtes der Staaten und der centralafrikanischen Colonialgebieten.

Das zweite Capitel bestimmt die besonderen Maßregeln zur Bekämpfung des Negerhandels zu Land und zur See, welcher eine große Plage für die Bevölkerung Innerafrikas und ein hauptsächliches Hindernis für den Fortschritt der Civilisation bleibt.

Das dritte Capitel gesteht den Staaten, die sich im Congobecken bilden werden und jenen Mächten, welche daselbst Colonien gründen werden, im Vorhinein das Recht zu, ihre Besitzungen unter die Herrschaft der immerwährenden oder zeitlichen Neutralität zu stellen. Eine von der Conferenz angenommene Bestimmung versügt zu dem Zwecke, um die Ausdehnung europäischer Kriege in Afrika und um Streitigkeiten, welche in Afrika selbst zwischen den Staaten des Congobeckens ausbrechen könnten, hintanzuhalten, daß die Berufung, wenn nicht zum Schiedsspruch, doch wenigstens zur Mediation obligatorisch sein soll.

Das vierte Capitel proclamirt das Princip und Anwendungsregel für die Freiheit der Schiffahrt am Congo, seinen Nebenflüssen, Seen und Kanälen, die mit ihm in Zusammenhang stehen. Die Ausdehnung der Schiffahrtslinien, die unter der Flagge aller Nationen stehen, kann man auf circa 5000 Kilometer schätzen; der große Congo allein hat 1800 Kilometer zwischen den beiden Raritäten. Eine neue Idee, als neuer Fortschritt stellt dem Verkehr auf dem freien Flusse jenen auf der Eisenbahn oder dem Canal, sofern einzelne Strecken des Fluslaufes zerstört sein sollten, gleich. Es darf weder ein Seen- noch Flussweggeld gefordert werden. Die einzuhebenden Taxen sollen keine anderen sein, als Entlohnungen für die Kosten der in dem Flussbett ausgeführten Arbeiten oder der an diesen Flüssen errichteten Handelsniederlassungen.

Einer internationalen Commission, zu welcher jede der vertragsschließenden Mächte einen Delegirten zu senden berechtigt ist, ist es besonders übertragen, die Durchführung der Schiffahrtsfreiheit und der Freiheit des Transites im Interesse aller Nationen unter der Bedingung vollkommener Gleichheit zu überwachen; sie wird zu gleicher Zeit für die Uebereinstimmung mit

allen Uferstaaten in Bezug auf Verbesserungen oder Erhaltung der Fluszordnung, Sicherheit der Schiffahrer und Ausführung der nothwendigen Bauten zu sorgen haben.

Die Werke und Niederlassungen der internationalen Commission sind während des Krieges unverzichtlich.

Eine Einrichtung endlich, welche eine beträchtliche Neuerung und einen wirklichen Fortschritt betreffend die Grundsätze des Völkerrechtes bedeutet, bestimmt, daß die Schiffahrt am Congo in Kriegszeiten für Handelsfahrzeuge aller Nationen, sowohl der kriegsführenden, als der neutralen frei, und alles Privateigenthum, selbst unter feindlicher Flagge, für alle durch die Congoschiffssäcke beaufsichtigten Gewässer unangreifbar bleibt.

Die Summe dieser Artikel begründet eine neue Gesetzgebung für internationale Flüsse.

Das fünfte Capitel bestätigt die Freiheit der Schiffahrt auf dem Niger und seinen Nebenflüssen unter den nämlichen Bedingungen, welche für den Congo anerkannt wurden, unbeschadet der Administration des Flusses, welche hier den Uferstaaten zur besonderen Abmachung ausschließlich vorbehalten ist.

In Rücksicht der Freiheit der Schiffahrt und des Transithandels, der Erhebung eventueller Gebühren, der gleichmäßigen Behandlung der Fremden und der Einheimischen, der Neutralität in Kriegszeiten, stimmen die für den Niger erworbenen Garantien mit jenen überein, welche für den Congo festgesetzt sind, und sind die zwei großen Flüsse des westlichen Afrika der Flagge aller Nationen im gleichen Maße zugänglich.

Das sechste Capitel setzt bestimmte gemeinschaftliche Regeln für die Besitzergreifungen, welche in Zukunft an den Küsten des afrikanischen Kontinents stattfinden werden, fest.

Alle Besitzergreifungen müssen notificirt werden, und werden nicht rechtskräftig, bevor sie nicht zur Thatstheit geworden.

Diese Bestimmungen, welche einer oft erwähnten Lücke des internationalen Rechtes Rechnung tragen, beabsichtigen fünfzige Mitbewerbungen zu regeln und die friedliche Entwicklung der Civilisation und des Handels eines zu lange vernachlässigten Kontinentes zu sichern.

Das siebente Capitel endlich betrifft die Revision, die Beitrittserklärung und die Ratification.

Die Conferenz tagte vom 25. November 1884 bis zum 26. Februar 1885. Während des Ganges der Conferenz wurden von allen an derselben betheiligten Staaten Verträge mit der internationalen Congogesellschaft abgeschlossen, durch welche die letztere die Anerkennung der Regierungen erlangt hat.

Die diesbezügliche Declaration, welche zwischen der k. und k. Regierung Österreich-Ungarns und der internationalen Congo-

assocation am 24. December 1884 ausgewechselt wurde, ist bereits mitgetheilt worden.

Das Ergebnis der Conferenz bildet die nachstehende Generalakte, welche sowohl in ihrer äusseren Form, als nach der Natur ihrer Bestimmung den Charakter eines allgemeinen Handelsvertrages besitzt, und aus diesem Grunde nach der österreichischen, wie ungarischen Verfassungsgesetzgebung der Genehmigung des Reichsrathes, beziehungsweise ungarischen Reichstages zu unterbreiten war und von beiden Legislativen im März 1886 genehmigt wurde.

2. Authentischer Wortlaut.

Capitel I.

Declaration, betreffend die Freiheit des Handels im Becken des Congo, in dessen Mündungen und den angrenzenden Gegenden und darauf bezügliche Bestimmungen.

Art. 1. Der Handel aller Nationen wird vollkommene Freiheit genießen:

1. In allen Gebieten, welche das Becken des Congo und seiner Zuflüsse bilden. Dieses Becken wird begrenzt durch die Kammhöhen der benachbarten Becken, namentlich jener des Niari, des Ogowe, des Schari und des Nils im Norden; durch die östliche Kammelinie der Zuflüsse des Sees Tanganjika im Osten; durch die Kammhöhen der Becken des Bambeze und der Loge im Süden. Es begreift sonach alle Gebiete, welche ihr Wasser dem Congo und seinen Nebenflüssen zuführen, mit Inbegriff des Sees Tanganjika und seiner östlichen Zuflüsse.

2. In der Küstenzone, welche sich längs des atlantischen Oceans von dem Parallelkreise von $2^{\circ} 30'$ südlicher Breite bis zur Mündung der Loge erstreckt.

Die nördliche Grenze folgt dem Parallelkreise von $2^{\circ} 30'$ von der Küste an bis zu jenem Punkte, wo diese Linie auf das geographische Becken des Congo stößt, mit Vermeidung jedoch des Beckens des Ogowe, auf welches die Stipulationen der gegenwärtigen Acte keine Anwendung finden.

Die südliche Grenze folgt dem Laufe der Loge bis zu ihrer Quelle, von wo sie sich nach Osten wendet, bis zu ihrem Zusammentreffen mit dem geographischen Becken des Congo.

3. In der Zone, welche sich östlich vom Becken des Congo, wie es oben abgegrenzt wurde, bis zum Indischen Ocean erstreckt, vom 5° nördlicher Breite bis zur Mündung des Bambeze im Süden; von diesem Punkte an folgt die Demarcationslinie dem Bambeze bis 5 Meilen oberhalb seiner Vereinigung mit dem Shire und setzt sich auf der Kammelinie fort, welche

die nach dem See Nyassa zu fließenden Gewässer von den Zuflüssen des Zambeze trennt, um endlich auf die Wasserscheide zwischen dem Zambeze und dem Congo überzugehen.

Es wird ausdrücklich erklärt, daß bei der Ausdehnung des Principes der Handelsfreiheit auf die östliche Zone die in der Conferenz vertretenen Mächte sich nur für sich selbst verpflichten, und daß dieses Princip auf Gebiete, welche gegenwärtig einem unabhängigen und souveränen Staate gehören, nur insofern Anwendung finden wird, als dieser seine Einwilligung hiezu gibt. Die Mächte kommen überein, bei den auf dem afrikanischen Litorale des Indischen Meeres bestehenden Regierungen ihre guten Dienste eintreten zu lassen, um deren diesfällige Zustimmung zu erlangen und auf jeden Fall dem Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern.

Art. 2. Alle Flaggen, ohne Unterschied der Nationalität, haben freien Zutritt zum ganzen Litorale der oben aufgezählten Gebiete, zu den Flüssen, welche sich dort in's Meer ergießen, zu allen Gewässern des Congo und seiner Zuflüsse mit Inbegriff der Seen, zu allen an diesen Gewässern gelegenen Häfen, sowie zu allen Canälen, welche zukünftig zu dem Zwecke gebaut werden könnten, um die in der ganzen Ausdehnung der im Art. 1 beschriebenen Gegenden befindlichen Wasserläufe oder Seen miteinander zu verbinden. Sie werden alle Arten von Transporten unternehmen und die Meer- und Flusscabotage sowohl als die sonstige Flusschiffahrt in gleicher Weise wie die Nationalen ausüben können.

Art. 3. Die Waaren jedweder Provenienz, unter welcher Flagge immer sie in diese Gebiete importirt werden, sei es zur See, auf Flüssen oder zu Lande, werden keine anderen Taxen zu zahlen haben als jene, welche als billige Vergütung für Ausgaben, die zum Nutzen des Handels gemacht werden, eingehoben werden könnten und welche unter diesem Titel gleichmäßig von den Nationalen wie von den Fremden aller Nationalitäten getragen werden müssen.

Jede differentielle Behandlung ist untersagt, sowohl bezüglich der Schiffe als der Waaren.

Art. 4. Die in diese Gebiete importirten Waaren werden von Eingangs- und Transitzöllen befreit bleiben.

Die Mächte behalten sich vor, nach einer Periode von zwanzig Jahren zu entscheiden, ob die zollfreie Einfuhr aufrechterhalten werden soll oder nicht.

Art. 5. Keine Macht, welche in den oben bezeichneten Territorien Souveränitätsrechte ausübt oder ausüben wird, kann darin Monopole oder Privilegien irgendwelcher Art in Handelsangelegenheiten ertheilen.

Alle Fremden ohne Unterschied werden dort in Bezug auf den Schutz ihrer Person und ihres Besitzes, die Erwerbung und Übertragung ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens und die Ausübung ihres Gewerbes dieselbe Behandlung und dieselben Rechte genießen, wie die Nationalen.

Bestimmungen in Betreff des Schutzes der Eingeborenen, der Missionäre und der Reisenden und bezüglich der Religionsfreiheit.

Art. 6. Alle Mächte, welche in den angegebenen Territorien Souveränitätsrechte oder Einfluss ausüben, verpflichten sich, über die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerungen und die Verbesserung ihrer moralischen und materiellen Existenzbedingungen zu wachen und zur Abschaffung der Sklaverei und besonders des Negerhandels mitzuwirken; sie werden alle religiösen, wissenschaftlichen und Wohlthätigkeitsunternehmungen, welche zu diesen Zwecken creirt und organisirt werden, oder die Tendenz haben, die Eingeborenen zu unterrichten und sie die Vortheile der Civilisation zu lehren und schätzen zu machen, ohne Unterschied der Nationalität und des Cultus beschützen und begünstigen.

Ebenso werden auch die christlichen Missionäre, die Gelehrten, die Forschungsreisenden, ihre Escorten, ihr Besitz und ihre Sammlungen gleichfalls den Gegenstand speciellen Schutzes bilden.

Die Gewissensfreiheit und die religiöse Toleranz sind den Eingeborenen wie den Nationalen und den Fremden ausdrücklich gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung jedes Cultus, das Recht, kirchliche Gebäude zu errichten und Missionen jedweden Cultus zu organisiren, wird keinerlei Beschränkungen oder Behinderungen unterworfen werden.

Postwesen.

Art. 7. Die am 1. Juni 1878 zu Paris revidirte Convention der universalen Postunion findet Anwendung auf das vertragsmäßige Becken des Congo.

Die Mächte, welche in demselben Souveränitäts- oder Protectoratsrechte ausüben oder ausüben werden, verpflichten sich, sobald die Verhältnisse es erlauben werden, die nothwendigen Maßregeln zur Ausführung der vorstehenden Bestimmung zu treffen.

Aufsichtsrecht der internationalen Schifffahrtscommission des Congo.

Art. 8. In allen jenen Theilen des in der gegenwärtigen Declaration bezeichneten Territoriums, in welchen keine Macht Souveränitäts- oder Protectoratsrechte ausüben sollte, wird die kraft des Art. 17 eingesetzte internationale Schifffahrtscommission des Congo die Anwendung der durch diese Declaration

proclamirten und bekräftigten Principien zu überwachen beauftragt sein.

In allen Fällen, wo Schwierigkeiten bezüglich der Anwendung der durch die gegenwärtige Declaration aufgestellten Principien entstehen sollten, können sich die beteiligten Regierungen verabreden, an die guten Dienste der internationalen Commission zu appelliren, indem sie ihr die Prüfung der That-sachen, welche zu diesen Schwierigkeiten Anlaß gegeben haben, übertragen.

Capitel II.

Declaration in Betreff des Sklavenhandels.

Art. 9. Da nach den Grundsätzen des Völkerrechtes, wie sie von den Signatarmächten anerkannt sind, der Sklavenhandel verboten ist, und da die Unternehmungen, welche zur See oder zu Lande dem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als untersagt betrachtet werden müssen, erklären die Mächte, welche Souveränitätsrechte oder Einfluß in den das vertragsmäßige Congo-becken bildenden Territorien ausüben oder ausüben werden, daß diese Territorien weder als Markt, noch als Transitweg für den Handel mit Sklaven, welcher Rasse sie seien, dienen können. Jede dieser Mächte verpflichtet sich, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um diesem Handel ein Ende zu machen und Jene zu bestrafen, welche sich mit demselben abgeben.

Capitel III.

Declaration über die Neutralität der in dem vertragsmäßig festgestellten Congobecken begriffenen Landstriche.

Art. 10. Um dem Handel und der Industrie eine neue Garantie der Sicherheit zu bieten und durch die Aufrechterhaltung des Friedens die Entwicklung der Civilisation in den im Art. 1 erwähnten und unter das Regime der Handelsfreiheit gestellten Gegenden zu begünstigen, verpflichten sich die hohen Signatarmächte der gegenwärtigen Acte und jene, welche ihr in Zukunft beitreten werden, die Neutralität der Territorien und Gebietstheile, welche zu diesen Gegenden gehören, mit Inbegriff der Territorialgewässer, insolange zu respectiren, als die Mächte, welche Souveränitäts- oder Protectoratsrechte über diese Ge-biete ausüben, indem sie von dem Rechte, sich neutral zu erklären, Gebrauch machen, die Pflichten, welche die Neutralität mit sich bringt, erfüllen.

Art. 11. Für den Fall, als eine Macht, welche in den im Art. 1 bezeichneten und unter das Regime der Handelsfreiheit gestellten Gegenden Souveränitäts- oder Protectorats-rechte ausübt, in einen Krieg verwickelt würde, verpflichten sich die hohen Unterzeichner der gegenwärtigen Acte und jene, welche

derselben in Zukunft beitreten werden, ihre guten Dienste dafür zu verwenden, damit die Territorien, welche dieser Macht gehören und innerhalb der vertragsmäßigen Zone der Handelsfreiheit liegen, durch gemeinsame Zustimmung dieser Macht und der anderen kriegsführenden Macht oder Mächte, für die Dauer des Krieges unter das Regime der Neutralität gestellt und als einem nicht kriegsführenden Staate gehörig betrachtet werden; die kriegsführenden Theile würden von da an darauf verzichten, die Feindseligkeiten auf die ursprünglich neutralisierten Gebiete auszudehnen, sowie auch darauf, letztere als Basis von Kriegsoperationen zu benützen.

Art. 12. Für den Fall, als ein ernster Zwiespalt anlässlich der im Art. 1 bezeichneten und unter das Regime der Handelsfreiheit gestellten Gebiete oder in den Grenzen derselben sich zwischen Signatarmächten der gegenwärtigen Acte, oder Mächten, welche ihr künftig beitreten, erheben sollte, verpflichten sich diese Mächte, bevor sie zu den Waffen greifen, die Mediation einer oder mehrerer befreundeter Mächte anzurufen.

Für denselben Fall behalten sich dieselben Mächte die facultative Berufung an einen Schiedsspruch vor.

Capitel IV.

Schiffahrtsakte für den Congo.

Art. 13. Die Schiffahrt auf dem Congo, ohne Ausnahme irgend eines seiner Arme oder Ausflüsse, ist und bleibt vollkommen frei für die beladenen oder unbefüllten Handelsschiffe aller Nationen, sowohl für den Transport von Waaren, als von Reisenden. Hierbei müssen die Bestimmungen der gegenwärtigen Schiffahrtsakte und die zur Durchführung derselben zu erlassenden Vorschriften beobachtet werden.

Bei Ausübung dieser Schiffahrt werden die Unterthanen und Flaggen aller Nationen in jeder Beziehung auf dem Fuße vollkommener Gleichheit behandelt werden, sowohl bezüglich der directen Schiffahrt von der hohen See nach den inneren Häfen des Congo und umgekehrt, als für die große und kleine Cabotage, wie auch für die sonstige Schiffahrt auf dem Flusse.

Dengemäß wird auf dem ganzen Laufe des Congo und in seinen Mündungen keinerlei Unterschied zwischen den Unterthanen der Uferstaaten und der Nichtuferstaaten gemacht, noch auch irgend ein ausschließliches Schiffahrtsprivilegium weder an irgend welche Gesellschaften oder Corporationen, noch an einzelne Personen ertheilt werden.

Diese Bestimmungen werden von den Signatarmächten, als von nun an einen Theil des internationalen öffentlichen Rechtes bildend, anerkannt.

Art. 14. Die Schiffssahrt auf dem Congo wird keinerlei Behinderungen noch Abgaben unterworfen werden können, die nicht ausdrücklich in der gegenwärtigen Acte bestimmt worden wären. Sie wird mit keiner Verpflichtung zum Anhalten oder Anlaufen, noch mit Niederlags- oder Umschlagszwang, noch mit Zwangsaufenthalt belastet werden.

In der ganzen Ausdehnung des Congo werden die auf dem Flusse verkehrenden Schiffe und Waaren, welches immer ihre Provenienz und Bestimmung sei, keinerlei Transfertabgabe unterworfen sein.

Keinerlei lediglich auf die Thatsache der Schiffssahrt beruhende See- oder Flusabgaben werden eingeführt werden, noch auch irgend eine Gebühr von den Waaren, die sich an Bord der Schiffe befinden. Nur solche Taxen oder Gebühren können erhoben werden, welche den Charakter der Entlohnung für Dienste tragen, die der Schiffssahrt selbst geleistet werden, nämlich:

1. Hafentaxen für den wirklichen Gebrauch gewisser localer Anstalten, als: Quais, Magazine &c. &c.

Der Tarif dieser Taxen wird nach den Kosten der Herstellung und der Erhaltung dieser Localanstalten berechnet, und die Anwendung findet ohne Rücksicht auf die Provenienz der Schiffe oder ihrer Ladung statt.

2. Pilotagegebühren auf den Flussectionen, wo es nothwendig erscheinen könnte, Stationen patentirter Piloten zu errichten.

Der Tarif dieser Gebühren wird fix und den geleisteten Diensten proportionirt sein.

3. Abgaben, welche bestimmt sind, die im allgemeinen Schiffssahrtinteresse gemachten technischen und administrativen Ausgaben zu decken, mit Inbegriff der Leuchthurm-, Leuchtfuer- und Bohrgebühren.

Die Abgaben dieser letzten Kategorie werden auf Grund des Tonnengehaltes der Schiffe, wie er aus den Schiffspapieren zu entnehmen ist und nach den für die untere Donau angenommenen Regeln berechnet werden.

Die Tarife, nach welchen die in den drei vorhergehenden Paragraphen aufgezählten Taxen und Gebühren einzuhaben sind, werden keinerlei differentielle Behandlung enthalten und müssen in jedem Hafen officiell veröffentlicht werden.

Die Mächte behalten sich vor, nach einer Periode von fünf Jahren zu untersuchen, ob Anlaß vorhanden ist, die obenwähnten Tarife im gemeinschaftlichen Einverständnisse einer Revision zu unterziehen.

Art. 15. Die Zuflüsse des Congo werden in jeder Beziehung demselben Regime unterworfen sein, wie der Fluss, zu dem sie gehören.

Dasselbe Regime wird auf die Ströme und Flüsse, sowie die Seen und Kanäle der im Art. 1, §§. 2 und 3, bezeichneten Territorien angewendet werden.

Jedoch wird sich der Wirkungskreis der internationalen Congocommission auf die genannten Ströme, Flüsse, Seen und Kanäle nicht ausdehnen, außer im Falle der Zustimmung der Staaten, unter deren Souveränität sie stehen. Ebenso ist man übereingekommen, daß für die im Art. 1, §. 3, erwähnten Territorien die Zustimmung der souveränen Staaten, denen diese Territorien unterstehen, vorbehalten bleibt.

Art. 16. Die Straßen, Eisenbahnen oder Seitencanäle, die zu dem speciellen Zwecke gebaut werden könnten, um bei der Unschiffbarkeit oder Mangelhaftigkeit des Flussweges an einzelnen Strecken des Laufes des Congo, seiner Zuflüsse und der anderen Wasserwege die ihnen durch Art. 15 gleichgestellt sind, den Verkehr zu erleichtern, werden in ihrer Eigenschaft von Communicationsmitteln als Dependenzen dieses Flusses behandelt und ebenfalls dem Verkehre aller Nationen offenstehen.

Wie auf dem Flusse selbst, so können auch auf diesen Straßen, Eisenbahnen und Kanälen nur solche Mauthgebühren erhoben werden, welche auf Grund der Kosten der Anlage, der Erhaltung und der Administration, sowie des den Unternehmern gebührenden Gewinnes berechnet sind.

Bezüglich des Ausmaßes dieser Gebühren werden die Fremden auf dem Fuße vollkommener Gleichheit mit den Nationalen der betreffenden Territorien behandelt werden.

Art. 17. Es wird eine internationale Commission eingesetzt, welche die Aufgabe hat, die Ausführung der Bestimmungen der vorliegenden Schiffahrtsakte zu sichern.

Die Signatarmächte dieser Acte und jene, welche ihr später beitreten, können sich zu jeder Zeit in dieser Commission durch je einen Delegirten vertreten lassen. Kein Delegirter kann über mehr als Eine Stimme verfügen, selbst in dem Falle, wenn er mehrere Regierungen vertritt.

Jeder Delegirte wird direct von seiner Regierung besoldet.

Die Gehalte und Bezüge der Agenten und Beamten der internationalen Commission werden vom Ertrage der in Gemäßheit des Art. 14, §§. 2 und 3, eingehobenen Gebühren bestritten.

Die Höhe dieser Gehalte und Bezüge, sowie die Anzahl, der Rang und der Wirkungskreis der Agenten und Beamten werden im Rechenschaftsberichte angeführt, welcher alljährlich

den in der internationalen Commission vertretenen Regierungen vorzulegen ist.

Art. 18. Die Mitglieder der internationalen Commission, sowie die von ihr ernannten Agenten genießen in der Ausübung ihrer Funktionen das Privilegium der Unverletzlichkeit. Diese Garantie dehnt sich auch auf die Aemter, Bureaux und Archive der Commission aus.

Art. 19. Die internationale Congoschiffahrtscommission wird sich constituiren, sobald fünf Signatarmächte dieser General-acte ihre Delegirten ernannt haben werden. Bis zur Constituirung der Commission wird die Ernennung der Delegirten der Regierung des Deutschen Reiches, welche die entsprechenden Schritte thun wird, um den Zusammentritt der Commission zu veranlassen, notificirt werden.

Die Commission wird unverzüglich Reglements für die Schiffahrt, die Flusspolizei, die Pilotage und die Quarantäne ausarbeiten.

Diese Reglements sowohl, als auch die von der Commission zu bestimmenden Tarife werden, bevor sie in Wirksamkeit treten, den in der Commission vertretenen Regierungen zur Genehmigung unterbreitet werden. Die betheiligten Mächte sollen ihre Rückäußerung in der kürzestmöglichen Frist abgeben.

Die Verlegerungen dieser Reglements werden dort, wo die internationale Commission ihre Autorität direct ausübt, von ihren Agenten, sonst aber von den betreffenden Uferstaaten gehandelt werden.

Im Falle eines von einem Agenten oder Beamten der internationalen Commission begangenen Missbrauches seiner Amtsgewalt oder begangener Ungerechtigkeit kann sich derjenige, welcher sich in seiner Person oder seinen Rechten für verletzt hält, an den Consularagenten seiner Nation wenden. Letzterer muß die Beschwerde untersuchen; wenn er sie prima facie vernünftig findet, hat er das Recht, sie der Commission vorzulegen. Auf seine Initiative wird sich die Commission, welche durch mindestens drei ihrer Mitglieder vertreten sein muß, mit ihm vereinigen, um eine Enquête über das Verhalten ihres Agenten oder Beamten zu veranstalten. Wenn der Consularagent gegen die Entscheidung der Commission Rechtsbedenken erheben zu können glaubt, wird er seiner Regierung darüber Bericht erstatten und diese kann sich an die in der Commission vertretenen Mächte wenden und sie zu einer Vereinbarung über die an die Commission zu richtenden Instructionen einladen.

Art. 20. Zu den Aufgaben der internationalen Congo-commission, welche nach Art. 17. beauftragt ist, die Ausführung der gegenwärtigen Schiffahrtsacte zu sichern, gehört namentlich:

1. Die Bezeichnung jener Arbeiten, welche geeignet sind, die Schiffbarkeit des Congo nach den Bedürfnissen des internationalen Handels zu sichern.

In jenen Sectionen des Flusses, wo keine Macht Souveränitätsrechte ausübt, wird die internationale Commission selbst die entsprechenden Maßnahmen für die Schiffbarkeit des Flusses treffen.

In jenen Sectionen, welche sich im Besitz einer souveränen Macht befinden, wird sich die internationale Commission mit den Behörden des Uferstaates in's Einvernehmen setzen.

2. Die Festsetzung des Pilotagetarifes und des allgemeinen Tarifs der im Art. 14, §§. 2 und 3, bezeichneten Schiffahrtsabgaben.

Die im Art. 14, §. 1, erwähnten Tarife werden von der Territorialmacht innerhalb der in besagtem Artikel gezogenen Grenzen festgesetzt.

Die Einhebung aller dieser Gebühren erfolgt durch jene internationale oder territoriale Behörde, auf Rechnung welcher sie festgesetzt wurden.

3. Die Verwaltung der durch die Anwendung des vorstehenden §. 2 einlaufenden Gelder.

4. Die Ueberwachung der in Gemäßheit des Art. 24 zu errichtenden Quarantäneanstalt.

5. Die Ernennung der zum allgemeinen Schiffahrtsdienste gehörigen Agenten und ihrer eigenen Beamten.

Die Einsetzung der Unterinspectoren in den einer Macht unterstehenden Sectionen steht dieser Territorialmacht zu, in den anderen Sectionen gebührt sie der internationalen Commission.

Der Uferstaat wird der internationalen Commission die von ihr vollzogenen Ernennungen von Unterinspectoren notificiren und nimmt die Besoldung der Letzteren auf sich.

Die internationale Commission wird in der Ausübung ihrer Attributionen, wie sie voranstehend definiert und begrenzt sind, von den Territorialbehörden nicht abhängen.

Art. 21. Die internationale Commission kann bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, wenn es nöthig erscheint, sich an die Kriegsschiffe der Signatarmächte dieser Acte und jener Mächte, welche letzterer noch beitreten werden, wenden, jedoch mit allem Vorbehalt der Instructionen, welche den Befehlshabern dieser Schiffe von ihrer respectiven Regierung ertheilt werden könnten.

Art. 22. Die Kriegsschiffe der Signatarmächte dieser Acte, welche in den Congo einfahren, sind von der Entrichtung der im Art. 14, §. 3, bezeichneten Schiffahrtsabgaben befreit; jedoch müssen sie die eventuellen Pilotagegebühren sowie die Hafen-gebühren zahlen, außer wenn etwa ihre Intervention nach den

Bestimmungen des vorstehenden Artikels von der internationalen Commission oder deren Agenten reclamirt worden wäre.

Art. 23. Um die ihr obliegenden technischen und administrativen Ausgaben bestreiten zu können, ist die durch Art. 17 geschaffene internationale Commission befugt, in ihrem eigenen Namen Anlehen aufzunehmen, für welche ausschließlich die dieser Commission zugesprochenen Einkünfte haften.

Die auf den Abschluß einer Anleihe abzielenden Beschlüsse der Commission müssen mit einer Majorität von zwei Dritteln der Stimmen gefaßt werden. Dabei ist man übereingekommen, daß die in der Commission vertretenen Regierungen in keinem Falle, als bezüglich dieser Anlehen, irgend eine Garantie, eine Verbindlichkeit oder Solidarität übernehmend angesehen werden können, abgesehen von etwaigen diesfalls von ihnen eingegangenen Specialconventionen.

Die Einkünfte aus den im Art. 14, §. 3, aufgezählten Abgaben werden in erster Linie für die Zahlung der Interessen und die Amortisirung dieser Anlehen in Gemäßheit der mit den Darleihern geschlossenen Conventionen verwendet.

Art. 24. An den Mündungen des Congo wird, sei es durch die Initiative der Uferstaaten, sei es durch die Intervention der internationalen Commission, eine Quarantäneanstalt errichtet werden, welche die Controle über die Schiffe beim Einlaufen wie beim Auslaufen ausüben wird.

Später wird von den Mächten entschieden werden, ob und unter welchen Bedingungen eine Sanitätscontrole über die Schiffe auch während der Flussfahrt ausgeübt werden soll.

Art. 25. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Schiffahrtsacte bleiben auch in Kriegszeiten in Kraft. In Folge dessen wird die Schiffahrt aller Nationen, der neutralen wie der kriegsführenden, zum Zwecke des Handels auf dem Congo, seinen Armen, Zuflüssen und Mündungen, sowie auf dem Küstenwasser, welches den Mündungen dieses Flusses gegenüberliegt, zu jeder Zeit frei sein.

Auch auf den in den Art. 15 und 16 bezeichneten Straßen, Eisenbahnen, Seen und Kanälen wird der Verkehr trotz des Kriegszustandes frei bleiben.

Dieses Prinzip wird keine Ausnahme erleiden, außer in Bezug auf den Transport von Gegenständen, welche für einen kriegsführenden Theil bestimmt sind und in Gemäßheit des Völkerrechtes als Kriegscontrebande angesehen werden.

Alle Werke und Anstalten, welche in Ausführung der gegenwärtigen Acte errichtet werden, namentlich die Einnahmebüroa und ihre Cassen, ebenso wie das zum Dienste dieser Anstalten bleibend gehörige Personal sind unter das Regime der

Neutralität gestellt und werden aus diesem Grunde von den Kriegsführenden respectirt und beschützt werden.

Capitel V.

Schiffahrtsakte für den Niger.

Art. 26. Die Schiffahrt auf dem Niger, ohne Ausnahme irgend eines seiner Arme oder Ausflüsse, ist und bleibt vollkommen frei für die beladenen oder unbefüllten Handelsschiffe aller Nationen, sowohl für den Transport von Waaren, als von Reisenden. Hierbei müssen die Bestimmungen der gegenwärtigen Schiffahrtsakte und die in Gemäßheit derselben zu erlassenden Vorschriften beobachtet werden.

Bei Ausübung dieser Schiffahrt werden die Unterthanen und Flaggen aller Nationen in jeder Beziehung auf dem Flusse vollkommener Gleichheit behandelt sowohl bezüglich der directen Schiffahrt von der hohen See nach den inneren Häfen des Niger und umgekehrt, als für die große und kleine Gabotage, wie auch für die sonstige Schiffahrt auf dem Flusse.

Demgemäß wird auf dem ganzen Laufe des Niger und in seinen Mündungen keinerlei Unterschied zwischen den Unterthanen der Uferstaaten und der Nichtuferstaaten gemacht, noch auch irgend ein ausschließliches Schiffahrtsprivilegium weder an irgendwelche Gesellschaften oder Corporationen, noch an einzelne Personen ertheilt werden.

Diese Bestimmungen werden von den Signatarmächten, als von nun an einen Theil des internationalen öffentlichen Rechtes bildend, anerkannt.

Art. 27. Die Schiffahrt auf dem Niger wird keinerlei Behinderungen noch Abgaben unterworfen werden können, die ausschließlich auf der Thatzache der Schiffahrt beruhen.

Sie wird keiner Verpflichtung zum Anhalten oder Anlaufen, keinem Niederlags- oder Umschlagszwang, noch einem Zwangsaufenthalte unterliegen.

In der ganzen Ausdehnung des Niger werden die auf dem Flusse verkehrenden Schiffe und Waaren, welches immer ihre Provenienz und Bestimmung sei, keinerlei Transitabgabe unterworfen sein.

Keinerlei lediglich auf der Thatzache der Schiffahrt beruhende See- oder Flusabgabe wird eingeführt werden, noch auch irgend eine Gebühr von den Waaren, die sich an Bord der Schiffe befinden. Nur solche Taxen oder Gebühren können erhoben werden, welche den Charakter von Entlohnung für Dienste tragen, die der Schiffahrt selbst geleistet werden. Die Tarife dieser Taxen werden keinerlei differentielle Behandlung erhalten.

Art. 28. Die Zuflüsse des Niger werden in jeder Beziehung demselben Regime unterworfen sein wie der Fluß, zu dem sie gehören.

Art. 29. Die Straßen, Eisenbahnen oder Seitencanäle, die zu dem speciellen Zwecke gebaut werden könnten, um bei der Unschiffbarkeit oder Mangelhaftigkeit des Flußweges an einzelnen Strecken des Laufes des Niger, seiner Zuflüsse, Arme und Ausflüsse den Verkehr zu erleichtern, werden in ihrer Eigenschaft von Communicationsmitteln als Dependenzen dieses Flusses behandelt und ebensfalls dem Verkehre aller Nationen offen stehen.

Wie auf dem Flusse selbst, so können auch auf diesen Straßen, Eisenbahnen und Canälen nur solche Mauthgebühren erhoben werden, welche auf Grund der Kosten der Anlage, der Erhaltung und der Administration, sowie des den Unternehmern gebührenden Gewinnes berechnet sind.

Bezüglich des Ausmaßes dieser Gebühren werden die Fremden auf dem Fuße vollkommener Gleichheit mit den Nationalen der betreffenden Territorien behandelt werden.

Art. 30. Großbritannien verpflichtet sich, die in den Art. 26, 27, 28, 29 ausgesprochenen Prinzipien der Schifffahrtsfreiheit insoweit anzuwenden, als die Gewässer des Niger, seiner Zuflüsse, Arme und Ausflüsse unter seiner Souveränität oder seinem Protectorate stehen oder stehen werden.

Die Reglements, welche es für die Sicherheit und Ueberwachung der Schifffahrt erlassen wird, sollen dergestalt abgefaßt werden, daß die Circulation der Handelsfahrzeuge soviel als möglich erleichtert werde.

Hiebei ist wohl verstanden, daß nichts in den so übernommenen Verpflichtungen so ausgelegt werden darf, als wenn dadurch Großbritannien verhindert würde oder verhindert werden könnte, was immer für Schifffahrtsreglements zu erlassen, wenn sie nur dem Geiste dieser Verbindlichkeiten nicht widersprechen.

Großbritannien verpflichtet sich, die fremden Handelsleute aller Nationen, welche in den jetzt oder in Zukunft seiner Souveränität oder seinem Protectorate unterstelten Theilen des Laufes des Niger Handel treiben, zu beschützen, als wenn sie seine eigenen Unterthanen wären, vorausgesetzt, daß diese Handelsleute die in Gemäßheit des Vorhergehenden erlassenen oder zu erlassenden Reglements beobachten.

Art. 31. Frankreich übernimmt unter denselben Vorbehaltungen und im identischen Wortlaut die im vorhergehenden Artikel festgesetzten Verpflichtungen, insoweit die Gewässer des Niger, seiner Zuflüsse, Arme und Ausflüsse unter seiner Souveränität oder seinem Protectorate stehen oder stehen werden.

Art. 32. Jede der anderen Signatarmächte verpflichtet sich in gleicher Weise, für den Fall als sie zukünftig Souveränetäts- oder Protectoratsrechte über irgend einen Theil der Gewässer des Niger, seiner Zuflüsse, Arme und Ausflüsse ausüben sollte.

Art. 33. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Schiffahrtsakte bleiben auch in Kriegszeiten in Kraft. In Folge dessen wird die Schiffahrt aller Nationen, der neutralen wie der kriegsführenden, zum Zwecke des Handels auf dem Niger, seinen Armen und Zuflüssen, Mündungen und Ausflüssen, sowie auf dem Küstenwasser, welches den Mündungen und Ausflüssen dieses Flusses gegenüber liegt, zu jeder Zeit frei sein.

Auch auf den im Art. 29 bezeichneten Straßen, Eisenbahnen und Kanälen wird der Verkehr trotz des Kriegszustandes frei bleiben.

Dieses Prinzip wird keine Ausnahme erleiden, außer in Bezug auf den Transport von Gegenständen, welche für einen kriegsführenden Theil bestimmt sind und in Gemäßheit des Völkerrechtes als Kriegscontrebande angesehen werden.

Capitel VI.

Declaracion betreffs der wesentlichen Bedingungen, welche zu erfüllen sind, damit neue Besitzergreifungen an den Küsten des afrikanischen Festlandes als effectiv betrachtet werden.

Art. 34. Jede Macht, welche künftig von einem außerhalb ihrer gegenwärtigen Besitzungen gelegenen Territorium an den Küsten des afrikanischen Festlandes Besitz ergreift, oder welche, wenn sie bis dahin dort keine Besitzungen gehabt hat, solche erwirbt und gleicherweise jede Macht, welche dort ein Protectorat übernimmt, wird den betreffenden Act mit einer an die anderen Signatarmächte der gegenwärtigen Acte gerichteten Notification begleiten, um dieselben in die Lage zu setzen, vorkommendenfalls ihre Reclamationen geltend zu machen.

Art. 35. Die Signatarmächte der gegenwärtigen Acte erkennen die Verpflichtung an, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Festlandes in Besitz genommenen Territorien den Bestand einer hinreichenden Autorität sicherzustellen, um die erworbenen Rechte und vorkommendenfalls die Freiheit des Handels und Transits unter den Bedingungen, unter denen sie stipulirt worden wäre, respectiren zu machen.

Capitel VII.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 36. Die Signatarmächte der gegenwärtigen Generalakte behalten sich vor, an denselben nachträglich im gemeinsamen Einverständniß jene Modificationen und Verbesserungen anzu-

bringen, deren Nützlichkeit von der Erfahrung gelehrt worden wäre.

Art. 37. Jene Mächte, welche diese Generalacte nicht unterschrieben haben werden, können den Bestimmungen derselben durch einen Separatact beitreten.

Der Beitritt jeder Macht wird auf diplomatischem Wege der Regierung des Deutschen Reiches und von dieser allen Signatar- und beigetretenen Mächten notificirt.

Derselbe schließt von selbst die Annahme aller Verpflichtungen und die Zulassung zu allen durch die gegenwärtige Generalacte stipulirten Vortheilen in sich.

Art. 38. Die gegenwärtige Generalacte wird innerhalb einer möglichst kurzen Frist, welche auf keinen Fall ein Jahr überschreiten darf, ratificirt werden.

Sie tritt für jede Macht mit dem Zeitpunkte in Kraft, an welchem diese sie ratificirt haben wird.

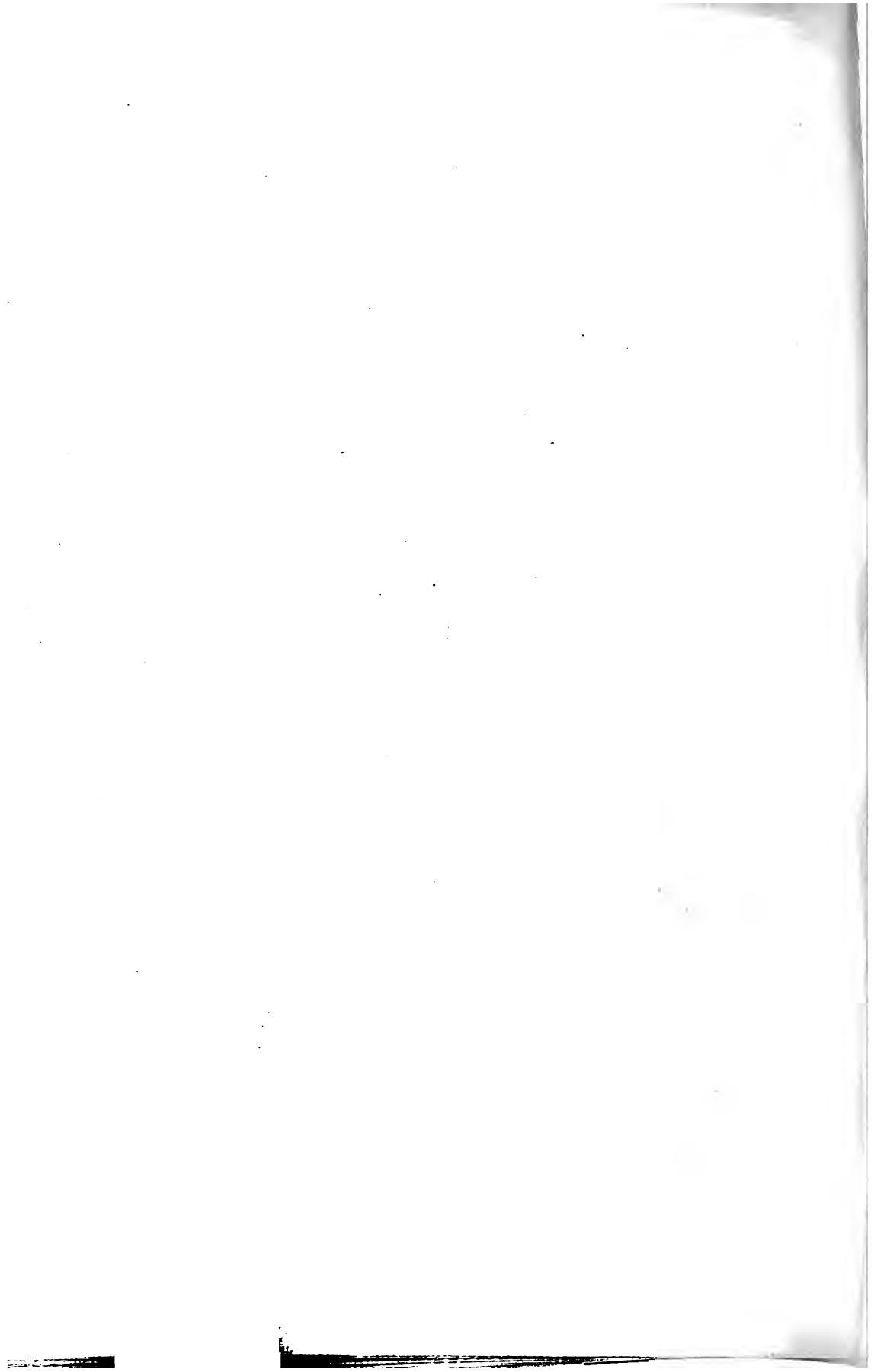
Unterdessen verpflichten sich die Signatarmächte der gegenwärtigen Generalacte, keinerlei Maßnahme zu ergreifen, welche den Bestimmungen der genannten Acte zuwiderliefe.

Jede Macht wird ihre Ratification an die Regierung des Deutschen Reiches richten, durch welche allen anderen Signatarmächten der gegenwärtigen Generalacte Mittheilung davon gemacht werden wird.

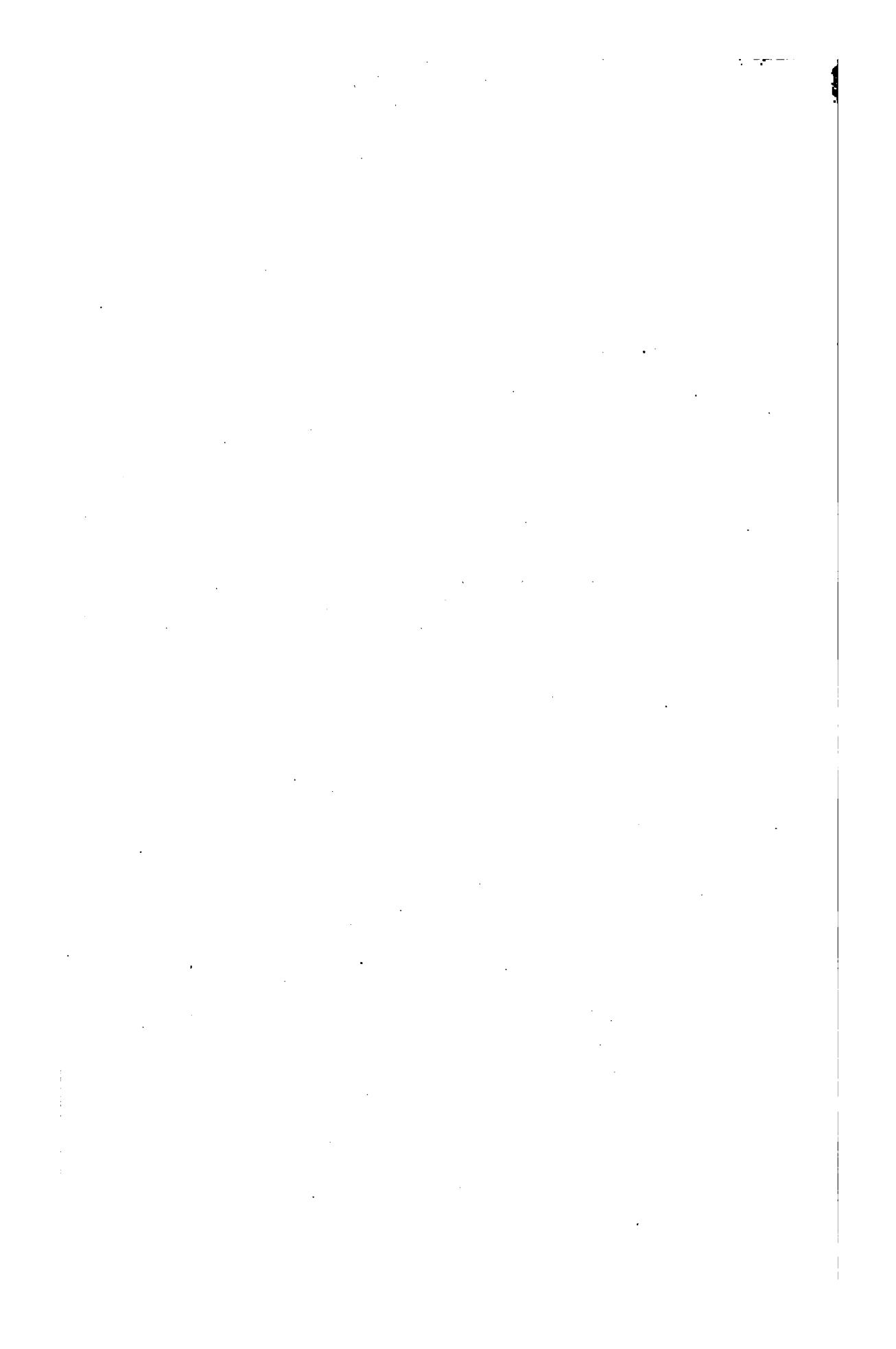
Die Ratificationen aller Mächte werden in den Archiven der Regierung des Deutschen Reiches deponirt bleiben. Sobald alle Ratificationen vorhanden sind, wird über die Hinterlegung ein Act errichtet, und zwar mittelst eines Protokolles, welches von den Vertretern aller Mächte, die an der Berliner Conferenz theilgenommen haben, unterzeichnet, und von welchem allen diesen Mächten je eine beglaubigte Abschrift gegeben werden wird.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten die gegenwärtige Generalacte unterzeichnet und ihr Insiegel begedrückt.

Gegeben zu Berlin den sechsundzwanzigsten Tag des Monates Februar Ein tausendacht hundert und fünfundachtzig.



Die Carolinen-Akte.



1. Die Inselgruppe der Carolinen.

Unter den Inseln des Stillen oder Großen Oceans, welche in der letzten Zeit in völkerrechtlicher Beziehung die Aufmerksamkeit auf sich lenkten, verdienen die Carolinen und Palau, sowie die Marshallinseln besondere Beachtung. Die erstgenannten Inselgruppen liegen zwischen dem 133. und 164. Grad östlicher Länge und dem Äquator und 11 Grad nördlicher Breite über einen gewaltigen Meeresraum von über 1500 Seemeilen verstreut.

Der staunenswerthen Thätigkeit der Korallenthierchen verdanken die meisten dieser Inseln ihr Entstehen. Langsam aber unablässig bauen Milliarden dieser kleinen Lebewesen ihre Steinwälle vom Grund des Meeres bis zu seiner Oberfläche senkrecht empor. Hier erlahmt ihre Thätigkeit, aber aus den Flanken der aufstrebenden Kalkgebilde reiht die See gewaltige Blöcke los und thürmt sie auf dem Riff übereinander. Die Tropensonne macht die mächtigen Blöcke bersten und überzieht sie mit faulenden Vegetabilien, Muschelschalen und Korallengries, so daß eine Humusdecke entsteht, auf der sich eine üppige Vegetation entwickelt. So sind Hunderte kleiner Insel-complexe und Korallenringe entstanden, die aber dennoch in ihrer Gesamtheit nur einen kleinen Theil des Areals ausmachen, von welchem zwei Dritttheile auf fünf größere Inseln entfallen, welche vulcanischen Ursprungs sind. Der Anblick dieser fünf Inseln: Rauschäte, Ponaps (Ascension), Ituk, Yap und Palau, wird als ein unvergleichlich fesselnder geschildert. Diese Inselgruppen, verbunden durch niedrige Korallendämme, weisen eine wunderbare Mischung und Gruppierung der Flora auf. Eine der anmuthigsten Eilande dieser Gruppe ist die zwischen $9^{\circ} 19'$ bis $9^{\circ} 37'$ nördlicher Breite und $138^{\circ} 3'$ bis $138^{\circ} 18'$ östlicher Länge an der westlichen Grenze des Carolinenarchipels gelegene hohe Insel Yap.

Sie misst etwa vier Quadratmeilen im Umfange und hat die Structur einer durch einen Isthmus verbundenen Doppelinsel im Flächenausmaße von 200 Quadratkilometer mit 2500 Einwohnern, verteilt auf 67 von einander unabhängigen Dorfschaften. Die im fortwährenden Rückgange begriffene Bevölkerung des ganzen Archipels wird auf 22.000 geschätzt. Ihre natürlichen Anlagen werden von den Forschern als gutartig, friedfertig und äußerst bildsam geschildert. Der zunehmende Verkehr mit den Europäern hat ihre einfachen Sitten und ihre auf Begetabilien angewiesene Lebensweise verschlechtert und die Civilisation, wie sie von amerikanischen Missionären auf Rauschae wie auf Palau betrieben wird, hat sie misstrauisch, habgierig, träge und genussüchtig gemacht.

Noch gegenwärtig von nicht geringer geistiger Begabung, standen die Carolinier ehemals unzweifelhaft auf einer höheren Stufe der Gesittung. Schwer entschließt man sich zu dem Glauben, daß die mächtigen Steinbauten von Rauschae, Ponaps und Palau Werke eines Volkes sein können, das fortwährend angestrengter Thätigkeit so abhold ist, wie diese Insulaner. In Rauschae schützen, hohe Mauern die Ufer gegen den Anprall der Wellen, in Ponaps sehen wir großartige Ruinen, cyclopische Bauten aus mächtigen Basaltsäulen, und in Palau muß man staunen über die hohen Wälle, Straßen und Steintreppen, die langen und breiten Steindämme, mit denen man künstliche Häfen bildete. Wie man die ungeheuren Basaltblöcke von ihrem Fundorte zu dem oft weit entfernten Bauplatze quer durch den Urwald forschaffte, bleibt ein Rätsel. Jetzt bedecken Moos und Blattpflanzen die dunklen Riesenmauern, die nach allen Richtungen laufen. Meist umschließen sie unregelmäßige Bierrechte, zu welchen große, mit Geröll halb verschüttete Öffnungen führen. Der innere Raum ist mit gewaltigen Bäumen bestanden und der Boden häufig mit flachen Steinen gepflastert. Ohne Zweifel wurden diese Riesenbauten zu Vertheidigungszwecken angelegt, aber bei der jetzigen Generation ist alle Erinnerung an den Bau dieser Werke verschwunden. Noch immer entwickeln die Carolinier eine bemerkenswerthe Geschicklichkeit, verbunden mit Nettigkeit und Geschmack im Bau ihrer Häuser und Boote in der Anfertigung von allerlei Gerät und Zeugen. Charakteristisch für die Insulaner ist die Kenntniß einer primitiven Webekunst, welche ohne eigentlichen Webestuhl doch sehr hübsche Stoffe aus der haltbaren, fast seidenähnlichen Faser der Banane liefert. Schon hat sich ein reger Tauschverkehr mit europäischen Schiffen entwickelt. Die Insulaner liefern Kopra und Trepang in nicht erheblicher Menge gegen Zeuge, Beile u. s. Die deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südsee hat auf neun

Inseln Factoreien errichtet, darunter auch auf Yap, und die Firma Hernsheim besitzt auf der großen Insel Bonapé zwei Factoreien auf eigenem Grund und Boden und eine Factorei auf den nahen Antinseln. Auch Engländer treiben Handel mit dieser Gruppe.

Die Wohnungen der Carolinier sind im Ganzen denen der Polynesier ähnlich. Die Wände bestehen aus Rohr oder zugehauenen Balken, die Dachungen aus Matten und Pandanusblättern. In jedem Dorfe finden sich als größere Wohnstätten die Residenz des Häuptlings und das weitläufige Gemeindehaus vor, bestimmt zum gemeinschaftlichen Aufenthalte für die unverheiratete Jugend. Wie bei allen uncivilisierten Völkern, von denen man mit Unrecht annimmt, daß sie sich nur aus dem Instinct und der Thierheit zur Vernunft und Freiheit erhoben haben, findet man auch bei den Carolinern eine Art Offenbarung in phantastischer und phantasieicher Umhüllung. Sie unterscheiden höhere und niedere Gottheiten, die ihre besonderen Priester und Verehrungsstätten haben und denen Lebensmittel geopfert werden. Sie glauben an übersinnliche Wesen, die Wald und Flur, Luft und Wasser beleben, sowie an eine Seelenwanderung nach dem Tode.

Die Potentaten der kleinen Ansiedlungen sind untereinander sehr oft in Feindschaft. Aber ihre Kriege sind nicht besonders gefährlich und die Verluste unbeträchtlich; vorsichtig wirkt man Erdwälle auf, um aus sicherer Deckung die gezähnten Speere und dolchartigen Wurfsäcke hervorzuschleudern, oder aus alten Musketen schlechtes Pulver zu verpuffen. Wochenlang dauern solche Fehden, bis sich ein Streitheil entschließt, eine Kriegsentschädigung zu zahlen. Auf allen Inseln besteht eine Scheidung des Volkes in Vornehme und Geringe, die gleich Sklaven gehalten werden.

Die politische Eintheilung basirt, wie erwähnt, auf Gemeinden und Districten, von Häuptlingen regiert, die dann wieder einem Oberhäuptling unterstehen.

Wenn die Carolinier ein Seevolk genannt werden, so gilt das im Grunde nur für die Bewohner der niedrigen Inseln, welche die Boote bauen, mit denen sie wahrhaft staunenswerthe Seefahrten unternehmen. Sie sind jedoch vor Allem ein Handelsvolk wie es im Ocean kein zweites gibt. Sie haben zuerst den Seeweg nach den Ladronen entdeckt und besuchen sie seitdem in ganzen Flotten; doch treiben sie vor Allem unter sich selbst lebhaften Verkehr. Dieser Verkehr ist bis jetzt noch Tauschhandel, Geld ist noch wenig bekannt, Messer und noch mehr Tabak vertreten hauptsächlich seine Stelle. Eigenthümlich ist das auf Yap übliche Geld, wohl entsprechend den primitiven Zu-

ständen und der isolirten Lage des Landes. Wir finden nämlich als großes werthaltiges Geld runde Steine von der Gestalt und Größe einer Drehzscheibe bis zu der eines Mühlsteines, in der Mitte durchbohrt, aus Kalkspath, den die Bewohner in Palau finden und bearbeiten. Je größer das Exemplar, desto größer der Werth, denn begreiflicherweise ist es ein gefährliches Unternehmen, solch schweren Ballast in so gebrechlichen Fahrzeugen nach Yap zu schaffen. Die kleinsten Stücke werden in der Größe eines Tellers hergestellt; gegen ein solches ersteht eine Familie ihren monatlichen Bedarf an Lebensmitteln.

So ist nach Finsch, Kubary u. a. Land und Volk jener merkwürdigen Inselgruppe beschaffen, die in der Geschichte der neuesten Colonialbewegung eine Rolle zu spielen berufen war.

Die Marschallgruppe in der Südsee, nordöstlich von den Carolinen, besteht aus etwa 20 bis 25 theils größeren, theils kleineren Laguneninseln, die sich sämmtlich nur wenige Fuß über den Meeresspiegel erheben, aber mit üppigster Vegetation bedeckt sind; sie erstreckt sich von 4° bis 13° nördlicher und von 161° bis 173° östlicher Länge. Sie zerfällt in zwei getrennte Hauptgruppen, die östliche oder Ratackette und die westliche oder Malickette, zu welch' letzterer die wichtigste Insel der Gruppe, Jaluit, gehört. Jaluit besitzt einen der besten Häfen der Welt, eine geräumige, vollständig geschützte Lagune, welche durch fünf verschiedene Passagen zu erreichen ist. Die bedeutendsten Niederlassungen in Jaluit gehören der deutschen Handels- und Plantagengesellschaft und der deutschen Firma Robertson und Hernsheim, welche auch das deutsche Consulat vertritt, das seit 1879 seinen Sitz in Jaluit hat. Die Missionsthätigkeit auf der Marschallgruppe befindet sich in den Händen der Boston Mission Society, welche ihre Hauptstationen in Boston und Honolulu hat und die sämmtlichen Inseln der Gruppe alljährlich ein- oder zweimal von ihrem neuen und vorzüglich eingerichteten Dampfer „Morning Star“ besuchen läßt. Die Gesellschaft besitzt auf allen Inseln der Gruppe Missionsstationen, die jedoch nicht mit weißen, sondern mit hawaiischen eingeborenen Missionären besetzt sind.

2. Der Carolinenstreitfall.

Der Anlaß zu jenem internationalen Streitfall zwischen Spanien und Deutschland, welcher zum Vermittleramte Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. und durch dessen Ratschläge zu einer befriedigenden Beilegung geführt hat, soll nach amtlichen Meldungen und Mittheilungen von Augenzeugen folgender gewesen sein:

Am 21. und 22. August d. J. waren zu Yap die beiden spanischen Transportschiffe „San Quintin“ und „Corriedo“ eingetroffen, und bald nach ihrer Ankunft verbreitete sich auf Yap das Gerücht, daß diese Schiffe beauftragt seien, von den Carolineninseln für Spanien Besitz zu ergreifen. An Bord eines der Schiffe befand sich auch ein noch sehr junger Lieutenant, Don Enrique Capriles y Ossuna, von dem es hieß, daß er zum Gouverneur der zukünftigen spanischen Colonie ernannt sei. Während der Tage vom 22. bis 25. August geschah jedoch Seitens der spanischen Schiffe nichts von Bedeutung. Man besichtigte das Land, besah sich einige Punkte, wo angeblich ein Regierungsgebäude und eine Kirche erbaut werden sollten, schiffte Nutzthiere aus, um sie weiden zu lassen und auch zwei Missionäre kamen an das Ufer, vermochten sich aber den Eingeborenen, welche große Furcht zeigten, nicht zu nähern. Irgend eine Handlung, durch welche die Spanier ihre Absicht kundgegeben hätten, von der Insel effectiv Besitz zu ergreifen, wurde nicht unternommen, wahrscheinlich darum nicht, weil sie ohnehin hoheitsberechtigt zu sein glaubten. Bei der Zweifelhaftigkeit des Rechtstitels war das ein Fehler, welcher durch die Vergedung kostbarer Zeit noch vergrößert wurde.

Am 25. August, Nachmittags 5 Uhr, kam das deutsche Kanonenboot „Iltis“ in Sicht. Aufmerksam gemacht durch die beiden spanischen Schiffe und durch den ihm entgegengesandten Booten, beeilte sich der „Iltis“ mit dem Einlaufen und erreichte um halb, 7 Uhr den Hafen. Sofort wurde ein Detachement gelandet und um 7 Uhr Abends auf der Factorei der Herren Robertson und Hernsheim im Kulhafen unter Trommelschlag und nach Verlesung einer kaiserlichen Proclamation Seitens des Befehlshabers des „Iltis“, Capitänleutnant Hofmeier, die deutsche Flagge gehisst und das Protectorat des Deutschen Reiches über alle Inseln zwischen dem Äquator und 11° nördlicher Breite, sowie zwischen 133° und 164° östlicher Länge feierlich proklamirt. Es sind darunter im Westen die Pelew- oder Palaoinseln, im Osten die schöne Insel Strong-Island einbegriffen. Sofort nach Vollendung der Ceremonie wurde dem Commandanten der spanischen Schiffe von der deutschseits vollzogenen Besitzergreifung officiell Mittheilung gemacht. Ueberrascht und betroffen erklärten die Spanier, sie könnten diesen Act nicht gelten lassen, daß sie selbst Willens seien, nach Fertigstellung eines von Manila zu diesem Zwecke mitgebrachten Altars ihre Herrschaft über den Carolineninseln im Namen der spanischen Krone feierlich zu proklamiren. Auch war, nachdem bis zum 25. August Abends, wie alle auf Yap anwesenden Europäer eidlich bezeugen können, nirgends auf der ganzen Insel eine

spanische Flagge, außer den an Bord der Schiffe wehenden, zu erblicken gewesen, am 26. August Morgens auf dem angeblich für einen zukünftigen Gouvernementspalast ausgesuchten Platze eine Flaggenstange mit spanischer Flagge sichtbar, die also während der Nacht dort aufgerichtet sein mußte. Auf Verartiges, also namentlich auf gehegte Zukunftsabsichten konnten sich die Deutschen nicht einlassen, und so holten denn auch die Spanier ihre Flagge wieder ein, nahmen den größten Theil der an Land gebrachten Sachen, wie auch die Missionäre wieder an Bord und schickten am 28. August den „San Quintin“ nach Manila, um Bericht zu erstatten und Instructionen einzuholen. Am 29. August kam der Kaiserlich deutsche Consul, Herr Eduard Hernsheim, zu dessen Consulatsbezirk die Carolineninseln schon seit 1879 gehören, mit dem Dampfer „Viktoria“ von Matupi (Neubritannien) in Yap an und brachte Kohlen und Proviant für die dort befindlichen oder noch erwarteten deutschen Kriegsschiffe mit. Aus diesen Vorräthen füllte der „Iltis“ mit Kohlen auf und ging am 30. August nach Manila, um ebenfalls Bericht zu erstatten.

Groß war die Erregung, welche in Spanien das Vorgehen Deutschlands hervorrief. Leidenschaftliche Artikel in den Journals und stürmische Volkskundgebungen bildeten die ernsten Anzeichen eines drohenden Conflictes. Um so kaltschlägiger fäste man in Berlin die Sache auf und erklärte mit gewohnter Festigkeit, man habe Ursache gehabt, die Carolinen als herrenlose Eilande zu betrachten und glaubte zur Annahme berechtigt zu sein, daß Spanien an denselben Hoheitsrechte niemals beansprucht habe. Gewillt jedoch, die Rechte anderer Staaten gewissenhaft zu respectiren, werde das Deutsche Reich Spaniens Ansprüche gerne anerkennen, wenn es dieselben völkerrechtlich zu begründen vermöge. Indem die spanische Regierung diesen Nachweis antrat, stellte sie sich zunächst auf geschichtlichen Boden und führte aus:

Die ersten Nachrichten über die Carolinen stammen von dem portugiesischen Schiffer Diego de Roche aus dem Jahre 1525, der sie „Sequelrainseln“ taufte. Im Jahre 1686 entdeckte der spanische Schiffer Francisco Lezcano eine große Insel, welche er zu Ehren des damals regierenden Königs Carl II. „Carolina“ nannte, ebenso wie die mehr nach Norden gelegene Gruppe der Marianen nach Donna Maria d'Austria, Gemalin Philipp's IV., benannt wurde. Die Insel, welche Lezcano sah, gab der ganzen Gruppe, welche noch heute „die Carolinen“ heißt, ihren Namen. Die Jesuiten von Manila fassten das Project, die erwähnten Inseln zu christianisiren, und im Jahre 1710 wurde mit einem von Francisco de Padilla befehligen Schiffe

hiemit der erste Versuch gemacht. Die Expedition mißlang. Nach zwei weiteren unglücklichen Versuchen segelte der Pater Cantova im Jahre 1733 dorthin, wurde aber in Mog-Mog von den Eingeborenen ermordet. Seit jenem Zeitpunkte werden die Carolinen zu den spanischen Besitzungen gerechnet und das mit Recht. Denn was das historische Recht anbelangt, so ist es klar, daß sie Spanien angehören, nicht nur weil ihre ersten Entdecker Spanier waren, sondern auch wegen der berühmten Bulle Alexander's VI., zur Zeit, als Karl V. es für angemessen hielt, Maluco an die Portugiesen zu verkaufen. Die Carolinen waren zur Zeit, als sie entdeckt wurden, legitimes Eigentum der Spanier, und da seitdem nichts dagegen eingewendet worden ist, so ist es zweifellos, daß sie Eigentum der spanischen Krone sind. Im März 1884 besuchte der spanische Kreuzer „Velasco“ den Archipel, legte auf den Belew- oder den Palauinseln an, intervenierte in dem unaufhörlichen Streite zwischen zwei Dorfhäuptlingen und erzwang die Herstellung eines Friedens, zu dessen Bekräftigung den Ausgesuchten Geschenke und eine spanische Flagge gegeben wurden.

Ferner sei vor Jahresfrist in einem Briefgesuch vom 29. September 1884 verschiedener Bewohner der Insel Yap der Gouverneur der Philippinen um Entsendung eines Verwaltungsbeamten und eines Priesters ersucht worden unter Zusicherung des Gehorsams und der bereitwilligen Unterstützung dieser Organe in ihren Obliegenheiten. Endlich habe man über die Besitzansprüche Spaniens auf die Carolinen umso weniger im Unklaren sein können, als die amtlichen Zeitungen in Madrid und Manila seit geraumer Zeit den von den Cortes bewilligten Credit für die effective Besetzung signalisiert hatten.

Im Weiteren erinnerte das spanische Cabinet daran, daß Spanien auch nach seinen Verhandlungen mit Deutschland und England im Jahre 1875 seine Ansprüche auf die Archipel der Sulus und Carolinen aufrechterhalten habe und daß, da es sich von altersher als Herrin dieser Archipel betrachtete, kein Unlaß vorgelegen sei, jene unbestreitbaren Rechte durch eine effective Occupation zu bekräftigen.

Endlich berief sich Spanien auf das Protokoll vom 11. März 1877 und den Vertrag vom 7. März 1885 zwischen dem Deutschen Reiche, England und Spanien, betreffend den Sulu-Archipel, in dessen Art. IV, 2, gesagt ist: „Im Falle Spanien andere Plätze im Sulu-Archipel effectiv besitzt, und dort die für den Handel erforderlichen Einrichtungen und Beamten unterhält, dürfen die Regierungen von Großbritannien und Deutschland keinen Einwand dagegen erheben, daß die für die bereits occupirten Orte Geltung habenden Bestimmungen

ebenfalls Anwendung finden. In Ansehung neuer Ansprüche jedoch, die aus der Unsicherheit über den Handel mit den bereits occupirten Plätzen entstehen können, soll die spanische Regierung den Regierungen von Großbritannien und Deutschland in jedem Falle einer thatfächlichen Besitzergreifung eines Platzes im Sulu-Archipel Mittheilung machen.

Es wurde hieraus gefolgert, daß zwar für künftige Fälle Spanien sich den Forderungen des modernen Colonialrechtes, betreffend die effective Occupation und Notification derselben, angeschlossen habe, daß jedoch diese auf der Berliner Conferenz vereinbarten Regeln nicht rückwirkend sein können und daß bezüglich des Carolinenstreitfalles die Grundsätze des alten Völkerrechtes die maßgebenden seien. Somit berief sich Spanien, vorausgesetzt, daß die in deutschen und spanischen Blättern veröffentlichten Schriftstücke den Sachverhalt richtig mitgetheilt haben, auf folgende Rechtstitel: a) Auf das Recht der ersten Entdeckung und nominellen Eindivision, b) auf die Besitzeinweisung durch die Bulle des Papstes Alexander VI., durch welche implicite die Carolineninseln den Spaniern zugesprochen worden seien; c) auf die ersten, von Spanien ausgegangenen Versuche der Christianisirung und Cultivirung dieser Inselgruppe; d) auf die stillschweigende Zubilligung und Uebereinstimmung der Staaten in Anbetracht des seit 1686 unbestrittenen Besitztitels der spanischen Krone auf die Carolinen; e) auf die historische und geographische Ueberlieferung in Wissenschaft und Lehre, betreffend die Zugehörigkeit der fraglichen Inselgruppe zu Spanien; f) auf die notorisch declarirte Absicht, seine bestehende völkerrechtliche Souveränität durch eine effective Besetzung mit den Forderungen des Völkerrechtes der Gegenwart in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Bedenken, welche die deutsche Reichsregierung gegen diese einzelnen Punkte erhob, sind aus der Note des Fürsten Bismarck vom 1. October 1884 zu ersehen, welche auszugsweise folgendermaßen lautet:

Das Deutsche Reich vermag bei aller Hochschätzung der Freundschaft beider Nationen und ihrer erhabenen Monarchen die Ansicht der spanischen Regierung, daß im vorliegenden Falle nach feststehenden Grundsätzen des Völkerrechtes die Souveränität Spaniens über die Carolinen- und Pelewinseln außer Zweifel gestellt sei, nicht vollständig zu theilen. Die alten Völkerrechts-titel der ersten Entdeckung und die Bestätigung von colonialen Erwerbungen durch den römischen Pramat sind seit Jahrhunderten hinfällig geworden. Der Tod des Papstes Alexander VI. erfolgte zudem im Jahre 1503, also vor der Entdeckung der Carolinen.

Die königlich spanische Regierung führt selbst keinen Hoheitsact an, aus welchem erschließe, daß sie ihren Ansprüchen auf die Herrschaft über die Carolinen durch Besitzergreifung oder durch Ausübung von Regierungsrechten jemals einen thatslsichen und für andere Nationen erkennbaren Ausdruck gegeben habe. Denn auch die im vorigen Jahrhundert durch den Jesuitenpater F. Antonio Cantova auf den beiden Inseln Mog-Mog und Faralej eingerichtete Mission zur Bekehrung von Ein-geborenen kann man nach der ungeahndet gebliebenen Ermordung des Missionärs und seines Gefolges als einen Act spanischer Besitzergreifung weder in Betreff der Insel Mog-Mog und noch weniger der gesammten 1600 Seemeilen deckenden Inselgruppe ansehen.

Die königlich spanische Regierung gibt selbst zu, daß niemals seit der ersten Entdeckung eine spanische Behörde oder Garnison auf den Inseln vorhanden gewesen ist. Die noch näher zu erörternden Vorgänge, aus denen Spanien einen Erwerb der Inselgruppe in dem letzten Jahre herzuleiten versucht, enthalten vielmehr das Zugeständniß, daß vorher eine solche Souveränität nach der eigenen Ansicht der spanischen Regierung nicht bestanden hat, da kein Bedürfniß vorliegen konnte, einen bereits gemachten Erwerb nochmals zu erwerben.

Die spanische Regierung hat niemals zu erkennen gegeben, daß sie gewillt sei, Souveränitätsrechte über die Inseln auszuüben; sie hat die letzteren vielmehr Jahrhunderte hindurch ihrem Schicksale überlassen und mit ihnen nicht einmal die gleichen Beziehungen unterhalten, wie andere seefahrende Nationen.

Wenn aber auch irgend ein Zweifel über die Abwesenheit jeder politischen und commerciellen Beziehung Spaniens zu den Carolinen- und Pelewinseln hätte auftreten können, so müßte derselbe durch das Verhalten der spanischen Regierung gegenüber dem deutsch-englischen Vorgehen im Jahre 1875 schwinden. Damals haben die deutsche wie die großbritannische Regierung durch ihren Vertreter in Madrid amtlich erklärt, daß sie eine Souveränität Spaniens über die Carolinen- und Pelewinseln nicht anerkennen. Die königlich spanische Regierung hat diesen formellen Protest der beiden einzigen mit den Inseln handelreibenden Staaten entgegengenommen, ohne etwas auf denselben zu erwidern, obwohl es nach den Grundsätzen des Völkerrechtes zur Vermeidung von Rechtsfolgen angezeigt gewesen wäre, einen Widerspruch geltend zu machen, wenn Spanien vor zehn Jahren schon geglaubt hätte, daß die fraglichen Inseln in der That einen Theil des spanischen Gebietes bildeten.

Deutschland hat in seiner Note vom 4. März 1875 keineswegs auf jeden colonialen Erwerb verzichtet, sondern nur den Satz ausgesprochen, der heute und jederzeit noch geltig ist, daß das Deutsche Reich die Erwerbung spanischer Besitzungen nicht erstrebt, weil es die Rechte bestreuerter Regierungen sorgfältig achtet. Wenn schon das Schweigen Spaniens auf die deutschen und englischen Noten vom 4. und 3. März 1875*) den aus-

*) Die vielberufene deutsche Note lautet im Auszuge:
Sr. Excellenz dem königlich spanischen Staatsminister Herrn A. de Castro zc. zc.

Madrid, 4. März 1875.

Herr Minister! Durch Berichte des deutschen Consulates in Hongkong ist die kaiserliche Regierung davon in Kenntniß gesetzt worden, daß der dortige spanische Consul aus Anlaß der Ausclarirung des deutschen Handelsschiffes „Cooran“ nach den Palao- oder Pelewinseln für die spanische Regierung die Souveränität und Zollhoheit über das ausgedehnte Gebiet der Carolinen- und speziell der Palao- oder Pelewinseln in Anspruch genommen hat, während diese Inseln bisher von dem mercantilen Publicum als keiner civilisirten Macht unterworfen angesehen und von deutschen und anderen Schiffen stets ungehindert besucht worden sind.

Nach den allgemeinen Grundsätzen des modernen Völkerrechtes würde die kaiserliche Regierung nicht in der Lage sein, die von dem spanischen Consulate in Hongkong behauptete Souveränität und Zollhoheit über jene Inseln anzuerkennen, so lange dieselbe nicht als eine vertragsmäßig sanctionirte oder zum mindesten als eine factisch ausgelübte erscheint. Es ist aber kein auf den Colonialbesitz Spaniens am Stillen Ocean bezüglicher Vertrag bekannt, in welchem die Carolinen- und Pelewinseln erwähnt wären, und ein thatsächlicher Besitzstand, respective eine staatliche Einrichtung, durch welche Spanien auch nur den Willen der Ausübung einer Oberhoheit über die Pelews bekundet hätte, ist auch Seitens des Consulates in Hongkong nicht als vorhanden behauptet worden.

Dem gegenüber steht aber nach glaubwürdigen Aussagen der Umstand fest, daß die Inselgruppe seit Jahren ungehindert von Kauffahrteischiffen aller Nationen, dagegen, außer von englischen, niemals von fremden Kriegsschiffen besucht worden ist, und sodann die notorische Thatsache, daß es auf den Pelews wie auf den Carolinen keinen spanischen Beamten und daher factisch keine spanische Regierungsgewalt gibt.

Die kaiserliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß der von dem spanischen Consulate bei Gelegenheit der Ausclarirung des deutschen Handelsschiffes „Cooran“ erhobene Anspruch auf Souveränität und Zollhoheit über die Carolinen- und Palao- oder Pelewinseln auf mißverständlicher Auffassung der ihm ertheilten Weisungen beruht. Indem sie mich daher beauftragt hat, Eurer Excellenz geneigte Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken und hinzuzufügen, daß sie die von dem spanischen Consul in Hongkong beanspruchte Souveränität und Zollhoheit über jene Inseln aus den angeführten Gründen nicht anerkennen kann, beehre ich mich Namens der kaiserlichen Regierung die Hoffnung auszusprechen, daß die Königlich spanische Regierung den spanischen Colonialbehörden und Befehlshabern der in den dortigen Gewässern stationirten Kriegsschiffe, sowie den spanischen Consulaten in Ostasien und Polynesien die Weisung zugehen lassen wird, dem directen Verkehr deutscher Schiffe und Staatsangehöriger mit und auf den gedachten Inselgruppen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Eure Excellenz zc.

Geg.: Hatzfeldt.

reichenden Beweis liefert, daß Spanien damals Hoheitsrechte über jene Inseln nicht zu haben glaubte, so ist diese Thatsache ein Jahr später durch ausdrückliche Neuferungen des damaligen spanischen Ministeriums auch positiv bekundet worden, wie sich aus der im englischen Blaubuch Nr. c. 3108 vom Jahre 1882 veröffentlichten Depesche Sir A. Layard's vom 14. November 1876 ergibt, nach welcher der damalige und jetzige Königlich spanische Herr Ministerpräsident 1876 wiederholt erklärt hat, daß Spanien keine Hoheitsrechte über die Carolinen beanspruche.

Dieser ihrer eigenen Auffassung entsprechend hatte die Königlich spanische Regierung, wie sie selbst anerkennt, im Jahre 1875 ihren Consul in Hongkong angewiesen, sich seiner von ihm bezüglich des Handelsverkehres fremder Schiffe im Carolinen-Archipel erhobenen Ansprüche fernerhin zu enthalten.

In dieser Anweisung liegt das officielle Anerkenntniß, daß Spanien die deutsch-englische Auffassung über die Souveränität der Inseln theilte und dasselbst keine Hoheitsrechte zu besitzen glaubte. Spanien hat also 1875 und 1876 die Herrenlosigkeit der Carolinen- und Pellewinseln selbst anerkannt und international festgestellt.

Eine nochmalige Erörterung der durch vertragliche Abmachungen erledigten Sulufrage glaubt die kaiserliche Regierung sich versagen zu sollen; es dürfte für die heutige Frage die Bemerkung genügen, daß die bis dahin bestrittene und von Spanien nicht gelübt Souveränität Spaniens über Sulu erst nach mehrjährigen Verhandlungen durch das Madrider Protokoll vom 7. März 1885 festgestellt und in das internationale Recht aufgenommen worden ist. Wenn die Königlich spanische Regierung demnach behauptet, daß die vorliegende Frage denselben Charakter habe, wie der Streitfall wegen des Sulu-Archipels, so ist diese Behauptung insofern zutreffend, als auch hinsichtlich der Suluinseln keine Souveränität Spaniens ab antiquo bestand, sondern erst in diesem Jahre durch Vertrag hergestellt worden ist. Wie weit noch im Jahre 1882 die Königlich spanische Regierung entfernt war, über die Pellew- und Carolineninseln eine solche Souveränität zu beanspruchen, ergibt auch der folgende Vorfall: Im Jahre 1882 hat ein englisches Geschwader eine

In der von dem englischen Gesandten Herrn Layard an die spanische Regierung bezüglich desselben Gegenstandes gerichteten Note vom März 1875 lautet der Schlußatz:

Her Majesty's Government do not admit the right claimed by Spain over the Caroline- or Pellew Islands, over which She has never exercised and does not now exercise any actual dominion. (Ihrer Majestät Regierung gesteht die von Spanien beanspruchten Rechte über die Carolinen- oder Pellewinseln, über welche dasselbe niemals irgend eine wirkliche Herrschaft ausgestellt hat und auch jetzt nicht ausübt, nicht zu.)

Expedition nach den Pelewinseln unternommen und die Ein-geborenen für die Unbill gezüchtigt, welche sie zwei Jahre vor-her englischen Schiffbrüchigen zugefügt hatten. Obwohl diese Expedition, deren Zweck und Erfolg in Manila bekannt war, stattgefunden, hat die spanische Regierung diesen Act der Au-torität, welcher, wenn jene Inseln spanisches Gebiet wären, einen flagranten Eingriff in die Souveränität Spaniens ent-halten haben würde, ohne jeden Widerspruch geschehen lassen.

Dem Bittschreiben vom 29. September 1884, in welchem verschiedene Bewohner der Insel Yap den Gouverneur der Philippinen um die Entsendung eines Verwaltungsbeamten und eines Geistlichen ersuchen, legt die königlich spanische Regierung eine Bedeutung bei, welche die kaiserliche Regierung nicht zu-zugestehen vermag.

Der Haupturheber jenes Gesuches, ein Fremder, hatte ein Interesse daran, die spanische Herrschaft auf der Insel herzu-stellen, um dadurch einer ihm von englischer Seite angedrohten und von den Gerichten seiner nordamerikanischen Heimat mög-licherweise bevorstehenden Verantwortung für strafbare Hand-lungen zu entgehen. Wenn in diesem Bittschreiben die Gesuch-ststeller versprechen, dem spanischen Gouverneur zu gehorchen, so ergibt sich daraus, daß sie bisher eine solche Verpflichtung Mangels vorhandener spanischer Souveränität nicht anerkannt haben. Die königlich spanische Regierung legt noch besonderen Werth dem Umstande bei, daß das Gesuch hauptsächlich von Fremden gestellt wurde, während sich die kaiserliche Regierung gerade deswegen des Zweifels nicht erwehren kann, daß die Bitte von Leuten gestellt wurde, welche zu einer Verfügung über die Inseln keine Berechtigung haben.

Auch die im Februar d. J. dem Commandanten des „Velasco“ gegenüber angeblich ausgesprochenen Wünsche von Eingeborenen der Insel Yap, unter spanische Oberhoheit zu gelangen, liefern nur einen neuen Beweis, daß diese Ober-hoheit bis dahin nicht bestanden hat. Dafür aber, daß diese Eingeborenen sich damals Sr. Majestät dem König von Spanien wirklich unterworfen hätten, fehlt es an jeder urkundlichen Grund-lage. Dies ist um so auffallender, als der erwähnte Commandant bezüglich Koror einen Unterwerfungsvertrag abgeschlossen haben will. Der letztgedachte Vertrag scheint aber mehr eine Friedens-vermittelung zwischen zwei Häuptlingen zum Gegenstand gehabt zu haben, als eine Unterwerfung Beider unter spanische Ober-hoheit. In keinem Falle aber würde diesen Königen über andere als ihre eigenen kleinen Gebiete ein Verfügungssrecht zugestanden haben.

Die gedachte Expedition des „Velasco“, die dem Generalcapitän der Philippinen ertheilte königliche Ordre, von Yap Besitz zu ergreifen, sowie die Erwähnung des zur Errichtung eines Gouvernements daselbst erforderlichen Credits in der „Madridener Zeitung“ vom 29. Juli d. J., alle diese Umstände beweisen nur, daß die königlich spanische Regierung sich in dem Besitz, den sie zu erwerben beabsichtigte, noch nicht befand. Nach den Vorgängen von 1875 mußte die kaiserliche Regierung erwarten, daß ihr bei etwaiger Besitzergreifung der Carolinen durch die spanische Regierung von dieser eine Benachrichtigung zugehen würde. Dabei ist die kaiserliche Regierung von der Voraussetzung ausgegangen, daß eine solche Benachrichtigung, wie sie in der Berliner Conferenz für die afrikanischen Küstengebiete festgesetzt worden ist, auch in anderen zweifelhaften Fällen, und besonders nach der diplomatischen Correspondenz von 1875, der völkerrechtlichen Courtoisie entsprochen haben würde, wie das auch hinsichtlich des in der Note mehrfach erwähnten Sulu-Archipels durch Art. IV des Madridener Protokolls vom 7. März 1885 vorgesehen ist.

Unter den obwaltenden Thatsachen ist es für die kaiserliche Regierung unmöglich, anzuerkennen, daß die Carolinen- und Pelewinsele von Alters her und früher als in Folge einer diesjährigen Occupation einen Theil des spanischen Gebietes gebildet oder unter spanischer Hoheit gestanden haben können. Eine andere Frage ist es, ob die spanischen Schiffe, wenn sie die in der Note des Herrn Ministers Ebdnauhen erwähnten Acte zwischen dem 21. und 25. August wirklich vorgenommen, durch dieselben eine Besitzergreifung der Insel Yap bewirkt haben, welcher die Priorität vor der des deutschen Schiffes gebührt. Deutschland wird nach Maßgabe der Thatsachen die Frage der Priorität der Besitzergreifung der Insel Yap einer unbefangenen Prüfung unterziehen und hofft, daß dann durch fortgesetzte directe und freundliche Verhandlungen ein Einverständnis beider Regierungen erzielt werden wird, umso mehr, nachdem die spanische Regierung dem Vorschlage, die Frage der Entscheidung des Papstes zu unterbreiten, dahin entgegengekommen ist, daß sie die Vermittlung Seiner Heiligkeit angenommen, und der Papst bereit ist, dieselbe eintreten zu lassen.

Bemerkt muß werden, daß zur Zeit der Abfassung dieser Note der Umstand, ob die beiden spanischen Schiffe oder das deutsche Kanonenboot früher von der Insel Yap Besitz genommen hatten, noch nicht aufgeklärt war, da die Berichte der dabei betheiligten deutschen Seeofficiere noch ausstanden. Die Vermuthung schien für die Priorität der Spanier zu sprechen, weil die spanischen Schiffe früher angelangt waren, dem Comman-

danten überlegene Seestreitkräfte zu Gebote standen und anzunehmen war, daß derselbe das sofortige Aufhissen der Flagge angeordnet habe.

Wie jedoch die späteren Erhebungen zeigten, war von alledem nichts geschehen und der deutsche Seofficier hat sich beeilt, dieses Versäumnis, welches möglicherweise in einer mangelsaften Instruction des spanischen Befehlshabers seine Erklärung findet, rechtzeitig auszunützen. Eine effective Occupation wurde indessen von keiner Seite vollzogen, da sowohl die Spanier, wie die Deutschen ihre Mannschaften wieder einschiffsten, letztere allerdings erst nach der Ankunft des deutschen Consuls Hernsheim mit dem Dampfer „Victoria“.

Die Frage der effectiven Besitzergreifung erschien daher gegenstandslos, während die zweite Frage, welche Macht durch das Aufhissen der Flagge und die Proklamirung der Gebietshoheit wenigstens die Priorität hinsichtlich der künftigen Gebietshoheit für sich geltend machen konnte, zu Gunsten der Deutschen aussagen mußte. Denn auch in dieser Beziehung gilt der Grundsatz: *nec solus animus sufficit, sed requiritur factum . . .* und dieses Factum sind die Signa manifesta, durch welche man die Occupationsabsicht klar und unzweideutig fundtigt. Gibt es auch kein Präventionsrecht zum Occupiren, weil sich, wie das römische Recht deutlich erklärt, Vieles ereignen kann, daß man ungeachtet des Willens, ja selbst des Occupationsversuches, dennoch nicht occupiren kann, so ist dadurch eine Priorität bezüglich jener symbolischen Acte nicht ausgeschlossen, welche die Uebertragung der Gebietshoheit auf herrenloses Territorium nach völkerrechtlichem Verkommen ersichtlich zu machen geeignet sind.

Faßt man nun die Rechtsregeln zusammen, auf welche sich das Deutsche Reich berief, so sind sie folgende: a) Zur Occupation als Mittel, Eigenthum zu erwerben, ist das Factum der körperlichen Besitzergreifung unbedingt erforderlich, wie dies auch durch die Beschlüsse der Berliner Conferenz neuerdings bestätigt worden ist. Ein traditionelles Präventionsrecht zum Occupiren ist juristisch unmöglich und kann daher nicht anerkannt werden. b) Eine Souveränetät, welche nicht durch fortlaufende und notorische Hoheitsacte außer Zweifel steht, besitzt ebensowenig Anspruch auf Respectirung wie eine behauptete Kriegshoheit ohne die ihr entsprechenden Kriegsmaßregeln. In beiden Fällen liegt eine wirkungslose Fiction vor. c) Bei Vermeidung der Rechtsverwirkung muß Widerspruch erhoben werden, wosfern einem Staate von Seite einer oder mehrerer Mächte die von ihm beanspruchten Besitz- oder Hoheitsrechte abgesprochen werden, oder Eingriffe in dieselben, wenn auch im guten Glauben,

vorkommen sollten. Das Stillschweigen oder Geschehenlassen begründet eine Vermuthung gegen den Bestand der behaupteten Rechte. d) Das Anrufen fremder Gebiets- oder Schuherrlichkeit durch die autochthone Bevölkerung kann mit völkerrechtlicher Wirkung nur von solchen Individuen ausgehen, deren Autorität über die betreffenden Volksstämme thatfächlich besteht. Eine wenn auch noch so primitive Staatsgewalt ist an und für sich nicht occupationfähig, sondern kann nur aus dem Titel der gänzlichen oder theilweisen Rechtsnachfolge durch ausdrückliche Willenskundgebung erworben werden. Fremde, die zur Verfügung über ein Gebiet überhaupt keine Berechtigung haben, können ein Ansuchen um Schuhhoheit überhaupt nicht stellen. e) In allen zweifelhaften Fällen, ob es sich nun um die bloße Occupation, um die Uebernahme eines vertragsmäßigen Protectorates oder um die aus dem einen wie anderen Rechtstitel abgeleitete wirkliche Erwerbung der Staatsgewalt handelt, ist völkerrechtlich die Benachrichtigung der beteiligten Mächte gewohnheitsrechtliche Uebung. Die Berliner Conferenz hat nur diese alte Uebung der Courtoisie für die afrikanischen Küstengebiete neuerlich sanctionirt. f) Acte des inneren Staatsrechtes, z. B. Be-willigung von Crediten für Zwecke der colonialen Politik, sind nicht geeignet, daß man aus denselben internationale Rechtstitel herleite, mangelhafte ergänze, oder angezweifelte beweise.

3. Der Carolinen-schiedsspruch und die Carolinenakte.

Sieht man von dem Vortheil des insularen Besitzes der Carolinen gänzlich ab, eines Besitzes, welcher allerdings erst in Zukunft durch die peripherische Politik der europäischen Staaten belangreich werden kann, so muß man doch zugeben, daß die Entscheidung einer höchst actuellen, mit tiefgreifenden Verhältnissen des Jahrhunderts zusammenhängenden Frage durch die Geringfügigkeit der Objecte nicht beeinträchtigt werden kann. Denn ganz abgesehen von den großen politischen Problemen, die mit dem Carolinenstreitfall verknüpft waren, wohnt dem Schiedsspruch Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. eine hohe ethische Bedeutung inne und beweist, daß sowohl in Unbetracht der beteiligten Streittheile, wie des für die Geschäfte des Friedens und der Versöhnung providentiell berufenen Pontificats, weder der Geist in der Gewalt, noch die Gewalt des Geistes aufgeht haben, auf ihre überlegene Stellung zu den materiellen Kräften der Zeit zu verzichten.

Der Vermittlungsvorschlag des Papstes ist eine Verreicherung des christlich-europäischen Völkerrechtes und für alle Zukunft von guter Vorbedeutung für die erspriesslichen Werke

des Friedens und der gegenseitigen Verständigung unter den Staaten. Er lautet:

Die Entdeckung eines Theiles der Carolinen- und Palaosinseln durch Spanien im 16. Jahrhundert und eine Reihe von Handlungen, welche die spanische Regierung zu verschiedenen Zeiten auf diesen Inseln zum Wohle der Eingeborenen vollzogen hat, haben nach der Überzeugung der spanischen Regierung und Nation ein Souveränitätsrecht geschaffen, das sich auf die Grundsätze des internationalen Rechtes stützt, die während dieser Zeit bei ähnlichen Verwicklungen angerufen und verfolgt worden sind. Wenn man die Gesamtheit der oben erwähnten Handlungen in's Auge faßt, deren Richtigkeit überdies durch verschiedene Schriftstücke in den Archiven der Propaganda bestätigt wird, so kann man den wohlthätigen Einfluß Spaniens auf die Bewohner dieser Inseln nicht verkennen. Außerdem muß man beachten, daß keine andere Regierung einen ähnlichen Einfluß auf dieselben ausgeübt hat. Und das erklärt die ständige Ueberlieferung, der man Rechnung tragen muß, und die Überzeugung des spanischen Volkes in Bezug auf diese Souveränität, eine Ueberlieferung und eine Überzeugung, welche vor zwei Monaten mit einem Eifer und einer Lebhaftigkeit zu Tage getreten sind, daß sie geeignet waren, für einen Augenblick den inneren Frieden und die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen in Frage zu stellen. Andererseits haben sowohl Deutschland wie England im Jahre 1875 der spanischen Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie die Souveränität Spaniens über die besagten Inseln nicht anerkennen. Die kaiserliche Regierung meint im Gegentheile, daß nur die thatfächliche Besitzergreifung eines Gebietes das Recht der Souveränität über dasselbe verleihe, daß aber eine derartige Besitzergreifung der Carolinen durch Spanien niemals stattgefunden habe. Diesem Grundsatz gemäß hat sie auf der Insel Yap verfahren, und, wie es ihrerseits die spanische Regierung gethan hat, erkennt der Vermittler in Bezug hierauf gerne an, daß die kaiserliche Regierung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. In Folge dessen und damit die abweichenden Anschaulungen der beiden Regierungen kein Hinderniß für eine ehrenvolle Regelung bilden, schlägt der Vermittler nach genauer Prüfung aller Verhältnisse vor, daß das neue Abkommen an die Form des Protokolls sich halte, welches hinsichtlich des Sulu-Archipels am 7. März 1885 zu Madrid zwischen den Vertretern Großbritanniens, Deutschlands und Spaniens abgeschlossen wurde, und daß man folgende Punkte annehme: 1. Anerkennung der Souveränität Spaniens über die Carolinen- und Palaosinseln. 2. Um diese Souveränität wirksam zu machen, verpflichtet sich die spanische Regierung, auf

den genannten Inselgruppen so bald wie möglich eine geordnete Verwaltung einzurichten, mit einer Macht, welche stark genug ist, um die Ordnung und die erworbenen Rechte zu gewährleisten. 3. Spanien gewährt Deutschland volle und ganze Freiheit des Handels, der Schifffahrt und der Fischerei auf diesen Inseln, wie auch das Recht, dasselbst eine Schiffs- und Kohlenstation zu errichten. 4. Ebenso wird Deutschland die Freiheit zugesichert, Plantagen auf diesen Inseln anzulegen und landwirtschaftliche Niederlassungen in derselben Weise wie spanische Unterthanen zu errichten.

Rom, im Vatican, 22. October 1885.

(L. S.) Gez: L. Cardinal Jacobini, Staatssecretär Sr. Heiligkeit.

Das am 17. December in Rom von den beiderseitigen Gesandten, de Molins und v. Schlozer, unterzeichnete eigentliche Protokoll enthält in sechs Artikeln folgende Bestimmungen:

Art. 1. Die deutsche Regierung erkennt die Priorität des spanischen Besitzanspruches auf die Carolinen- und Palaosinseln sowie die daraus folgende Oberhoheit Sr. katholischen Majestät an, in den Grenzen, welche Art. 2 bestimmt.

Art. 2. Diese Grenzen bildet der Äquator und der 11. Grad nördlicher Breite und der 133. Grad und 164. Grad östlicher Länge von Greenwich.

Art. 3. Die spanische Regierung verpflichtet sich, behufs Sicherung völliger Freiheit des Handels, der Schifffahrt und der Fischerei in der Inselgruppe der Carolinen und Palaos, auf diese Inselgruppen analoge Bestimmungen anzuwenden, wie sie in den Artikeln 1, 2 und 3 des Protokolles, betreffend den Sulu-Archipel (Jolo), gezeichnet Madrid, 11. März 1877, enthalten und in dem Protokolle vom 7. März 1885 wieder aufgenommen worden sind; nämlich:

1. Der Handel und der Verkehr der deutschen Schiffe und Unterthanen in allen Theilen jener Archipele sowie das Recht des Fischanges sind vollkommen frei, unbeschadet der Spanien durch das vorliegende Protokoll zuerkannten Rechte, in Uebereinstimmung mit den folgenden Bestimmungen:

2. Die spanischen Behörden können in Zukunft nicht verlangen, daß die Schiffe und Unterthanen Deutschlands, welche frei nach den Carolinen oder Palaos gehen, oder von einem zum anderen Punkte dieser Inseln, oder von einer derselben zu einem anderen Punkte der Welt, vorher oder nachher einen bestimmten Punkt der Archipele oder anderswo zu berühren haben, auch nicht, daß sie irgendwelche Abgaben zahlen oder sich mit einer Erlaubnis jener Behörden versehen. Diese letzteren haben sich jeder Intervention und der Einschließung von Hindernissen zu enthalten.

Man ist dahin übereingekommen, daß die spanischen Behörden auf keine Weise und unter keinem Vorwande die freie Einfuhr und Ausfuhr aller Arten von Waaren, ohne irgendwelche Ausnahme, verhindern. Abgesehen von den occupirten Punkten und in Uebereinstimmung mit der Erklärung 3, und ebenso an den von Spanien nicht thatfächlich occupirten Punkten sollen weder die Schiffe und die Unterthanen Deutschlands, noch ihre Waaren irgend einer Abgabe, einem Sanitäts- oder anderem Reglement unterworfen sein.

3. In den von Spanien occupirten Punkten auf den Carolinen und Palaos kann die spanische Regierung Abgaben einrichten, Sanitäts- und andere Reglements feststellen, so lange die thatfächliche Occupation der Punkte dauert. Aber Spanien verpflichtet sich, dort alle jene Behörden und Einrichtungen zu erhalten, welche nothwendig sind, um den Bedürfnissen des Handels zu genügen und die erwähnten Reglements auszuführen.

Es versteht sich jedoch ausdrücklich, daß die spanische Regierung, entschlossen, an den occupirten Punkten keine hindernden Reglements zu erlassen, nach Uebereinkunft die Verpflichtung übernimmt, an den betreffenden Punkten keine höheren Zölle und Abgaben zu erheben als jene, welche in den spanischen Tarifen oder in den Verträgen und Conventionen zwischen Spanien und irgend einer anderen Macht bestimmt sind. Ebenso wenig sollen an jenen Punkten außerordentliche Reglements, welche den Handel und die deutschen Unterthanen betreffen, erlassen werden; die letzteren sollen in jeder Hinsicht dieselbe Behandlung wie die spanischen Unterthanen erfahren.

Um Reclamationen zu vermeiden hinsichtlich der Ungewissheit über die von den Reglements betroffenen Punkte, wird die spanische Regierung in jedem einzelnen Falle die thatfächliche Occupation eines Punktes zur Kenntniß der deutschen Regierung bringen; ebenso soll davon der Handelsstand durch Kundmachung in den Zeitungen von Madrid und Manila verständigt werden.

Hinsichtlich der Tarife und Reglements an den Punkten, welche von Spanien besetzt sind oder besetzt werden, wird stipulirt, daß dieselben nicht eher als acht Monate nach der Veröffentlichung in der amtlichen Zeitung in Madrid in Wirksamkeit treten.

Kein deutsches Schiff und kein deutscher Unterthan darf ferner gezwungen werden, einen der occupirten Punkte zu berühren, weder auf der Fahrt von, noch auf jener nach einem von Spanien nicht occupirten Punkte, und es sollen weder den deutschen Schiffen, noch Unterthanen, noch Waaren aus dem Umstande, daß sie nach nicht occupirten Punkten gelangen, Lasten erwachsen.

Art. 4. Die deutschen Unterthanen haben vollkommene Freiheit, Culturen zu erwerben und Pflanzungen anzulegen, Ackerbauanlagen zu machen, jede Art Handel zu treiben, Verträge mit den Eingeborenen zu schließen und den Boden auszunützen zu denselben Bedingungen wie die Spanier. Ihre erworbenen Rechte sollen geachtet werden.

Die deutschen Gesellschaften, welche in ihrer Heimat die Rechte juristischer Personen genießen, und namentlich die Actiengesellschaften sollen auf demselben Fuße wie die erwähnten Unterthanen behandelt werden.

Die deutschen Unterthanen genießen hinsichtlich der Theilung unter den Personen und des Eigenthumes, bezüglich der Erwerbung und Uebertragung des Eigenthumes, sowie in der Ausübung ihres Gewerbes dieselbe Behandlung und dasselbe Recht wie die Spanier.

Art. 5. Die deutsche Regierung hat das Recht, auf einer der Carolinen- oder Palauosinseln eine Schiffstation und eine Kohlenniederlage für die kaiserliche Marine anzulegen. Die beiden Regierungen werden sich gemeinsam über den Ort und die Verhältnisse dieser Anlage verständigen.

Art. 6. Wenn die Regierungen von Spanien und Deutschland ihre Zustimmung zu dem gegenwärtigen Protokolle binnen acht Tagen, von heute an, nicht verweigern, oder wenn sie denselben vor Ablauf dieses Termines durch ihre bezüglichen Vertreter zustimmen, so erlangen die gegenwärtigen Erklärungen unverzüglich Geltung. (Ist geschehen.)

Auf Grund der Carolinenakte hat auch Großbritannien ein Abkommen mit Spanien getroffen, um sich auf den Carolineninseln alle jene commerciellen Rechte zu sichern, welche dem Deutschen Reiche daselbst gewährt wurden.

Den formellen Abschluß der Angelegenheit bildeten der von dem Gefandten beim Vatican Herrn v. Schlozer Seiner Heiligkeit im Namen des deutschen Kaisers erstattete Dank für die weise und wohlwollende Vermittlung, durch welche die Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien neuerdings bestigt worden seien, sowie jene denkwürdigen Schriftstücke, welche die Verleihung hoher Auszeichnungen begleiteten.

Das Breve an den Fürsten Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

„Papst Leo XIII. entbietet dem erlauchten Fürsten Otto Bismarck, dem großen Kanzler des Deutschen Reiches, seinen Gruß.

Als die Uebereinkunft wegen der Carolineninseln unter jenen Bedingungen getroffen ward, die wir vorgeschlagen hatten, haben wir Sorge getragen, unsere Freude darüber

dem erlauchten Kaiser von Deutschland anzuziegen. Aber dies nämliche Gefühl wollen wir auch dir, verehrtester Fürst, mittheilen, weil es deine Meinung und dein Wille war, daß diese Streitfrage uns zur Entscheidung vorgelegt wurde. Der Wahrheit gemäß muß man mit Vergnügen gestehen, wie es hauptsächlich deinem Eifer und deiner Verständigkeit zuzuschreiben ist, mit welcher du unsere Aufgabe vom Anfange bis zum Ende unterstützt hast, daß es gelang, die verschiedenen Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich im Laufe der Verhandlung ergaben. Auch bezeugen wir dir den guten Willen, weil hauptsächlich durch deinen Rath uns die willkommene Gelegenheit geboten ward, zum Zwecke der Verständigung ein edles Amt auszuüben, welches zwar in der Wirksamkeit des Heiligen Stuhles nicht neu, aber seit langer Zeit nicht in Anspruch genommen worden ist, obwohl es fast nichts gibt, was dem Geiste und Wesen des römischen Papstthumes so vollkommen entspräche. Du bist deinem eigenen Urtheile gefolgt und hast, indem du die Angelegenheit im Lichte der Wahrheit, nicht nach fremder Meinung oder dem Herkommen betrachtetest, kein Bedenken getragen, unserer Willigkeit zu vertrauen. Dabei scheinst du die offene oder stillschweigende Zustimmung aller unbefangen urtheilenden Männer gehabt zu haben, da namentlich die Katholiken auf dem ganzen Erdkreise sich darüber freuen, auf welche natürlich die ihrem Vater und Hirten erwiesene Ehre eine wunderbare Wirkung hervorbringen mußte. Deine Staatsklugheit hat sicher das Meiste beigetragen zur Schaffung der Größe des Deutschen Reiches, welche der gesammte Erdball anerkennt. Jetzt aber sorgst du ersichtlich dafür, daß das Deutsche Reich bestehé und täglich mehr, durch Macht und Ansehen auf lange hinaus gesichert, erblühe. Keineswegs jedoch ist es deiner Weisheit entgangen, wie viel Kraft zur Erhaltung der öffentlichen und Staatsordnung jener Macht beiwohnt, welche von uns gehandhabt wird, insbesondere wenn sie nach Entfernung jedes Hindernisses die Freiheit des Handelns wieder erlangt haben wird. Es sei daher gestattet, auf die Zukunft hinzuweisen und in Demjenigen, was bereits geschehen, ein günstiges Vorzeichen für alles Uebrige zu erblicken. Inzwischen, damit du von uns selbst ein Zeugniß sowohl unseres Thuns wie unseres Willens besitzest, ernennen wir dich mittelst dieses Schreibens zum Ritter des Christusordens, dessen Insignien zugleich mit diesem Schreiben dir zu überreichen wir befohlen haben. Schließlich wünschen wir dir vom Herzen alles Gute.

Gegeben zu Rom am 31. Dec. 1885, dem achtten unseres Pontificates.
(m. p.) Leo P. P. XIII."

Das im französischer Sprache abgefaßte Antwortschreiben des Fürsten Bismarck an den Papst lautet:

„Sire! Der gnädige Brief, womit Eure Heiligkeit mich beehrte, hat ebenso wie der hohe Orden, der ihn begleitete, mir große Freude bereitet, und ich bitte Eure Heiligkeit, den Ausdruck tiefer Dankbarkeit entgegenzunehmen. Jedes Zeichen des Beifalles, das an das Friedenswerk, bei dem ich mitgewirkt habe, sich knüpft, ist mir um so wertvoller, als es meinem Herrn hohe Genugthuung bereitet. Eure Heiligkeit sagte in Ihrem Briefe, nichts entspreche dem Geiste und der Natur des Pontificates mehr, als die Entfaltung seiner Friedensmission, und gerade dieser Gedanke leitete mich, als ich Eure Heiligkeit bat, das edle Schiedsamt in dem deutsch-spanischen Streite zu übernehmen, und der spanischen Regierung vorzuschlug, daß wir an das Urtheil Eurer Heiligkeit appelliren sollen. Der Umstand, daß beide Nationen sich in Betreff der Kirche, die in Eurer Heiligkeit den obersten Beschützer verehrt, nicht in gleicher Lage befinden, konnte niemals mein festes Vertrauen in die Erhabenheit der Gesinnungen Eurer Heiligkeit schwächen, die mir gerechteste Unparteilichkeit Ihres Urtheiles gewährleisteten. Die Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland sind derart, daß der Friede, der unter ihnen herrscht, durch kein dauerndes Auseinandergehen ihrer Interessen, durch keine aus der Vergangenheit herrührende Eifersucht und durch keine aus der geographischen Lage hervorgehenden Streitigkeiten bedroht wird; ihre guten Beziehungen würden nur durch zufällige unerwartete Momente gestört sein; es ist deshalb Grund vorhanden zu hoffen, daß die Friedensstiftung Eurer Heiligkeit dauernde Wirkungen haben wird, und unter diese Wirkungen rechne ich in erster Linie die dankbare Erinnerung, die beide Parteien an den erhabenen Vermittler bewahren werden. Was mich betrifft, werde ich immer und mit Eifer jede Gelegenheit, die mir die Erfüllung meiner Pflichten gegen meinen Herrn und mein Vaterland bietet, ergreifen, um Eurer Heiligkeit meine lebhafte Anerkennung und diese Ergebenheit zu beweisen.

Ich bin mit dem Ausdrucke der größten Hochachtung, Sire, Eurer Heiligkeit ergebenster Diener v. Bismarck.“

Das Breve, mit welchem der Papst Leo XIII. dem Präsidenten der Deputirtenkammer, Herrn Canovas del Castillo, damals Ministerpräsident, die Insignien des Christusordens übersendete, hat folgenden Wortlaut:

„Theurer Sohn! Gruß und apostolischen Segen. Nachdem in der Frage der Carolineninseln das Einvernehmen zwischen Spanien und Deutschland glücklich hergestellt ist, halten

wir es für angezeigt, unsere Gesinnungen Ihnen bekanntzugeben, die uns die Lösung dieses Streitfelles übertragen haben. Wenn wir, was Spanien betrifft, uns nicht an den erlauchten Monarchen wenden können, den der Tod frühzeitig hinweggraffte, so lebst du, theurer Sohn, in unserem Andenken und wir glauben, daß du einen öffentlichen Beweis unseres Wohlwollens verdient hast. Wir wissen, daß du auf dem ehrenhaften Posten, den du damals beim Könige einnahmst, dazu beigetragen hast, auf daß die Lösung der erwähnten Frage unserer Willigkeit unterbreitet werde. Hiermit warst du unzweifelhaft vom Wunsche beseelt, deine Achtung vor der Würde der Kirche zu bezeigen und unserer Person ein Amt anzuvertrauen, das der Ausübung unserer Autorität am besten entspricht. Deshalb wollen wir deinen Ehrentiteln einen neuen hinzufügen und ernennen wir dich zum Ritter des Christusordens.“ (Der übrige Theil des Breve bezieht sich auf die Investitursförmlichkeiten.)

Schlußwort.

Es gibt keine Wissenschaft, in welcher Thatsachen, wie sie uns die Geschichte der alten, mittleren und neuen Zeit vorführt, von so hoher Bedeutung und praktischer Wichtigkeit wären, als jene des Völkerrechtes. Sein ganzer positiver Bestand wurzelt in historischem Boden, da es keinen Gesetzgeber gibt, welcher den Staaten vorschreibe, was sie als Recht anzuerkennen haben, und da es an einem Tribunal fehlt, welches im Falle des Streites entschiede, was unter den Völkern Rechtens sei. Man mag die Theorie des Völkerrechtes noch so künstlich konstruiren und seinen Inhalt in Lehrsätzen formuliren: ohne feste geschichtliche Begründung, ohne strenge Zurückführung der Völkerrechtsregeln auf ihren geschichtlichen Ursprung, ohne Nachweisung dessen, was bei großen und wichtigen Ereignissen im Krieg und Frieden unter den Völkern wirklich beobachtet worden ist, fehlt der ganzen Lehre das Ansehen wie die wirkungsvolle Kraft; die Völkerrechtsdoctrin bleibt ein gelehrtes Handwerk von geringem Einfluß auf die Verhältnisse, die es klären soll. Nirgends haben Abstraktionen und allgemeine Thesen so wenig Berechtigung, wie im Völkerrecht. Verhindert schon das Generalisiren, das Aufstellen von oberflächlichen, aus Verhältnissen abgezogenen Regeln, denen man nie nähergetreten ist, den Contact der Wissenschaft mit dem Leben, so erscheint in den Beziehungen des Rechtes zum Kriegs- und Seewesen das Generalisiren um so bedenklicher, weil die Völkerrechtsdoctrin eine autoritative Geltung beansprucht und gerade von autoritativer Seite

ausgehende Irrthümer höchst verwirrend wirken müssen. Daher röhrt die Gegnerschaft, welche das Völkerrecht gerade auf den actuellsten Gebieten zu überwinden hat. Um so ernster ist die Aufgabe dieser Wissenschaft, die Richtigkeit und Tragweite überliefelter Begriffe zu untersuchen, dieselben auf ihren wahren Inhalt zu prüfen und in anschaulichen Bügen ihren Ursprung wie ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft nachzuweisen. Allerdings gehört ein Theil des Völkerrechtes einem Gebiete an, welches an das Privatrecht grenzt und in dasselbe so vielfach eingreift, daß eine gänzliche Sonderung beider unthunlich ist. Zu diesen Partien gehört die Lehre von der Kriegseroberung, deren Grundbegriffe nicht nur dem römischen Rechte entnommen sind, sondern die auch in der Ausführung vielfach der privatrechtlichen Lehren aushilflich bedarf und in der Anwendung allenthalben privatrechtliche Interessen berührt. Unter diese Materien fällt auch die Lehre vom überseeischen Colonialerwerb, wobei uns Theorie wie Praxis auf das germanische Recht verweisen. Denn bezüglich der überseeischen Colonien, die durch dauernde Occupation und Ansiedelung privater Unternehmer entstanden sind, findet sich schon im Mittelalter der Grundsatz ausgesprochen, daß das Recht, welches Private an derartigen Besitzungen haben können, ein Recht in feo, oder feod des Oberherrn sei, dessen Unterthänen die Colonisten sind. Erinnert man sich, daß schon das gothische Stammwort faihu, englisch fee, französisch fief, das allgemeinste in alter Zeit gebräuchlichste Tauschmittel, nämlich das Vieh bezeichnete, und daß dieses Wort späterhin in die Juristensprache in der Bedeutung von Gut, Besitzthum, eingeführt wurde, so ist es ganz klar, wie schon der Sprachgebrauch darauf hinweist, daß dem Colonialrechte das Feudalrecht zu Grunde lag. Die Colonien galten als feod oder feudum, mit dem Beneficium der Lehnsprotection und dem Obsequium der Lehnsreverenz. Die Colonisten standen in einem dinglich-persönlichen Rechtsverhältnisse zum Mutterstaate; das Eigenthum über die Colonien war in ein Obereigenthum, dem alle Souveränitätsrechte anhafteten, und in ein Nutzungseigenthum geschieden, dem die dinglichen Rechte und Früchte des Landbewerbes zufielen. Herrenloses Land galt zuvörderst als Gotteslehn oder Sonnenlehn, und es schien daher natürlich, daß dem Stellvertreter Gottes auf Erden die Lehnherrlichkeit zustand. Dies ist der Grund des päpstlichen Bestätigungsrechtes von Neuerwerbungen. Aus der Gebundenheit des Lehnswesens gerieth die Menschheit in ein anderes Extrem, in den Individualismus, der, wenn als einziges und ausschließliches Prinzip erklärt, notwendig zum Staatsocialismus führen mügte, indem durch das Verschwinden der kleinen sozialen Verbände

in Familie, Genossenschaft, Corporation die Persönlichkeit nothwendig an den Staat gewiesen erscheint. Der Staat wäre nunmehr die einzige große Gemeinschaft; ihm gehörten die Kinder, ihm die Erziehung, ihm die gesammte Nationalkraft, ihm aber auch die Sorgen für Unterhalt und Arbeit, für die Armen und Unterbtten, für die Opfer des ökonomischen Faustkampfes. Er muß auf Mittel sinnen, die Unzufriedenen zu beruhigen, den Überschuß an Arbeitskräften abzulenken, Ackerbau, Gewerbe und Handel zu heben, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Dieser übermäßige Anspruch, welchen der Individualismus direct an den Staat stellt, ist ein nicht zu übersehender Erklärungsgrund für die colonialen Bestrebungen der Gegenwart. Die Colonialpolitik ist Socialpolitik, eine von den vielen Wirkungen der großen acut gewordenen sozialen Frage. Aber zu Gunsten ihres erspriesslichen Verlaufes spricht der Umstand, daß das Deutsche Reich durch diese Politik auch Zwecke der Soialethik, der Verbreitung christlicher Cultur, Humanität und Veredelung zu verwirklichen strebt. Das sind Ziele von der größten Tragweite und allgemeinsten Bedeutung, an denen auch das Recht betheiligt erscheint, und zwar im Geiste einer ebenmäßigen Verbindung der Freiheit mit der Nothwendigkeit und einer die philosophischen, historischen und positiven Elemente des Rechtes beherrschenden Auffassung. Dazu würde es allerdings eines höheren Charakters der Idealität, einer größeren Spannkraft der nationalen Theilnahme bedürfen, wie sie dereinst vorhanden war, aber nunmehr einer allgemeinen wirthschaftlichen Depression gewichen ist. Sind auch große geschichtliche Erfolge zumeist nur dann schnell und vollständig erreicht worden, wenn sie von dem begeisterten Aufschwunge der Volksgefühle begleitet waren, so lehrt uns doch die Geschichte der Colonialgründungen, daß auch ein besonnenes, beharrliches, nach Grundsätzen gegebenes Vorgehen Großes zu erreichen im Stande war.

Ein weiteres Ferment des Colonialwesens bilden die weitausgreifenden Pläne des Welthandels. In dieser Beziehung hat es den Anschein, als ob die Ausdehnung der ungeheueren organischen Masse des englischen Reiches eine Begrenzung erführe. Indem sich der Herrschaftsbereich der Krone Englands auf fünf Welttheile erstreckt, ist dort alles Dasjenige, was unter den Begriff des Handels und Verkehrs fällt, den traditionellen Anforderungen des Welthandels gemäß eingerichtet: Industrie, Transportmittel, Marineanstalten, Banken, Lagerhäuser, Geld- und Creditwesen, und zwar in richtiger Erkenntniß von Zeit und Kraft im Wettkampfe der Völker. Und doch sind in neuester Zeit Besorgnisse über die Zustände und Verhältnisse in den Colonien, wie über die kräftigen Versuche

anderer Nationen, sich des Welthandels zu bemächtigen, wahrnehmbar. Nicht minder werden Versuche einer Verständigung und Auseinandersetzung bezüglich der überseeischen Absatzgebiete angebahnt, die einmal das britische Reich ausschließlich beherrschte. Schon der Umstand, daß diese letztere Thatsache, welche während eines vollen Jahrhunderts der Erörterung entrückt schien, in Folge der colonialen Bewegung von England selbst in reisliche Erwägung gezogen wird, berechtigt zur Annahme, daß gewisse Verhältnisse eingetreten sind, welche eine Verschiebung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft möglich erscheinen lassen.

Die Einsetzung einer königlichen Commission zur Untersuchung der herrschenden Depression schließt das Zugeständniß eines gewissen Misstrauens in das seit einem halben Jahrhundert vertheidigte Prinzip des absoluten Freihandels in sich. Die geographische Lage des Reiches im Mittelpunkte des internationalen Seeverkehres bedeutet in Folge des großartigen Aufschwunges der außereuropäischen Volkswirtschaften und der erstaunlichen Fortschritte im Verkehrswesen der Welt nicht mehr Dasjenige, wie zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts.

Das billige Capital Englands ist von dem billigen Capitale des Continents erreicht worden. Intelligenz und Kraftleistung der industriellen Arbeiterschaft sind kein ausschließlicher Vorzug Englands mehr und ebenso nicht die Leistungsfähigkeit des Marine- und Matrosenmaterials. Die englische Suprematie zur See ist noch immer achtunggebietend, aber nicht mehr alleingebietend. Manche Ursachen, welche zusammengewirkt haben, um Englands nationale Größe zu schaffen, sind seither weggefallen, und andere wieder sind wegen ihrer Complications von einer Menge von Gefahren begleitet. Dieselben liegen unter Anderem in der wachsenden Concurrenz außereuropäischer Gebiete mit der britischen Landwirtschaft, in deren Abhängigkeit von ausländischer Urproduction, in dem Gemeingute aller Erfindungen, Verbesserungen, Werkzeuge und Maschinen, in der Erschöpfung mancher Quellen der Production, z. B. der Kohlenreviere, in den bedenklichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen u. s. w. Um so lieber erblicken die Engländer die Fundamente der ökonomischen Machtstellung in ihrem Colonialbesitz. Thatsächlich weist derselbe in Bezug auf Bevölkerung, Handel, Ertragniß, Capitalwirtschaft, kurz alle Elemente der materiellen Dekonomie, die großartigsten Verhältnisse auf.

Von 1860 bis 1884 hat sich die Bevölkerung der Colonien (mit Einschluß von Indien und Canada) von $152\frac{1}{2}$ auf 300 Millionen vermehrt; in demselben Zeitraume ist der jährliche Handelswerth von $190\frac{1}{2}$ auf 370 Millionen Pfund Sterling gestiegen; die eigenen Einnahmen der Colonien haben sich von

51 auf 110 Millionen Pfund Sterling, die Schulden, welche größtentheils zur Anlage von Eisenbahnen, also zu produktiven Zwecken aufgenommen wurden, von 125 auf 300 Millionen Pfund Sterling gehoben. Würde das Wachsthum im dem gleichen Maße noch ein halbes Jahrhundert fortduern, so dürften die überseelischen Besitzungen Englands im Jahre 1930 eine Bevölkerung von 700 bis 800 Millionen Seelen zählen, also doppelt so viel, als die ganze Einwohnerzahl des heutigen Europa. Eine so gewaltige Entwicklung muß nothwendig ihre belebenden, zu rascher Thätigkeit anspornenden Impulse auf das Mutterland ausüben und demselben stets seine Weltstellung vor Augen halten. Sie erspart aber auch dem Stammreiche die schwere Sorge nicht, seinen wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Colonien zu sichern und mit den naheliegenden Gefahren zu rechnen, daß sich die Colonien fortwährend mehr von England wirtschaftlich unabhängig machen. Es sei nur angedeutet, daß schon heute das Band, welches Canada mit Großbritannien verbindet, schwach ist, daß sich Australien in handelspolitischer Beziehung dem Mutterlande immer mehr entfremdet, und daß mit der wachsenden Cultur auch das große ostindische Kaiserreich manche seiner heutigen Attribute für England verlieren wird.

Das Alles erklärt zur Genüge, weshalb sich Großbritannien um das Völkerrecht gegenwärtig mehr als je bekümmert, weshalb es besonders an allen das Colonialrecht betreffenden Fragen lebhaften Anteil nimmt und keine Gelegenheit verabsäumt, für seine colonialen Besitzungen die entsprechenden Rechtstitel sicherzustellen. Das hohe Ansehen, welches nunmehr auch das erste Colonialreich der Welt dem Völkerrechte beilegt, ist ein sprechender Beweis für die eminent praktische Bedeutung dieses vielfach unterschätzten Zweiges der Rechtswissenschaft. In ihm sind, um mit den Worten des großen Stagiriten zu reden, unendlich viele Strahlen des Wissens gleichsam in einem Brennpunkte zum stärksten Lichte gesammelt. Die erfolgreiche Führung der Colonialpolitik erheischt eine glückliche Verbindung der Thätigkeiten des Staatsmannes und des Gelehrten, der idealen Auffassung mit realer Geschäftstüchtigkeit. Männern wie Barbayrac, Battel, Klüber, Bluntschli, v. Holzendorff ist es zu verdanken, daß die Staaten empfänglicher für die Werthschätzung der Wissenschaft geworden sind, und dem jetztgenannten Vertreter des Völkerrechtes gebührt auch das Verdienst, sich in der Colonialfrage als ein berufener, von Ideen durchdrungener und geleiterter Staatsmann erwiesen zu haben, indem er bereits zur Zeit des Abschlusses des Frankfurter Friedens (16. Mai 1871) auf die dem Deutschen Reiche damals schon eröffnete Gelegenheit hingewiesen hat, eine starke maritime Position zu erwerben.

Der Wiesenbau des menschlichen Fortschrittes steigt trotz mancher Störungen immer höher. Wie groß auch der Anteil des materiellen Interesses an diesen Erfolgen sein mag, die unermüdliche Arbeit des Geistes mit seiner in vergangene Jahrhunderte zurückgreifenden Macht hat ihren würdigen Anteil daran. So werden denn auch die Festsetzungen und Arbeiten über das Colonialrecht der Gegenwart wie jedes Menschenwerk verbessert und vervollkommen werden können, aber schon in ihrer jetzigen Gestalt bedeuten sie einen Fortschritt in der Entwicklung und Klärung der internationalen Beziehungen und bilden ein neues Band der fördersamen Beziehungen unter den Culturvölkern.

Inhalt.

	Seite
Historische Darstellung.	
1. Deutschlands überseische Colonialerwerbungen	3
2. Die Congoconferenz und der Congostaat	12
3. Die coloniale Interessensphäre Österreich-Ungarns	22
Pragmatische Darstellung.	
1. Der Colonialerwerb durch Occupation	31
A. Die occupatio simplex	31
B. Die occupatio qualificata	35
a) Die occupatio bellica	35
b) Die occupatio colonica seu cultivativa	39
2. Der Colonialerwerb durch Vertrag	42
C. Die occupatio imperii	42
3. Der Colonialerwerb durch Souveränitätsakte	50
D. Die occupatio maritima	50
4. Die neuesten Gestaltungen der Colonialverhältnisse	60
5. Zusammenfassendes Ergebnis	67
6. Die zukünftige Entwicklung des Colonialrechtes	86
Die Generalakte der Berliner Conferenz.	
1. Allgemeine Charakteristik	97
2. Authentischer Wortlaut	100
Die Carolinen-Akte.	
1. Die Inselgruppe der Carolinen	117
2. Der Carolinenstreitfall	120
3. Der Schiedsspruch und die Carolinenakte	131
Schlußwort	138



R. I. Hofbuchdruckerei Carl Geomme in Wien





DUE JAN 5 1924

DUE FEB 2 1924

DUE FEB 11 1924